



**Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches
Engagement**



THEMA

**EUROPA UND JUGEND
ENGAGEMENT- UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG
IN DER EU**

DOSSIER Nr. 11



BBE DOSSIER NR. 11

EUROPA UND JUGEND ENGAGEMENT- UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG IN DER EU

Die Europäische Union hat das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend ausgerufen. Die Perspektiven und Bedarfe der jungen Menschen sollten in allen relevanten EU-Politikbereichen in diesem Jahr besondere Beachtung finden. Dieses Dossier stellt das Thema europäische Engagement- und Demokratieförderung für die Jugend in den Mittelpunkt. Wie wird das Engagement junger Menschen durch EU-Förderprogramme unterstützt und welche Rolle spielt es in der EU-Jugendpolitik? Welche demokratiepolitische Bedeutung hat eine gesellschaftlich aktive europäische Jugend? An welchen europäisch geförderten Orten lernen junge Menschen Demokratie, nicht zuletzt in internationalen Freiwilligendiensten, aber auch weiteren internationalen und europäischen Formaten? Wie wird dabei der Diversität Rechnung getragen, damit etwa auch beeinträchtigte junge Menschen sich engagieren können? Welche Erwartungen waren mit dem Europäischen Jahr der Jugend 2022 verbunden, was wurde eingelöst?

ISBN 978-3-948153-25-0

INHALTSVERZEICHNIS

- 3 Einleitung
- 5 Anna Sophie Madeleine Dominik: Schülerengagement in Coronazeiten.
Ein Erfahrungsbericht
- 8 **TEIL I: EU-JUGENDFÖRDERUNG UND JUGENDPOLITIK**
- 8 Malte Krumrey: Jugend-Engagement in Europa. Potenziale von EU-Jugendpolitik
und EU-Jugendprogrammen
- 13 Dorothee Ammermann: Junges Engagement in Europa: Engagement- und
Demokratieförderung der Europäischen Union für junge Menschen und Jugend-
organisationen
- 16 Interview mit Marius Schlageter, stellvertretender Vorsitzender des Deutschen
Bundesjugendrings: Jugend engagiert sich für Europa
- 19 **TEIL II: DEMOKRATIE BRAUCHT DICH ! FÜR EINE BESSERE WELT**
- 19 Thomas Röbbke: FSJ-Trägerkonferenz »Wir machen die Welt ein Stück besser« –
Gesellschaftlicher Zusammenhalt als Aufgabe des Freiwilligen Sozialen Jahres.
Vortrag zum Thema »Freiwilligendienste und gesellschaftlicher Zusammenhalt«
- 27 Maximilian Kiss: Demokratie ist nicht selbstverständlich! Projektvorstellung »you-
mocracy – Demokratie braucht Dich!«
- 30 **TEIL III: JUNGES ENGAGEMENT: TEILNAHME FÖRDERN, SOLIDARITÄT FOR-
DERN**
- 30 Lennart Schmidt: Junges Engagement – Teilnehmen können und dürfen
- 33 Claudio Jax/ Silvio Titzmann: Der Internationale Jugendfreiwilligendienst (IJFD) –
ein erfolgreiches Programm vor unsicherer Zukunft
- 37 Hanna Schüssler: Mehr Inklusion in Freiwilligendiensten: Europäische Verständi-
gung in Gebärden

INHALTSVERZEICHNIS

- 41 Charlotte Reichardt: Teilhabe ermöglichen!
- 44 Maud Krohn/ Anja Schütze: Diversität und Teilhabe in den Freiwilligendiensten Kultur und Bildung
- 49 Frank Gesemann/ Kristin Schwarze/ Alexander Seidel: Mit Patenschaften Bildung, Teilhabe und Zusammenhalt fördern
- 61 Dr. Julia Schlicht/ Jens Maedler: Freiwilligendienste sind Orte politischer Bildung – Reflexion zum 16. Kinder- und Jugendbericht
- 67 **TEIL IV: EUROPÄISCHES JAHR DER JUGEND 2022**
- 67 Interview mit Malte Krumrey, JUGEND für Europa: Europäisches Jahr der Jugend – Rückenwind für europäische jugendpolitische Initiativen?
- 69 Europa-Union Deutschland: »Das ›Europäische Jahr der Jugend‹ – endlich Jugendpartizipation in der EU?«
- 72 Impressum
- 73 BBE-Newsletter online

Das BBE hat sich 2018 eine Richtlinie zur gendersensiblen Sprache gegeben und veröffentlicht, die verbindlich für Mitarbeiter*innen der BBE-Geschäftsstelle ist. Wir empfehlen sie Gastautor*innen für Beiträge in unseren Publikationen als Orientierung. Da die inhaltliche Verantwortung für die Einzelbeiträge bei den Autor*innen liegt, steht es ihnen frei, wie sie gendern. Eine nachträgliche Harmonisierung findet in unseren Publikationen nicht statt.

EINLEITUNG

Die Europäische Union hat das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend erklärt. »Wenn wir unsere Union nach ihren Vorstellungen gestalten wollen, müssen sich die jungen Menschen auch an der Gestaltung der Zukunft Europas beteiligen können. Unsere Union muss eine Seele und eine Vision haben, von denen sie sich angesprochen fühlen. Bereits Jacques Delors hat dies thematisiert: Wie soll Europa Wirklichkeit werden, wenn junge Menschen dieses Europa nicht als gesamtgesellschaftliches Engagement und als Abbild ihrer eigenen Zukunft begreifen? Deshalb werden wir vorschlagen, 2022 zum Jahr der europäischen Jugend zu erklären. Ein Jahr, das den jungen Menschen gewidmet ist und jene in den Fokus rückt, die für andere auf so vieles verzichtet haben« – so Kommissionspräsidentin von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union in Straßburg am 15. September 2021. In der Folge haben wir, der Europabereich des BBE, das Thema Jugend in Europa im Jahr 2022 als Jahres-schwerpunkt gewählt.

Das Dossier Nr. 11 »Europa und Jugend – Engagement- und Demokratieförderung in der EU« stellt vier Themenaspekte in den Mittelpunkt: (1) die EU-Jugendförderung und –Jugendpolitik auf europäischer Ebene, (2) die Frage nach der Bedeutung der gesellschaftlich aktiven Jugend in Europa, (3) die Orte, an denen junge Menschen Demokratie lernen und (4) das Europäische Jahr der Jugend.

Autor*innen beschreiben die Rahmenbedingungen und Angebote der Jugendprogramme der Europäischen Union und die Möglichkeiten, das Engagement junger Menschen in einem grenzüberschreitenden, europäischen Kontext zu fördern. Ebenso geht es um Verbesserungspotenziale bei der Engagement- und Demokratieförderung, etwa die mangelnde Niedrigschwelligkeit und komplizierte Antragsverfahren für Fördermittel.

Nun, wo können junge Menschen Demokratie »lernen«? Kann Demokratiebildung überall stattfinden? Marius Schlageter, Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings, sagt dazu im Gespräch mit den »BBE Europa-Nachrichten«: »Aus meiner Sicht sind insbesondere Jugendverbände Werkstätten der Demokratie. Hier können junge Menschen selbstbestimmt Demokratie erfahren und leben.« Dr. Thomas Rübke verweist auf Angebote des Service-Learning, in denen er »Ein praktisches Reallabor für Werteerziehung« sieht. Diese können, so seine Begründung, an der Schwelle zur Pubertät eingesetzt werden, also in einem Alter, das der Freiwilligendienst, selbst ein zentraler Ort des Demokratielernens, nicht oder kaum erreicht.

»Demokratie ist nicht selbstverständlich, sie braucht das Engagement jedes*r Einzelnen – Demokratie braucht Dich! Unterstütze auch Du uns gern mit Deinem Beitrag für unsere Demokratie!« – plädiert

EINLEITUNG

Autor Maximilian Kiss in seinem Beitrag. Im Jahr 2022 war das nicht einfach für junge Menschen, auch der ständige Wechsel zwischen Präsenz und digital hat dazu beigetragen, dass für viele Beobachter*innen das Europäische Jahr der Jugend viel zu wünschen übriggelassen hat. Wie sehr die Pandemie einschneidend auch in die Engagement-Biographie junger Menschen eingegriffen hat, zeigt gleich der vorangestellte, autobiografisch aufgeklärte Beitrag von Anna Sophie Madeleine Dominik über Schüler*innenengagement in Coronazeiten. Wir hoffen, dass diese Schlaglichter aus dem Dossier zu einer erweiterten Lektüre animieren.

Unsere Dossiers sind eine Momentaufnahme, in denen sich Diskurse verdichten, da-

mit diese vertieft weitergehen können und weitere neue Ufer erreichen. Wir rechnen dabei mit einer fragmentierten Nutzung einzelner Textgruppen, Texte oder Textauszügen im Rahmen von Weiterbildungen, Workshops, Arbeitsgruppen oder Seminaren. Deshalb verzichten wir bewusst auf jede überbordende bildliche Verschönerung, damit solche fragmentierte und sachliche Nutzung einfach möglich ist.

Dr. Rainer Sprengel

Leiter des Arbeitsbereichs Information und Kommunikation in der BBE-Geschäftsstelle

Nino Kavelashvili

Referentin Europa in der BBE-Geschäftsstelle

»Das BBE freut sich, dass 2022 in der EU das Thema Jugend im Mittelpunkt steht. Das ist auch dringend notwendig: Es sind die jungen Menschen, die mit den Folgen des Klimawandels werden leben müssen und deren Zukunft in einer Zeit von Krisen immer ungewisser wird. Dass sich etwa Klimaaktivist*innen jetzt ›Die letzte Generation‹ nennen, macht diese Haltung deutlich. Sie verbindet sich teilweise mit einer aktivistischen und auch provokativen Praxis des zivilen Ungehorsams, die ihre Motive aus einer bedrohten Zukunft speist. Es kommt daher darauf an, dass zivilgesellschaftliche Initiativen Perspektiven und Wege zu einer lebenswerten Zukunft stark machen und dabei neben praktischen Maßnahmen auch die notwendigen politischen Lösungen im Blick haben. Hier erweisen sich informelle Formate des Engagements oft als sehr attraktiv, doch ist Klimawandel nicht nur bei den Umweltverbänden auch ein zentrales Thema der organisierten Zivilgesellschaft.« – Dr. Ansgar Klein, BBE-Geschäftsführer.

ANNA SOPHIE MADELEINE DOMINIK

SCHÜLERENGAGEMENT IN CORONAZEITEN

EIN ERFAHRUNGSBERICHT

Irgendwas aus China im Jahr 2020

2020. »2020« wurde von Zeit zu Zeit schon ein Insider in meinem Jahrgang. Ich war in der 10. Klasse, als es das erste Mal hieß: »Corona«. Ja gut, Corona. »Was ist das überhaupt?«, dachte man sich. Irgendwas aus China, was uns aber mit Sicherheit nicht erreichen wird. Zumindest nicht schnell. Vor allem nicht so schnell, wie es uns dann doch einen Strich durch die Rechnung gemacht hat.

Wie sicher die meisten von Euch und Ihnen wissen, bedeutet die 10. Klasse der erste richtige Abschluss, jetzt ausgehend von einem Gymnasium, weil ich auf einem war. Das bedeutet also 5 Prüfungen, die einem bevorstehen: 3 schriftliche in den Hauptfächern Mathe, Deutsch und Englisch, zusätzlich dann noch eine mündliche in Englisch und eine Präsentationsprüfung in einem Fach und zu einem Thema unserer Wahl. Das ist so aber alles nicht zustande gekommen.

»saLzH«

Aber zurück zum Anfang, als es uns erreicht hat. Zunächst hielt sich Panik und die Angst vor einer Ansteckung stark in Grenzen, es wurde tatsächlich eher belacht. Das Ernstnehmen der Situation ließ auch noch zu wünschen übrig, als wir dann das erste Mal ins Homeschooling geschickt wurden. Obwohl, Homeschooling heißt es in Deutschland ja gar nicht:

»saLzH« ist unser toller Name dafür – »schulisch angeleitetes Lernen zu Hause« und nein, kein Gewürz.

Ich finde »schulisch angeleitetes Lernen zu Hause« hört sich viel leichter an, als es ist. Sie müssen sich vorstellen: 10. Klässler, die in der Regel sowieso wenig Motivation für die Schule aufbringen und sich nichts sehnlicher wünschen, als die Schule hinter sich zu lassen oder in die Oberstufe zu kommen – also, ein Traum nach Hause geschickt zu werden. Selbstverständlich, weil darunter »Freizeit« oder »längere Ferien« verstanden wurde. Um ehrlich zu sein, wurden anfangs die Vorstellungen dafür auch erfüllt, denn alle Beteiligten waren sichtlich mit der Situation überfordert.

In meiner Klasse bspw. gab es eine Spaltung: die eine Seite, die von Anfang an sehr engagiert war und sich die Mühe gemacht hat Aufgaben zu lösen, sich zu beteiligen und alles dafür zu tun weiterhin gute Noten zu haben sofern möglich, vor allem mit dem Hintergedanken, im selben Jahr noch einen Abschluss mit 5 Prüfungen hinzulegen. Die andere Seite dachte sich: »Ach, kontrollieren tun wir die Aufgaben sowieso nicht wirklich und im nächsten Jahr gibt es ganz anderen und neuen Lernstoff, deshalb ist das unnötig«. Diese Haltung wurde dann noch bestärkt, als es keinen Grund mehr gab sich auf diese 5 Prüfungen vorzubereiten, da entschieden wurde, dass die 10. Klässler in diesem Schuljahr

DOMINIK: SCHÜLERENGAGEMENT IN CORONAZEITEN

(und nebenbei auch in dem Jahr darauf) nur ihre Präsentationsprüfung und mündliche englische Prüfung zu absolvieren haben und somit ihren MSA – den mittleren Schulabschluss – erhalten. Auch hier spalteten sich die Gemüter: Ist das gerecht?

Ist das gerecht?

Diese Frage stellte ich mir in den vergangenen zwei Jahren unwahrscheinlich oft. Ist das gerecht? Fragen Sie sich das gerne auch einmal. Aber mit den Hintergedanken, die ich jetzt nennen werde:

- Die Abschlussprüfungen sollen, speziell an einem Gymnasium, auf die Abschlussprüfungen des Abiturs vorbereiten.
- Wir hatten über ein gesamtes Schulhalbjahr fast nur von zu Hause Unterricht und mussten uns von heute auf morgen selbstständig Dinge und Lernstoff aneignen oder uns so ziemlich allein auf die zwei verbleibenden Prüfungen vorbereiten. Mit dem Einwand, dass nicht jedes Schulkind ein so gegebenes Umfeld für so etwas hat.
- Alle Abschlussjahrgänge haben mit Sicherheit Schwierigkeiten während des Schuljahres. (Also jetzt bezogen auf vorherige Jahrgänge.)
- Ist unser MSA dann überhaupt genauso viel wert wie der von den vorherigen Jahrgängen?

Bürgerschaftliches Engagement in Schülervertretung und als Vorstandsmitglied

Und das könnte man immer weiterführen. Aber ich möchte mich nicht an der Anfangszeit festbeißen, denn ich durfte auch die Erfahrung von Corona während meines Abiturs und vor allem in der Schülervertretung oder als Vorstandsmitglied machen. In der 11. Klasse angekommen und das mit einigem Hin und Her wurde

ich überraschender Weise zur Kurssprecherin gewählt. Wer das Schülervertretungsschema kennt, weiß, dass es jetzt heißt: an der Gesamtschülervertretung (GSV) teilnehmen. Dort wurde ich dann Mitglied im Bezirksschülerausschuss, also eine Ebene weiter, und zusätzlich dort auch Vorstandsmitglied.

Die Arbeit funktionierte anfangs gut. Im 2. Semester wird plötzlich alles auf den Kopf gestellt, denn jetzt sind wir beim zweiten Mal »saLzH« angekommen. Wie führt und organisiert man eine digitale GSV? Und wie kriegt man die Mitglieder dazu daran teilzunehmen? Gleiches Spiel, wenn es darum geht eine BSA-Sitzung zu organisieren. Es kann gar nicht zu einer richtigen gemeinsamen und starken Schülervertretungsarbeit kommen. Es war und ist schlichtweg nicht möglich gewesen bzw. immer noch stark eingeschränkt. Der größte Teil an Arbeit blieb also an Vorstand und/ oder Schulsprecher*innenteams hängen.

Was ich noch nicht erwähnt hatte: Im 2. Semester, das ja Anfang 2021 war, trat ich ebenfalls dem Vorstand der SJB bei und durfte dort eine ganz andere Art von digitaler Vorstandsarbeit erleben, die sich aber bei intensiveren Arbeitsthemen oder Arbeitstagen als ziemlich herausfordernd erwies. Also auch nicht allzu optimal. In Betracht auf das digitale Zeitalter, in dem wir leben, behauptete sich das häufige Arbeiten mit digitalen Endgeräten. Denn ich denke, alle, die diese Zeit durchgemacht haben, können von einem wirklich guten Verständnis für Programme etc. sprechen.

Das Grundbedürfnis nach sozialen Aktivitäten und sozialer Interaktion

Trotzdem unterschätzen wir den Mehrwert von Präsenz und analogen Veranstaltungen. Ob Unterricht, Vorlesungen, dienstliche oder private Treffen, Vor-

standarbeit, Engagement und so vieles mehr. Das ist auch das, was mir auf Dauer zu schaffen gemacht hat. Der Mensch hat das Grundbedürfnis nach sozialen Aktivitäten und sozialer Interaktion. Das ist, wie wir alle wissen, in den letzten zwei Jahren ziemlich auf der Strecke geblieben.

Ich bin ein enorm sozialer Mensch, der Gesellschaft von anderen in verschiedensten Weisen liebt und schätzt. Ich bin deshalb auch gerne zur Schule gegangen, weil das nun mal Schule ausgemacht hat. Der Schulalltag, ob im Unterricht oder auch bei unterrichtsübergreifenden Aktivitäten, hatte sich um 180 Grad gewendet. Anfangs war ich von der Idee, mehr selbstständig zu arbeiten, ziemlich begeistert, weil es mir auch nicht unbedingt schwerfällt. Aber, und hier ein großes ABER, ohne Gesellschaft und ein regelmäßiges soziales Umfeld zeigt es sich auf Dauer als riesige Herausforderung. Man war einfach sich selbst überlassen und das ist nämlich auch der Punkt, auf den ich poche.

Die Situation mit Corona und der Pandemie. das war und ist nicht zu verändern und jeder, der nachdenkt, weiß das. Aber was zu verändern ist: das Gefühl nicht allein zu sein. Als junger Mensch hat man sich allein gefühlt und auch wenig unterstützt von Menschen auf höheren Positionen. Denn es hatte nie den Eindruck, dass dafür schnell eine Lösung gefunden werden soll. Abiturienten, wie ich, waren fast zwei ganze Semester sich selbst überlassen und mussten eben das Abitur schaffen.

Was uns auch in Engagementbereichen, vor allem auf schulischer Ebene, gefehlt hat, waren Lösungsansätze, um z.B. Schüler*innen trotzdem die Wichtigkeit von Engagement und die Beteiligung im BSA oder der Schülervertretung zu verdeutlichen. Einfach Mittel, um trotzdem

für ausreichend Begeisterung zu sorgen, um trotzdem eine produktive und zielgerichtete Arbeit zu schaffen, und das vor allem miteinander. Durch die viele Zeit zu Hause waren nämlich Motivation, Disziplin und Ausdauer im Keller.

Schlafrhythmus und bleibende Kompetenzen

Und der ständige Wechsel zwischen Präsenz und digital war auch nicht einfach. Denn was auch zu einem Insider geworden ist: der Schlafrhythmus. Eigentlich schon traurig, wenn Jugendliche sich über einen nicht funktionierenden Schlafrhythmus lustig machen. Ich wünsche mir einfach, dass sich aktuelle Schüler*innen nicht so allein gelassen fühlen müssen, wie wir es taten. Ich kann mir vorstellen, was auf jeden Fall bleiben wird, das sind die guten Technikenkenntnisse und vielleicht auch der Spaß mit dem Laptop in der Schule arbeiten zu können. Man schafft es auch eher mal sich eigenständig zu beschäftigen und Zeit für sich selbst freizuräumen. Was sich hoffentlich bei uns wiederfindet, sind Motivation und der Antrieb für Dinge und Ziele, die wir erreichen und meistern wollen. Oder auch, dass sich wieder Schwierigkeiten bei sozialer Interaktion legen.

Der Beitrag stellt eine geringfügig bearbeitete Fassung eines Vortrages dar, der am 22. September 2022 in der AG »Engagement junger Menschen« des BBE gehalten wurde.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr.22 vom 3.11.2022.

AUTORIN

Anna Sophie Madeleine Dominik ist Jura-Studentin und engagiert sich mit Begeisterung für Jugendbeteiligung, sowie politische Themen.

MALTE KRUMREY

JUGEND-ENGAGEMENT IN EUROPA

POTENZIALE VON EU-JUGENDPOLITIK UND EU-JUGENDPROGRAMMEN

Das Engagement junger Menschen in einer global vernetzten Welt ist nicht durch physische Grenzen von Nationalstaaten beschränkt. Denn die Angebote der Jugendprogramme der Europäischen Union bieten Potenziale, das Engagement junger Menschen in einem grenzüberschreitenden, europäischen Kontext zu fördern. Diese Potenziale und ihre Rahmenbedingungen werden in diesem Artikel vorgestellt und erörtert.

Engagement junger Menschen und EU-Jugendpolitik – Rahmenbedingungen

Die 2018 beschlossene Jugendstrategie der Europäischen Union¹ bildet den Rahmen der jugendpolitischen Zusammenarbeit in der EU für die Jahre 2019 bis 2027. Die Förderung von Engagement und Beteiligung junger Menschen wird explizit als Schwerpunkt europäischer jugendpolitischer Zusammenarbeit in der EU-Jugendstrategie hervorgehoben. Damit ist sie ein Meilenstein in der Entwicklung der letzten Jahre: die Themenfelder Engagement und Beteiligung gewinnen im Kontext europäischer Jugendarbeit und Jugendpolitik zunehmend an Bedeutung. Die EU-Jugendstrategie dient außerdem als Orientierungsanker für Initiativen auf europäischer Ebene in den genannten Themenfeldern.

1 Vgl. Entschließung über die Jugendstrategie der Europäischen Union 2019-2027, 2018; Folgend EU-Jugendstrategie. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:C:2018:456:FULL>

Komplementär hierzu bekräftigen die Europäischen Jugendziele² (Youth Goals), die als Anhang zur EU-Jugendstrategie verabschiedet wurden, den Stellenwert von Jugendbeteiligung und Engagement auch unter jungen Menschen selbst. Sie wurden in einem partizipativen Prozess von jungen Menschen aus ganz Europa im Dialog mit politisch Verantwortlichen erarbeitet. Darüber hinaus beschreiben sie länderübergreifende Herausforderungen und Handlungsfelder, die lokalen, regionalen und nationalen Projekten eine europäische Dimension geben können.

Da keine Rechtsetzungskompetenz der Europäischen Union im Politikfeld Jugend besteht, ist die Umsetzung der Ziele der EU-Jugendstrategie nicht rechtlich bindend für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Umso wichtiger erscheint es daher, dass auch die Zivilgesellschaft und ihre vielfältigen Akteurinnen und Akteure sowie Initiativen sich im Rahmen ihres Gestaltungsspielraums der Zielsetzungen der EU-Jugendstrategie weiterhin annehmen. Durch Reflektieren, Diskutieren und Fördern wird so dem Prozess der Weiterentwicklung von europäischer Jugendarbeit und Jugendpolitik Schwung verliehen.³

2 Europäische Jugendziele: <https://youth-goals.eu/youthgoals>; Insbesondere die Jugendziele 1 »Die EU mit der Jugend zusammenbringen«, 9 »Räume und Beteiligung für alle«, 8 »Gutes Lernen«, 3 »Inklusive Gesellschaften« und 6 »Jugendliche im ländlichen Raum voranbringen« beziehen sich konkret auf Jugendbeteiligung und auch das Engagement junger Menschen.

3 Die Ratsentschließung zur EU-Jugendstrategie be-

Junge Menschen sehen sich aktuell vielfältigen Herausforderungen und Krisen gegenüber. Klimawandel, Krieg in Europa, Coronaviruspandemie und wachsende soziale Ungleichheiten, um nur einige zu nennen, können potenziell verunsichern. Ein aktiver Beitrag zur Gestaltung von Gesellschaft in Form gemeinwohlorientierten Engagements bringt dagegen nicht nur positiven gesellschaftlichen Wandel hervor. Er stärkt junge Menschen auch auf individueller Ebene – wie als Ziel in der EU-Jugendstrategie verankert – als »Architekten ihres eigenen Lebens« und fördert so Selbstwirksamkeitserfahrungen.

Die EU-Jugendstrategie identifiziert drei Kernbereiche des Jugendsektors, die Potenziale der jugendpolitischen Entwicklung aufweisen. Jeder der drei Kernbereiche der EU-Jugendstrategie – Beteiligen, Begegnen, Befähigen – weist dabei explizit oder implizit Bezüge zur Förderung des Engagements junger Menschen auf. So wird unter dem Schlagwort »Beteiligen« die Relevanz des Engagements junger Menschen für ein demokratisches Miteinander bekräftigt:

Die Schaffung von Möglichkeiten für das Engagement junger Menschen nicht nur in ihrem täglichen Leben, sondern auch im demokratischen Leben ist von entscheidender Bedeutung für eine funktionierende Demokratie und die Gesellschaft im Ganzen.⁴

nennt als Akteurinnen und Akteure zur Gestaltung der EU-Jugendstrategie: »Die ... Akteure sind unter anderem die EU-Mitgliedstaaten, die betroffenen Organe der Europäischen Union und andere internationale Organisationen, wie beispielsweise der Europarat, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, Jugendräte, Jugendorganisationen, Organisationen, die mit jungen Menschen arbeiten, Jugendarbeiterinnen und -arbeiter, Jugendforscherinnen und -forscher sowie Akteure der Zivilgesellschaft, aber auch Strukturen des Programms Erasmus+ und des Europäischen Solidaritätskorps sowie ihre Folgeprogramme.« Vgl. EU-Jugendstrategie, S. 4

4 Vgl. EU-Jugendstrategie, S. 5.

Im Kernbereich »Begegnen« werden die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten ersucht [...]

[...] das solidarische Engagement junger Menschen durch Förderregelungen zu unterstützen und Komplementarität und die Synergien zwischen den EU-Finanzierungsinstrumenten und den nationalen, regionalen und lokalen Systemen zu suchen.⁵

Die Wichtigkeit der Erlangung von Kompetenzen, die zu einer Mitgestaltung von gesellschaftlichen Prozessen befähigen, wird in den Kernbereichen »Beteiligen« und »Befähigen« hervorgehoben. Letzterer unterstreicht dazu die entscheidende Rolle der Jugendarbeit und ihrer Rahmenbedingungen als »Katalysator für Befähigung«:

Junge Menschen zu befähigen, bedeutet, sie zu ermutigen, ihr Leben selbst zu gestalten. Hierfür bedarf es ausreichender Ressourcen und Instrumente sowie eines Umfelds, das bereit ist, jungen Menschen wirklich zuzuhören.⁶

Die EU-Jugendprogramme – Vielfältige Dimensionen der Engagement-Förderung

Die Jugendprogramme der Europäischen Union, Erasmus+ Jugend und Europäisches Solidaritätskorps (ESK), sind wesentliche Instrumente zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie. Der starke Bezug zur Engagement-Förderung der Programme spiegelte sich in der Vergangenheit in der großen Bedeutung der Förderung von aktiver Bürgerschaft junger Menschen in den Jugendkapiteln der Erasmus +-Programmgenerationen sowie deren Vorläuferprogrammen und in den dazu passenden Förderformaten (Jugendinitiativen,

5 Vgl. EU-Jugendstrategie, S. 6.

6 Vgl. EU-Jugendstrategie, S. 7.

Jugenddemokratieprojekte, Projekte des EU-Jugenddialogs) wider.

Hier lag der Fokus auf dem Kompetenzerwerb junger Menschen hinsichtlich des Erlernens von Demokratie- und Engagement-Kompetenzen sowie der Beteiligung und dem Dialog mit politischen Entscheidungsträger*innen (z. B. mittels des EU-Jugenddialogs). Zu den Engagement-Möglichkeiten für junge Menschen in den Förderformaten von Erasmus+ Jugend gehört seit 2021 das Förderformat Jugendpartizipationsprojekte, das neben der demokratischen Partizipation junger Menschen auch deren gesellschaftliche Beteiligung fördern möchte.

Die Einführung des Europäischen Solidaritätskorps als eigenes Förderprogramm brachte 2018 eine neue, auf die gesellschaftliche Wirkung der Projekte gerichtete Dimension des Engagement-Bezugs in die EU-Jugendprogramme ein.

Das ESK wurde 2016 unter dem Eindruck des Brexit-Referendums im Vereinigten Königreich angekündigt und soll den Zusammenhalt in der EU und den Gesellschaften der Mitgliedsländer stärken, Demokratie fördern und Möglichkeiten für das Engagement junger Menschen bieten. Projekte in den Förderformaten des ESK sollen dementsprechend direkt und sichtbar auf ihr gesellschaftliches Umfeld wirken und hier positiven allgemeinwohlorientierten Wandel herbeiführen.⁷

⁷ Im Programmhandbuch werden die Programmziele des ESK wie folgt beschrieben: »Das übergeordnete Ziel des Programms besteht darin, die Beteiligung junger Menschen und Organisationen [...] an allgemein zugänglichen solidarischen Tätigkeiten von hoher Qualität zu fördern, um auf diese Weise zur Stärkung des Zusammenhalts, der Solidarität, der Demokratie, der europäischen Identität und des aktiven bürgerschaftlichen Engagements in der Union und darüber hinaus beizutragen, indem gesellschaftliche und humanitäre Herausforderungen vor Ort angegangen werden [...] Mit dem Programm wird insbesondere das Ziel ver-

Das Programm fördert grenzüberschreitende Freiwilligenprojekte in Europa in Form von langfristigen individuellen Freiwilligendiensten und dem Kurzzeitformat »Freiwilligenteams«. Für Gruppen junger Menschen bietet das Europäische Solidaritätskorps im Rahmen des Förderformats »Solidaritätsprojekte« die Möglichkeit, Förderung für eigene Projekte in ihrem lokalen Umfeld umzusetzen und so direkt vor Ort zu wirken und auf gesellschaftliche Bedarfe zu reagieren.

Ein besonderer Schwerpunkt in der Umsetzung beider EU-Jugendprogramme liegt darauf, Zugänge zum Engagement potenziell allen jungen Menschen zu ermöglichen, das heißt diese Zugänge so inklusiv und niedrigschwellig wie möglich zu gestalten.

Im Kontext der EU-Jugendprogramme existiert seit 2005 das Alumninetzwerk EuroPeers, das ehemaligen Programmteilnehmenden die Möglichkeit bietet, sich für die Sichtbarmachung und Verbreitung der EU-Jugendprogramme auch nach ihrer Teilnahme weiter zu engagieren.

Als neues Angebot für junge Menschen fand im September 2022 erstmals der Engagement-Tag von JUGEND für Europa statt, der in seiner ersten Ausgabe Erfahrungen junger Engagierter und Wege ins Engagement in den Mittelpunkt stellte.

Neben den Engagement-Möglichkeiten für junge Menschen in den Förderforma-

folgt, jungen Menschen, auch denjenigen mit geringeren Chancen, allgemein zugängliche Gelegenheiten zu bieten, sich in solidarische Tätigkeiten einzubringen, die positive gesellschaftliche Veränderungen in der Union und darüber hinaus bewirken, und die es ihnen zugleich ermöglichen, ihre Kompetenzen zu verbessern und formal validieren zu lassen. Gleichzeitig soll damit ihr fortwährendes bürgerliches Engagement gesteigert werden.« Vgl. Programmleitfaden zum Europäischen Solidaritätskorps 2022, S. 9.

ten der EU-Jugendprogramme, werden über die Programme auch Trainings und Fortbildungsangebote für Fachkräfte der Jugendarbeit angeboten, welche die Themenfelder Engagement bzw. aktive Bürgerschaft oder Solidarität in ihre tägliche Praxis integrieren möchten. Zu nennen sind hier beispielhaft Onlinekurse zu den Themen Solidarität und Active European Citizenship oder die Vielzahl von Trainingsangeboten, die in Kooperation der Nationalen Agenturen zur Umsetzung der EU-Jugendprogramme entwickelt werden.

Engagement – Partizipation – aktive Bürgerschaft – Solidarität

Ob aktive Bürgerschaft, Engagement, Solidarität oder Partizipation (als horizontale Priorität beider EU-Jugendprogramme) – alle diese Begriffe und sie umgebenden Konzepte im Rahmen der EU-Jugendprogramme weisen Bezüge zum Themenschwerpunkt Engagement junger Menschen in Europa auf. Oft fallen trennscharfe Abgrenzungen hier nicht leicht, da die Konzepte und Definitionen doch teils ineinandergreifen und sich Überschneidungen zwischen den Begrifflichkeiten ergeben.⁸ Dazu kommt die diverse europäische Engagement-Landschaft, in der die Begriffe national teils unterschiedlich kontextualisiert sind und sich den unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten natürlicherweise anpassen.

So ergab eine europaweite Studie des ESK-Ressourcenzentrums zum Verständnis des Begriffs »Solidarität«, der im ESK definitorischen Charakter hat, dass eine allgemeine Definition dieses normativ aufgeladenen und mit unzähligen Konnotationen behafteten Begriffs auf europä-

ischer Ebene extrem herausfordernd ist.⁹ Die Studie zeigt aber auch, dass viele der Befragten den Begriff mit aktiver Bürgerschaft, Freiwilligentätigkeit, der Stärkung von Gemeinschaften, sozialer Gerechtigkeit und Partizipation verbinden.

An die Frage der Überschneidungen und Vielfalt der Engagement-Konzepte und verwandten Begrifflichkeiten in Europa schließt sich die Frage an, wo der Ort für Engagement ist bzw. was Engagement mit Europa verbindet. Im ESK fördern die Formate Freiwilligenprojekte und Solidaritätsprojekte solidarische Tätigkeiten, die im lokalen Umfeld wirken und in Freiwilligenprojekten durch die Teilnahme junger Europäer*innen interkulturellen Charakter haben.

Gleiches gilt für die Jugendpartizipationsprojekte des Programms Erasmus+ Jugend, die auf unterschiedlichen Ebenen mit oder ohne internationale Partner*innen stattfinden können. Diese beziehen sich zudem auf die oben skizzierten Aktionsfelder der EU-Jugendstrategie sowie auf die Europäischen Jugendziele. Findet Engagement also primär an einem konkreten lokalen Ort statt, so sind geförderte Projekte aber dennoch mit den Zielen der EU-Jugendprogramme und auch der EU-Jugendstrategie verknüpft und unterstützen so mittelbar auch europäische Zielsetzungen im Jugendbereich.

Zivilgesellschaftliches Engagement braucht Räume lokal und europäisch. Daher sind Trends zunehmender *Shrinking Spaces*, also der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Gestaltungsräume durch staatliche Akteurinnen und Akteure, in Teilen Europas mit Sorge zu betrachten, ist doch die Relevanz unabhängiger zivilgesellschaft-

⁸ So wird etwa der Begriff Engage in der englischen Version der EU-Jugendstrategie als »Beteiligten« ins Deutsche übersetzt.

⁹ Baclija Knoch, Snezana/Nicodemi, Susie: 4Thought for Solidarity, Vienna, 2021. 4Thought-for-Solidarity.pdf (<https://www.talkingsolidarity.eu/>)

licher Akteurinnen und Akteure für eine demokratisch verfasste Gesellschaft und politische Ordnung unbestritten. Trends zunehmender *Shrinking Spaces* stehen im Widerspruch zu den Zielsetzungen der EU-Jugendstrategie und der EU-Jugendprogramme, Möglichkeiten und Räume des Engagements junger Menschen zu fördern und auszubauen.

Die EU-Jugendprogramme haben die Zielsetzung, das Engagement junger Menschen und deren Mitgestaltung von Europa zu fördern. Viele zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure sowie junge Menschen nehmen die Förderung durch die EU-Jugendprogramme wahr und unterstützen so mittelbar und unmittelbar auch die Ziele der EU-Jugendstrategie. Erasmus+ Jugend und das Europäische Solidaritätskorps wirken so auf mehreren Ebenen zur Umsetzung der drei Kernbe-

reiche der EU-Jugendstrategie – Beteiligen, Begegnen, Befähigen – zum Beispiel durch die Förderung von Engagement-Möglichkeiten für junge Menschen, grenzüberschreitender Mobilität und der Qualifizierung und Kompetenzentwicklung von Fachkräften und jungen Engagierten.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 10 vom 27.10.2022.

AUTOR

Malte Krumrey ist Fachreferent Europäische Jugendpolitik bei JUGEND für Europa. JUGEND für Europa ist die Nationale Agentur für die EU-Programme Erasmus+ Jugend und Europäisches Solidaritätskorps.

Weitere Informationen
www.jugendfuereuropa.de

DOROTHEE AMMERMANN

JUNGES ENGAGEMENT IN EUROPA: ENGAGEMENT- UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR JUNGE MENSCHEN UND JUGENDORGANISATIONEN

Das zivilgesellschaftliche Engagement junger Menschen liegt der EU am Herzen und ist bereits in der EU-Jugendstrategie, dem wichtigsten Dokument der EU-Jugendpolitik festgeschrieben. Innerhalb der aktuellen EU-Jugendstrategie 2019-2027 ist die »Teilhabe« als eines der Leitprinzipien der Strategie verankert.

Die Förderung von Beteiligung und zivilgesellschaftlichem Engagement wird darüber hinaus in den drei Teilbereichen der EU-Jugendstrategie »Beteiligung. Begegnung. Befähigung.« weiter vertieft. Im Rahmen des Teilbereichs »Beteiligung« betont die EU-Jugendstrategie, dass »[d]ie Schaffung von Möglichkeiten für das Engagement junger Menschen nicht nur in ihrem täglichen Leben, sondern auch im demokratischen Leben [...] von entscheidender Bedeutung für eine funktionierende Demokratie und die Gesellschaft im Ganzen [ist]«. Diesen Gedanken weiterführend, setzt es sich die EU-Jugendstrategie u.a. zum Ziel »die inklusive demokratische Teilhabe von allen jungen Menschen an der Gesellschaft und am demokratischen Prozess zu fördern und zu unterstützen« sowie die »Möglichkeiten des »Erwerbs von Partizipationskompetenz [zu] unterstützen und [zu] entwickeln, indem Interesse an partizipativen Maßnahmen geweckt wird und junge Menschen unterstützt werden, sich auf die Teilhabe vorzubereiten«¹.

¹ Entwurf einer Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der

Auch die anderen beiden Teilbereiche der EU-Jugendstrategie setzen es sich zum Ziel, Engagementmöglichkeiten für und demokratische Kompetenzen von jungen Menschen zu fördern, indem sie sich beispielsweise für die Zugänglichkeit von Angeboten und die Befähigung junger Menschen einsetzt. Dabei schreibt die EU-Jugendstrategie der Jugendarbeit explizit eine Schlüsselrolle bei diesen Aktivitäten zu und versteht es folglich als wichtigen Beitrag zur Demokratie- und Engagementförderung in der EU, Jugendarbeit zu fördern. Dies führt auf praktischer Ebene dazu, dass die EU europaweit tätigen Jugendorganisation über das Programm Erasmus+ eine strukturelle Förderung für ihre Aktivitäten zukommen lässt.

Die Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement beziehungsweise gesellschaftlicher Teilhabe überträgt sich aber auch insgesamt in die EU-Förderprogramme im Jugendbereich, namentlich Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps, deren Aufgabe die inhaltliche Untermauerung der EU-Jugendstrategie ist. Dies geschieht einerseits indem in beiden Programmen die Programmpriorität »Partizipation« als eines von vier Schwerpunkten gesetzt ist, was zur Folge hat, dass Projekte diesen Aspekt in der Beantragung

Mitgliedstaaten zu einem Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa: die EU-Jugendstrategie 2019-2027: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:42018Y1218\(01\)&from=DE](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:42018Y1218(01)&from=DE)

von Fördermitteln besonders berücksichtigen müssen.

Andererseits führt die EU-Kommission neben dieser grundsätzlichen Prioritätensetzung in den beiden Förderprogrammen Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps auch Förderformate ein, die es explizit zum Ziel haben, die Beteiligung und das Engagement junger Menschen in Europa zu fördern. Zu diesen Formaten gehören exemplarisch die sogenannten »Jugendpartizipationsprojekte«, die im Rahmen von Erasmus+ Jugend förderfähig sind. Ihre Zielsetzung ist es Projekte zu fördern, die die »Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene anregen, fördern und erleichtern«².

Im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps lassen sich darüber hinaus sogenannte »Solidaritätsprojekte« fördern, zu deren Zielsetzung es gehört lokale Projekte junger Menschen rund um das Thema Solidarität finanziell zu unterstützen.

Insgesamt tragen diese Fördermöglichkeiten damit nicht nur zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie bei, sondern bieten auch an und für sich hervorragende Möglichkeiten das Engagement, die zivilgesellschaftliche Teilhabe und die demokratischen Kompetenzen junger Menschen zu bilden und zu fördern.

Diese Annahme stützen auch die Forschungsergebnisse aus der Begleitforschung zu den beiden Programmen Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps. Hier zeigt sich, dass Personen, die an einem durch Erasmus+ Jugend oder den Europäischen Solidaritätskorps geför-

dernten Projekt teilgenommen haben, sich nach dem Projekt deutlich häufiger zivilgesellschaftlich und/oder politisch engagieren, als sie dies vor der Teilnahme am Projekt getan haben. Darüber hinaus gaben sie in den Befragungen an, dass sich auch ihre demokratischen/partizipativen Fähigkeiten im Verlauf des Projektes gesteigert hätten.

Um Engagement und Demokratieförderung für junge Menschen auch außerhalb der EU voranzutreiben, veröffentlichte die EU-Kommission gemeinsam mit dem Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik im Oktober 2022 erstmals den »Jugendaktionsplan für das auswärtige Handeln der Europäischen Union im Zeitraum 2022-2027«. Der Aktionsplan beruht auf insgesamt drei Säulen, die analog zu den drei Kernbereichen der EU-Jugendstrategie angelegt sind: »Partnerschaft für Beteiligung«, »Partnerschaft für Befähigung« und »Partnerschaft für Begegnung«.

Über die »Partnerschaft für Beteiligung« wird sich die EU künftig dafür einsetzen, dass junge Menschen und Jugendorganisationen auch außerhalb der EU an politischen Entscheidungsfindungsprozessen stärker beteiligt werden. Mit der »Partnerschaft für Befähigung« möchte die EU sich für die Bekämpfung von Ungleichheiten und die Ausstattung junger Menschen mit Kompetenzen und Hilfsmitteln für ihre Entfaltung einsetzen. Dies soll geschehen, indem Bildungssysteme gestärkt, der Zugang junger Menschen zu wirtschaftlichen Chancen gestärkt und die Fähigkeiten junger Menschen, z.B. in Hinblick auf Digitalisierung oder Nachhaltigkeit ausgebaut werden. Die »Partnerschaft für Begegnung« soll künftig Mobilitäts-, Austausch- und Vernetzungsmaßnahmen für junge Menschen weltweit bieten. Über den Youth Empowerment Fund sollen für diese

² Erasmus+: Aktivitäten zur Förderung der Jugendbeteiligung: <https://erasmus-plus.ec.europa.eu/de/programme-guide/part-b/key-action-1/youth-participation>

Zielsetzungen mehr als 10 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Diese nicht abschließende Liste von Aktivitäten der Europäischen Union, die unter anderem das Engagement der EU im Bereich Kinder ausklammert, zeigt, wie breit die Europäische Union im Feld der Engagement- und Demokratieförderung für junge Menschen aufgestellt ist und welche vielfältigen Fördermöglichkeiten sich in diesem Bereich bieten.

Aus der Nutzer*innenperspektive zeigen sich jedoch Verbesserungspotenziale bei der Engagement- und Demokratieförderung der EU. Zu kritisieren ist z.B. die mangelnde Niedrigschwelligkeit der vorgestellten Förderangebote. Auch wenn diese An-

gebote explizit darauf ausgerichtet sind, junge Menschen in ihrem Engagement unmittelbar zu unterstützen, zeigt die Praxis jedoch, dass dies unter anderem auf Grund komplizierter Antragsverfahren für Fördermittel faktisch kaum möglich ist.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 10 vom 27.10.2022.

AUTORIN

Dorothee Ammermann ist Referentin für europäische Jugend- und Bildungspolitik bei der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej)

Weitere Informationen
www.evangelische-jugend.de

INTERVIEW MIT MARIUS SCHLAGETER, STELLVERTRE- TENDER VORSITZENDER DES DEUTSCHEN BUNDESJUGEND- RINGS: JUGEND ENGAGIERT SICH FÜR EUROPA

BBE Europa-Nachrichten: »Wir werden die europäische und internationale Jugendarbeit, insbesondere für Auszubildende, stärken« – steht im Koalitionsvertrag neben den zahlreichen Passagen zur Internationalen Jugendarbeit. Was sind die Punkte, die starke europäische Jugendarbeit ausmachen und wie weit ist die Realität davon entfernt?

Marius Schlageter: Europäische Jugendarbeit lebt von jungen Menschen, die sich insbesondere in Jugendverbänden in ganz Europa engagieren. Seit Jahren nehmen wir jedoch wahr, dass die Rahmenbedingungen für freiwilliges, demokratisches Engagement sich zunehmend verschlechtern. In vielen EU-Mitgliedsstaaten stehen Jugendverbände und Jugendringe enorm unter Druck, sodass sie ihrer eigentlichen Arbeit immer weniger nachkommen können. Vielmehr müssen sie sich oftmals mit abnehmender finanzieller Förderung und zum Teil sogar staatlichen Versuchen, regierungsnaher Jugendarbeit aufzubauen, auseinandersetzen. Die Bundesregierung sollte deshalb für die Unterstützung unabhängiger, demokratischer Jugendarbeit eintreten. Aber auch im Bereich von beispielsweise europäischem und internationalem Jugendaustausch sehen wir uns zunehmend mit größeren Schwierigkeiten konfrontiert. Durch die pandemiebedingt fehlenden Möglichkeiten für internationale Begegnungen in den vergangenen Jahren müssen viele Partnerschaften wieder neu belebt werden, die Ausstellung von

Visa für Jugendbegegnungen bspw. mit afrikanischen Jugendorganisationen in Deutschland wird eine zunehmende Herausforderung. Gerade in Europa findet zudem eine immer stärkere Bilateralisierung anstelle einer notwendigen Multilateralisierung des Jugendaustausches statt¹.

BBE Europa-Nachrichten: Es wird oft darüber gesprochen, wie wichtig die Jugendbeteiligung auf Augenhöhe ist. Was bedeutet das genau, und welche Rahmenbedingungen sind hierfür ausschlaggebend?

Marius Schlageter: Gerade erst haben wir als Deutscher Bundesjugendring in Zusammenarbeit mit dem Bundesjugendministerium Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung entwickelt und veröffentlicht². Aus meiner Sicht ist es zentral zu begreifen, dass Jugend ein Recht auf Beteiligung hat und Formate der Jugendbeteiligung nicht mal eben nebenbei organisiert werden können. Im Fokus muss immer sein, Augenhöhe herzustellen und junge Menschen möglichst in allen Schritten zu beteiligen. Das bedeutet aber auch, dass am Ende Ergebnisse ernstgenommen werden müssen. Jugendbeteiligung ist mehr als eine reine Anhörung, deren Ergebnisse je nach Wohlgefallen berücksichtigt werden können oder auch nicht.

1 <https://www.dbjr.de/artikel/internationale-jugendverbandsarbeit-in-krisenzeiten-ermoeglichen-und-sichern>

2 <https://www.dbjr.de/artikel/qualitaetsstandards-fuer-kinder-und-jugendbeteiligung>

Ernstgemeinte Jugendbeteiligung ist zudem strukturell auf Dauer angelegt und wird entsprechend gefördert.

BBE Europa-Nachrichten: In einem Interview zur Konferenz zur Zukunft Europas sagten Sie: »Als Vertreter*innen der Interessen junger Menschen in Deutschland erwarten wir von der Zukunftskonferenz nicht nur Worte, sondern sichtbare Reformen für ein demokratisches, soziales, nachhaltiges und zukunftsfestes Europa.« Nun ist die Konferenz zur Zukunft Europas abgeschlossen. Wurden Ihre Erwartungen getroffen?

Marius Schlageter: Aus Sicht des Bundesjugendrings ist die Zukunftskonferenz an entscheidenden Stellen hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Neben der problematischen Prozessgestaltung, in der organisierte Jugendinteressen keine relevante Rolle eingenommen haben, stellt sich derzeit die Frage, wie konkret mit den Ergebnissen der Konferenz umgegangen wird. Für uns ist klar, dass jetzt kein Rosinenpicken mit Forderungen, die sowieso umgesetzt worden wären, stattfinden darf³. Auch hier zeigt sich, dass ernstgemeinte Beteiligung verbindlich mit Ergebnissen umgehen muss. Als Bundesjugendring begrüßen wir zum Beispiel die Forderung nach der Einführung eines EU-Mechanismus zur verbindlichen Gesetzesfolgenabschätzung mit Blick auf junge Menschen. Auch unterstützen wir explizit die Forderung nach einem Konvent, bei dem Vertragsveränderungen kein Tabu sein dürfen.

BBE Europa-Nachrichten: Welche Rolle sehen Sie für die europäische Jugend bei den Folgemaßnahmen zur CoFoE?

Marius Schlageter: Junge Menschen haben sich in der gesamten EU in den verschiedenen Formaten der Zukunftskonferenz eingebracht und erwarten nun, dass ihre Forderungen ernstgenommen und verbindlich umgesetzt werden. Bei der Umsetzung der Forderungen wiederum sollten junge Menschen ebenso wirksam beteiligt werden.

BBE Europa-Nachrichten: Europäisches Jahr der Jugend 2022 – war das Jahr für die europäische Jugend oder für den Jugendbereich ein erfolgreiches Jahr?

Marius Schlageter: Zum Ende des Europäischen Jahres der Jugend ziehe ich ein gemischtes Fazit. Auf der einen Seite war es ein sehr wichtiges Zeichen von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, junge Menschen dieses Jahr besonders in den Blick zu nehmen, gerade weil junge Menschen und ihre Probleme viel zu oft übersehen oder nicht ernstgenommen werden: Jugendarmut, Preisexplosionen, Zukunftsängste aufgrund der unzureichenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise, Probleme mit der eigenen mentalen Gesundheit, die anhaltend hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa, das Gefühl bei der Bekämpfung der Coronapandemie vergessen worden zu sein und vieles mehr.

In der Praxis war das Europäische Jahr der Jugend allerdings eine große Herausforderung. Angekündigt wurde es mit lediglich drei Monaten Vorlaufzeit Ende September 2021. In so kurzer Zeit ist es natürlich nicht möglich, die Idee eines Europäischen Jahres der Jugend europaweit von der europäischen bis zur lokalen Ebene zu verankern. Wir sehen, dass vielerorts – wenn überhaupt – erst nach dem Sommer 2022 bekannt wurde, dass es ein europäisches Jahr der Jugend gibt. Viel zu spät also, um sich noch sinnvoll

³ <https://www.dbjr.de/artikel/beteiligung-junger-menschen-bei-der-eu-zukunftskonferenz>

INTERVIEW MIT MARIUS SCHLAGETER

einzubringen. Deshalb haben wir uns als Deutscher Bundesjugendring zuletzt dafür ausgesprochen, das Europäische Jahr der Jugend mindestens bis Ende 2023 zu verlängern. Auf der anderen Seite kann man sagen, dass zumindest auf der europäischen Ebene Wirkung entfaltet werden konnte. Alle EU-Kommissar*innen haben es sich zur Aufgabe gemacht, sich mit jungen Menschen und Jugendverbänden als Interessensvertretungen junger Menschen zu treffen. Eine Verstetigung dieser Formate würden wir uns sehr wünschen. Außerdem konnte ein sogenannter »Youth Check«, also ein Mechanismus zur Gesetzesfolgenabschätzung mit Blick auf junge Menschen, auf den Weg gebracht werden. Als Jugendverbände in Europa haben wir außerdem den Fokus auf junge Menschen, gemeinsam mit dem Europäischen Jugendforum als unserem europäischen Dachverband, dafür genutzt, unsere gemeinsame Kampagne zum europäischen Verbot von unbezahlten Praktika voranzubringen.

BBE Europa-Nachrichten: Die weltweite Förderung der Demokratie ist eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union. Was wird unternommen, damit junge Menschen Demokratie »lernen«? Wie können Kinder und Jugendliche Demokratiekompetenzen erwerben?

Marius Schlageter: Aus meiner Sicht muss Demokratiebildung überall stattfinden. Dafür müssen wir aber noch stärker darauf hinwirken, unsere Lebenswelten zu demokratisieren, um Demokratie überhaupt erfahrbar zu machen. Das beginnt bereits in der Schule. Dort sind Teilhabe und Mitbestimmungsmöglichkeiten in aller Regel unterentwickelt⁴. Aus meiner Sicht sind insbesondere Jugendverbände Werkstätten der Demokratie. Hier können junge Menschen selbstbestimmt Demokratie erfahren und leben. Diese wertvolle Arbeit von Jugendverbänden verdient vielfältige Unterstützung. Die EU hilft hierbei vor allem durch ihre Jugendprogramme Erasmus+ und den Europäischen Solidaritätskorps.

BBE Europa-Nachrichten: Vielen Dank!

Marius Schlageter ist stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings, Sprecher des Deutschen Nationalkomitees für Internationale Jugendarbeit, Vorstandsmitglied der Europäischen Bewegung Deutschland und Mitglied der jugendpolitischen Kommission des Ring Deutscher Pfadfinder*innenverbände.

Weitere Informationen www.dbjr.de/themen/europa

⁴ <https://www.dbjr.de/artikel/eine-demokratische-gesellschaft-braucht-eine-demokratisierte-schule>

THOMAS RÖBKE

FSJ-TRÄGERKONFERENZ »WIR MACHEN DIE WELT EIN STÜCK BESSER« – GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT ALS AUFGABE DES FREIWillIGEN SOZIALEN JAHRES

VORTRAG ZUM THEMA »FREIWillIGENDIENSTE UND GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT«

I Freiwilligendienste zwischen Verpflichtung und Freiwilligkeit – die argumentative Lage.

Zunächst muss ich eine Einschränkung vorausschicken. Ich bin kein Experte für Freiwilligendienste. Ich habe jahrelang über das Thema Bürgerschaftliches Engagement nachgedacht und mich als Vorsitzender des Sprecher*innenrats des BBE politisch eingemischt. Von diesem Blickwinkel aus nähere ich mich also dem Thema. Im BBE gibt es eine sehr aktive Arbeitsgruppe zu den Freiwilligendiensten, von deren Meinungen ich profitiere und die politisch sehr gut vernetzt ist.

In der AG herrscht eine hohe Übereinstimmung. Alle Mitglieder lehnen einen Pflichtdienst, so wie ihn politisch prominent die ehemalige CDU Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer vorgeschlagen hat, und den ja auch Heribert Prantl (Innere Sicherheit. Ein soziales Pflichtjahr wäre eine gute Sache – für alle, Süddeutsche Zeitung 18./19.7.2020) unterstützt, dezidiert ab. Sie neigen bei der Frage, wie man noch mehr junge Menschen (aber auch Ältere im Bereich des Bundesfreiwilligendienstes vor allem in den Neuen Bundesländern) gewinnen kann, der Position der früheren Familienministerin Franziska Giffey zu, die ins Spiel gebracht hat, den bestehenden Freiwilligendienst attraktiver zu machen, aber beim Gebot der Freiwilligkeit zu bleiben. Ministerin Giffey wollte dies vor allem durch eine

Erhöhung des Taschengeldes und eine Flexibilisierung der Zeitformate erreichen, so dass man beispielsweise den Freiwilligendienst regulär beenden könnte, wenn man einen Studienplatz oder eine Lehrstelle antritt. Zudem sollten, was ja auch schon geschah, spezielle Formate für mehr Attraktivität sorgen, etwa das FSJ digital, das nun auch im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung erwähnt wird.

Gerade jüngere Menschen, insbesondere Gruppen, die bislang im Freiwilligendienst unterrepräsentiert waren, z.B. aus bildungsfernen Haushalten oder Menschen mit Zuwanderungserfahrung, sollen so den Weg in die Freiwilligendienste finden. Oder Menschen, die mehr Unterstützung und Assistenz benötigen, weil sie eine Behinderung haben. Daher setzt sich die BBE AG Freiwilligendienste auch für eine bessere Ausstattung der Begleitung ein.

Außerdem hält die AG Freiwilligendienstes ein Pflichtjahr für etwa achthunderttausend junge Menschen gegenüber den jetzt etwa hunderttausend Freiwilligendienstler*innen für nicht bezahlbar. Schätzungen gehen von 7,5 Mrd. bis 12 Mrd. Euro aus. Beim Modell Giffey wären es dagegen 1 bis 2 Mrd. Euro.

Heribert Prantl hat ja ausgeführt (SZ vom 18. Du 19.7.2020), dass das doch kein Hindernis sein dürfte in einer Zeit, in der der Staat ein Vielfaches darauf verwendet, die

Corona-Folgen abzufedern. Aber es wäre ein ungewöhnlich großer Sprung für den Bundeshaushalt, und zwar auf Dauer. Der zweite Engagementbericht der Bundesregierung schreibt, dass in 2015 insgesamt von Bundeseite 291,7 Mio. Euro für Freiwilligendienste im Bundeshaushalt eingestellt waren. (Zweiter Engagementbericht »Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung« und Stellungnahme der Bundesregierung Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode Drucksache 18/11800, S. 363). Hinzu kommen weitere Mittel seitens der Länder und der Träger. Selbst das Modell Giffey würde also eine Verfünf- bis Verzehnfachung der Mittel erfordern.

Der zweite Engagementbericht bringt dann auch noch ein weiteres Argument, dass selbst dem Modell Giffey mit seiner Ausweitungabsicht skeptisch gegenübersteht. Er argumentiert, dass die Freiwilligendienste mit ihrem Taschengeldsystem der Monetarisierung des Bürgerschaftlichen Engagements Vorschub leisteten. Und er führt dabei auf, dass neben den fast dreihundert Mio. Euro für die Freiwilligendienste noch geschätzt 807 Mio. Euro in die steuerliche Begünstigung von Ehrenamts- und Überleiterpauschalen abfließen, die ja auch geldwerte Leistungen sind. Daneben sind die direkten Förderungen für das Ehrenamt vor Ort Kleinigkeiten. 2015 beispielsweise gab das BMFSFJ 4,7 Mio. Euro für Modellprojekte im Bürgerschaftlichen Engagement aus.

Nun gab und gibt es darüber schon Grummeln in der Szene. Die Tendenz der Monetarisierung und der damit verbundenen Gefahr der Verdienstleistung und Instrumentalisierung des Freiwilligendienstes wird kritisch gesehen (Gisela Jakob: Freiwilligendienste zwischen Staat und Zivilgesellschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung: be-

trifft Bürgergesellschaft, S. 21 f.¹). Und man kann zudem ein Ungleichgewicht feststellen, das nicht nur das absolute, sondern auch das relative Verhältnis der Finanzmittel betrifft. Laut Freiwilligensurvey sind in Deutschland mehr als 30 Mio. Menschen über 14 Jahren bürgerschaftlich aktiv. Davon bilden die Freiwilligendienstler*innen gerade mal 0,3 Prozent, die schon ein überproportional großes Stück vom Förderkuchen abbekommen.

Deswegen haben sich viele zivilgesellschaftliche Verbände und Netzwerke auf Bundesebene, auch das (BBE Dossier Nr. 9.: Zivilgesellschaft und Bundestagswahl.²), auf Bundesebene bei den engagementpolitischen Empfehlungen an die Regierungskoalition nicht vorrangig für eine Ausweitung der Freiwilligendienste ausgesprochen, sondern für andere Themen, z.B. eine bessere institutionelle Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements insgesamt durch nachhaltig geförderte Anlaufstellen vor Ort. Aber die Politik auf Bundesebene wird, weil dies ja ihre vorrangige Kompetenz bleiben wird, vor allem die Freiwilligendienste ausbauen: Man sah das schon am von der Bunderegierung aufgelegten milliardenschweren Aufholpaket zur Abfederung der Coronafolgen bei jungen Menschen. Auch hier werden deutlich höhere Summen für die Freiwilligendienste reserviert, als, sagen wir mal: für ehrenamtliche Bildungspatenschaften.

Ich bin, das muss ich zugeben, nicht immer ganz der gleichen Meinung wie die sehr geschätzte Arbeitsgruppe des BBE. Und ich neige bei Gelegenheiten wie dieser, in denen ich mich nicht offiziell als Vorsitzender des BBE Sprecher*innenrates äußere, eher einer Position zu, wie sie Heribert

1 <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10350.pdf>

2 https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/06_Service/02_Publikationen/2021/2021-bbe-reihe-dossier-9.pdf

Prantl so emphatisch vorgebracht hat, freilich, mit einer etwas anderen Schlussfolgerung, die ich im Folgenden begründen will.

II Subjektive Erfahrungen

Warum neige ich Prantl, wenigstens was seinen Befund trifft, zu? Das hängt zunächst mit eigenen Erfahrungen zusammen, die ich im Zivildienst gesammelt habe.

Bekanntlich war es ja bis zur Abschaffung der Wehrpflicht verbindlich, einen Wehrdienst oder Zivildienst auszuüben, obwohl ja zum Schluss viele junge Leute gar nicht mehr herangezogen wurden, also der Pflichtdienst schon reichlich durchlöchert war. Als 2011 das Aus der Wehrpflicht kam, leisteten etwa 90 Tausend junge Menschen Zivildienst, 2002 waren es noch 136 Tausend Zivis. Der Bundesfreiwilligendienst als kompensierendes Angebot startete 2012 mit 34 Tausend Teilnehmenden und pendelte sich dann um die 40 Tausend ein. Freilich war dies schon ein Erfolg. Befürchtet wurde damals ja sogar, dass der Bundesfreiwilligendienst eine echte Niete sein könnte.

Ende der 1980er Jahre leistete ich meinen Zivildienst in der ambulanten Altenhilfe: Menschen zuhause aufsuchen, Hausordnung machen, Einkaufen gehen, kleine Dinge im Haushalt erledigen. Ich fuhr mit dem Dienstmofa zu meist vereinsamten Menschen: Frauen, die den ganzen Tag im Bett lagen, Alkoholiker, die nicht aus Ihrer Wohnung kamen, oft war ich der einzige Kontakt zur Außenwelt und es gab nicht wenige, die sehnsüchtig darauf warteten, dass der Zivi vorbeikam und ein Tässchen Kaffee trank. Liebevolle Begegnungen, die mich sehr nachdenklich machten, wie alte Menschen in unserer Gesellschaft leben, manchmal ihr Dasein fristen, gerade wenn

der Partner gestorben ist oder die Kinder weit weg wohnen, was ja heute eher die Regel ist.

Als mein Sohn sich zum Studium in die Niederlande begab und heute in Amsterdam lebt, stand für mich und meine Frau klar vor Augen, dass er nicht mehr ins beschaulich mittelfränkische Fürth zurückkehren wird. Wie mein eigenes Alter nun aussehen würde? Da kamen mir wieder die Erinnerungen aus der Zivildienstzeit in den Sinn, und ich gründete mit anderen eine generationsübergreifende Baugesellschaft, in der heute hundert Erwachsene und vierzig Kinder in guter und enger Nachbarschaft zusammenleben und sich im Alltag unterstützen.

Sicher hat die Erfahrung meines Zivildienstes, die ich wohl nie gemacht hätte, wäre sie freiwillig gewesen, dazu geführt, dass ich mich auf das Abenteuer des Bauprojekts Spiegelfabrik einließ.

Diese wertvollen Erfahrungen habe ja nicht nur ich gemacht.

Als in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (6.8.2018) ein durchaus wertschätzender Artikel zu Kramp-Karrenbauers Initiative für ein Gesellschaftsjahr erschien, kommentierte ein Leser: »Ich habe selbst in den 1990ern Zivildienst in einem Übergangswohnheim für Haftentlassene geleistet. Offen gesagt: das lief anders als gedacht. Was als »easy Hausmeisterjob mit mehr Kohle als beim Bund« (ich war 20...) rausgesucht worden war, hat mich mit Menschen zusammengebracht, mit denen ich sonst nie in Kontakt geraten wäre. Es hat mich Demut vor dem Leben gelehrt, wie schnell sozialer Abstieg gehen kann, aber auch, welch großartige Errungenschaft unser umfassendes Sozialsystem ist, in dem es ganz selbstverständlich Hilfsangebote für die Schwachen und Kranken einer Gesell-

schaft gibt. Daher: ja bitte! Es ist kein geklautes Jahr Leben wie manche meinen, es wäre ein Jahr, das einen jungen Menschen nachdenklich macht und im Idealfall seinen Horizont erweitert.«

Bildung würde man missverstehen, wenn man sie nur für freiwillig hielte. Der Mensch kann auch Freude und Engagement aus einer Sache ziehen, in die er hineinstolpert, der er sich widerstrebend nähert, die er vielleicht sogar ablehnt, jedenfalls nicht voller Freude freiwillig machen würde.

Das kann natürlich schiefgehen, und dann wird schlimmstenfalls aus einer Pflicht Abneigung. Manche werden es vielleicht nur als verlorene Zeit abhaken.

Klar kann man mit individuellen Erfahrungen, auch wenn sie viele Menschen teilen, nicht einfach starke juristische Bedenken vom Tisch wischen. Bekanntlich hat ein Pflichtdienst verfassungsrechtlich hohe Hürden: Nach dem Grundgesetz Artikel 12,2 GG darf niemand zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht. Ausnahme Verteidigungsfall (Art 12a). Das kommt aus der Reaktion auf eine Erbschaft, in der mit dem Reichsarbeitsdienst mit der Dienstpflicht nationalsozialistisch Schindluder betrieben wurde. Dem sollte ein Riegel vorgeschoben werden.

Ganz anders als der zitierte Leserbriefschreiber äußerte sich der FDP-Vorsitzende und neue Finanzminister Christian Lindner, der letztlich an dieses zwielichtige Erbe erinnerte und schnörkellos kommentierte: »Unser Grundgesetz lehnt Volkserziehung ab«. Noch eins drauf setzte der SPD-Bundestagsabgeordnete Fritz Felgentreu: »Zwangsdienst ist menschenrechtswidrig.« Dennoch: Ich sagte, ich habe Sympathi-

en für Prantls Plädoyer für einen Pflichtdienst. Aber ich ziehe daraus eine etwas andere Schlussfolgerung, weil ich schon die Nachteile eines Gesellschaftsjahrs sehe. Freilich halte ich unsere Demokratie für so stabil, dass sie sicher nicht gleich in staatlich autoritäre Muster zurückfällt, wenn sie mal eine neue Pflicht für die Bürgerinnen und Bürger einführt. Mein Vorschlag versucht, die Bedenken gegen einen Pflichtdienst aufzugreifen, weil der Wert der Freiwilligkeit hoch einzuschätzen ist, gerade im Erwachsenenalter. Zudem gibt es politische und verfassungsrechtliche Hürden, die ich für nicht überwindbar halte. Und dann ziehen die großen Träger der Freiwilligendienste auch nicht mit.

Schließlich kommt das Interesse der Wirtschaft dazu: Es würde ja ein Jahr wegfallen, in dem junge Menschen eine Lehrstelle annehmen könnten. Angesichts des Bewerbermangels hat man es beim Gesellschaftsjahr mit Bedenken starker Player zu tun.

Ich möchte nach diesem ersten argumentativen Überblick zwischen Pflicht und Freiwilligkeit in zwei weiteren Schritten meine Position begründen. Zunächst will ich damit argumentieren, was nicht nur in meinen Augen den Wesenskern des bürgerschaftlichen Engagements ausmacht und dabei zeigen, dass der Freiwilligendienst eine Facette ist, die aber auch ihre Tücken hat. Und dann würde ich gerne den Bildungsaspekt des bürgerschaftlichen Engagements in den Blick nehmen und dafür votieren, es im Sinne des Service-Learning verpflichtend in die curricularen Umsetzungen der formalen Bildungsinstitutionen einzubeziehen.

III Bürgerschaftliches Engagement:

Bürgerschaftliches Engagement, so hat es schon die um die Jahrhundertwende tagende Enquetekommission des Bundes-

tags zur Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements definiert, und es ist immer wieder wiederholt worden, ist vor allem: gemeinwohlorientiert, freiwillig, unentgeltlich und öffentlich. Mit der Gesamtheit dieser Eigenschaften umgrenzt es ein eigenständiges gesellschaftliches Gebiet, das wir Zivilgesellschaft nennen. Es ist organisatorisch gekennzeichnet durch gemeinnützige Vereine, Stiftungen, informelle Initiativen, Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände usw.

Bei der Frage der Gemeinwohlorientierung wird es wohl keinen Widerspruch geben, dass Freiwilligendienste ganz klar zum Bürgerschaftlichen Engagement zählen. Aber dann wird es schwieriger: Freiwilligen-Dienste. Schon das Wort scheint ein Oxymoron, eine Verbindung von Gegensätzen.

Dienst meint: Verpflichtung, Weisungsgebundenheit gegenüber einem Dienstherrn, hat also starke Ähnlichkeit zur Erwerbsarbeit. Freiwilligkeit. Dazu gehört fast ausnahmslos im Ehrenamt, was man die viertelstündige Kündigungsfrist nennen könnte. Die Bindung, die im bürgerschaftlichen Engagement besteht, ist nicht – in den weit überwiegenden Fällen – durch Verträge gestiftet, sondern nur durch den guten Willen. Daher muss man es schon sehr sensibel gestalten, wenn im staatlichen Rahmen ein Dienstverhältnis begründet wird. Der jetzige Freiwilligendienst tariert das aus: Er agiert im Sinne einer vielleicht kantisch zu nennenden Freiheitsidee, die Freiheit als Selbstverpflichtung für ein moralisches Gebot sieht, etwas verlässlich und berechenbar für das Gemeinwohl zu tun. Vielleicht ist damit auch ein gewisses Gegengewicht geschaffen gegen andere Tendenzen in Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements, eben nur sporadische Tätigkeiten aufzunehmen, die man beliebig beenden kann.

Es gibt ja auch keine geringe Zahl von Freiwilligendienstler*innen, die vorzeitig abrechen. Die oben aufgeführten Pläne der zeitlichen Flexibilisierung der Freiwilligendienste sind auch ein Zugeständnis an diese Tendenz.

Ein Pflichtdienst würde dies noch auf die Spitze treiben und jegliche Form der Freiwilligkeit auslöschen. Dann aber ist gefährdet (zumindest in diesem Format), was wir als ein zivilgesellschaftliches Credo beschreiben können: Sicher hat es der Verfassungsrechtler Ernst Böckenförde ein wenig anders gemeint, aber das nach ihm benannte Diktum passt sehr gut zum Selbstverständnis des freiwilligen Engagements, wonach der Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht schaffen kann. Das sogenannte »Böckenförde-Diktum« heißt im Wortlaut:

»Der freiheitliche säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er um der Freiheit willen eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit die er seinen Bürgern gewährt von innen her aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren versuchen ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben...« (Ernst Böckenförde: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in ders.: Recht, Staat, Freiheit, 2006, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 112 f.)

Böckenförde stellt klar: Der Staat kann das freie Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger, auf dem er aufbaut, nicht erzwingen und doch ist er darauf angewiesen. Das zeigt ein Blick auf Europa. Die so-

nannte Engagementquote, also das Verhältnis zwischen bürgerschaftlich Engagierten zur Gesamtbevölkerung, ist in den Niederlanden, Schweden, Dänemark signifikant höher als in Rumänien oder Bulgarien. Diesen Befund kann man in zweierlei Hinsicht mit Böckenfördes Satz verknüpfen: Dort, wo ein Staat den Bürgerinnen und Bürgern über eine lange kulturelle Tradition Freiheitsrechte gewährt, ist das Engagement deutlich größer als in Ländern, die lange autoritär geprägt waren und letztlich vergeblich versuchten, Bürgerengagement und -loyalität von oben zu erzwingen. Und zweitens: Dort, wo es einen verlässlichen Rechtsstaat und eine gute Versorgung durch einen starken Sozialstaat gibt, ist das Engagement vielfältiger und größer. (Educational, Audiovisual & Culture Executive Agency (EAC-EA). Directorate General Education and Culture (DG EAC). Volunteering in the European Union. Final Report submitted by GHK, 17 February 2010³).

Ich finde das ist ein starkes Argument für Freiwilligkeit, gerade auch, weil die meisten Freiwilligendienstler*innen volljährig sind, obwohl man das FSJ schon ab 15 Jahren absolvieren kann. Die Zahl der Minderjährigen ist sehr gering, weil, so sagt es die vom BMFSFJ beauftragte Evaluation von FSJ und FÖJ »viele Tätigkeiten in den Einsatzstellen nicht für diese Altersgruppe geeignet sind oder weil Träger einen erhöhten Betreuungsaufwand für 15- und 16-Jährige befürchten.« (Ergebnisse der Evaluation des FSJ und FÖJ. Abschlussbericht des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e. V., S. 10.⁴). Auch beim Kriterium der Unentgeltlichkeit streift der Freiwilligendienst die Grenzen

des Bürgerschaftlichen Engagements mit einem Taschengeld über vierhundert Euro monatlich und weiteren geldwerten Leistungen. Ich gönne es jeder und jedem, aber, siehe oben: Mit Geld wird meist auch etwas gekauft, es werden Verbindlichkeiten erzeugt und Erwartungen geweckt. Man lese dazu Michael Sandels instruktives Buch: Was man für Geld nicht kaufen kann. (Michael J. Sandel: Was man für Geld nicht kaufen kann. Die moralischen Grenzen des Marktes, 2012, Ullstein Verlag: Berlin) Diese Tendenz wird noch verstärkt durch den strategischen Einsatz des Bundesfreiwilligendienstes, vor allem in den östlichen Bundesländern, als Sprungbrett zur Erwerbsarbeit. Auch das ist überhaupt nichts Ehrenrühriges, aber doch, sagen wir mal, an der Grenze dessen, was Bürgerschaftliches Engagement im Kern sein sollte.

Damit geht ein drittes einher: Bürgerschaftliches Engagement ist eine auf die Öffentlichkeit bezogene Tätigkeit und lebt von seiner Unabhängigkeit. Das macht es glaubwürdig. Es ist ein wesentlicher Pfeiler deliberativer Demokratie. Geld und Dienst begründen leicht Abhängigkeiten. Dafür ist die jetzige Form des Freiwilligendienstes vielleicht ein sinnvoller Grenzstein, aber eben ein Grenzstein, über den man nicht hinausgehen sollte.

IV Service-Learning als verpflichtendes Bildungsangebot

Zentral für die Freiwilligendienste ist der Bildungsaspekt. Das ist ein starkes Argument, denn wo lernen Jugendliche in unserer Gesellschaft heute, sich um andere zu kümmern, neudeutsch: soziale Kompetenz zu entwickeln?

In einer Zeit, die immer mehr von den Zwängen der Erwerbsarbeit getrieben ist, kommt es zu Klagen, die immer jüngeren Absolvent*innen der Schulen und Univer-

3 https://ec.europa.eu/citizenship/pdf/doc1018_en.pdf

4 www.bmfsfj.de/resource/blob/96724/94644bad0c1597d6a1c7064b2073c84a/evaluierungsberichtfreiwilligendienste-data.pdf

sitäten ließen vor allem soziale Kompetenz vermissen. Die ist aber funktional wichtig, wenn man in einem Unternehmen Zusammenarbeit organisieren will.

In einer Zeit, in der sich soziale Milieus rasant auflösen, die Ehrenamt an die Jungen vermittelt haben; in einer Zeit, in der Eltern vielleicht auch nicht mehr selbstverständlich ihre Freude am Bürgerschaftlichen Engagement weitergeben, werden die formellen Institutionen der Bildung immer wichtiger. Wir spüren an vielen Ecken und Enden: der soziale Zusammenhalt bröckelt.

Die Schulen und Universitäten reagieren darauf: Sie entwickeln Formate des Service-Learnings. Sie öffnen sich für praktische gemeinwohlorientierte Tätigkeiten. Sie gestalten Lernwelten des »echten« Lebens, die dann in Schule und Universität reflektiert und gemeinsam bearbeitet werden. Das reicht von einem freiwilligen sozialen Schuljahr im Tierheim bis zu zeitlich eng begrenzten Projekten, zum Beispiel in Altentageseinrichtungen, in denen man über den demografischen Wandel mehr lernt als allein durch statistische Demografiebäumchen aus dem Lehrbuch. Wenn man beides zusammendenkt, kommt eine Form des Lernens heraus, die der große amerikanische Pädagoge John Dewey »Erfahrungslernen« oder »learning by doing« nannte. Schule und zivilgesellschaftliche Organisationen legen gemeinsam die passenden Formate fest und realisieren diese altersgerecht und auf den Lernstoff bezogen. Formale Bildungsinstitute öffnen sich für Impulse aus der Zivilgesellschaft und bilden ihrerseits Brücken für den Wissenstransfer in die Zivilgesellschaft. (John Dewey: Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik hrsg. Jürgen Oelkers. 2000, Weinheim und Basel: Beltz. Zum Thema Lernen und Engagement sehr ins-

truktiv: BBE Arbeitsgruppe »Bildung und Engagement im gesellschaftlichen Raum: Arbeitspapier Nr. 13 »Zivilgesellschaft als zentraler Akteur in der deutschen Bildungslandschaft« (2021)⁵)

Die Schule ist per se ein Ort der Bildung, aber eben auch der Verpflichtung. Dies müsste gar nicht neu begründet werden. Angebote des Service-Learning können auch an verschiedene Altersstufen adressiert werden und gerade dort, wo Bildungsforscher die Ausbildung sozialer Kompetenz sehr stark verorten: an der Schwelle zur Pubertät, eingesetzt werden, also in einem Alter, das der Freiwilligendienst nicht oder kaum erreicht. Spannende Service-Learning Projekte gibt es für jeden Schultyp, von der Förderschule bis zum Gymnasium. Man könnte auch den Bildungsbias, die überdurchschnittliche Beteiligung junger Menschen mit hohen Bildungsabschlüssen, den Freiwilligendienste zweifellos haben, kompensieren. Service-Learning kann ein wichtiger Baustein eines Bildungsverständnisses sein, das sich heute immer mehr von der rein kognitiven Wissensvermittlung ab- und zur Kompetenzorientierung hinwendet. Service-Learning wird ein praktisches Reallabor für Werteerziehung, die sowieso nicht vom Pult mit Tafel und Kreide klappt.

V. Zusammengefasst

Ein kurzes Fazit:

1. Das Format des Gesellschaftsjahrs lohnt einer vertieften Debatte, denn der Impuls einer verpflichtenden Bildung, kurz gesagt: sozialer Kompetenz in realer Umwelt und nicht als »Trockenschwimmkurs« ist so wertvoll, dass jeder und jede daran teilhaben sollten.

⁵ www.b-be.de/fileadmin/Redaktion/01_Uber_Uns/04_Gremien/BBE-Agendappair_2019-2021_November2019.pdf

2. Es wird schwierig sein, ein Gesellschaftsjahr einzuführen, weil viele Einwände entkräftet werden müssen (Unternehmen, Wohlfahrtsverbände, politische Parteien, Verfassungshürden)
3. Besser als ein Pflichtjahr ist eine Anbindung an die Schulpflicht.
4. Es kann eine symbiotische Beziehung zwischen theoretischem und praktischem Lernen entstehen. Zugleich eine Öffnung der Bildungsinstitutionen in den zivilgesellschaftlichen Raum und ein Profitieren der Zivilgesellschaft als Reallabor von Bildungsprozessen.
5. Vielleicht muss es kein ganzes Schuljahr sein, es kann auch in einer Abfolge kürzerer Projekte bestehen, die in den Altersstufen fortgeschrieben wird, wie man das z.B. in der Laborschule Bielefeld macht. Die Formate können bedarfsnah in den jeweiligen Institutionen und lokalen Zivilgesellschaften ausgearbeitet werden.
6. Wer Schulklassen begleitet, die Service-Learning Programme durchführen, sieht viele neugierige Schülerinnen und Schüler. Und kaum jemand kaut vor Längeweile an den Nägeln.
7. Die jetzt bestehenden Formate der Frei-

willigendienste können diese Lernerfahrung auf der bewährten Basis der Freiwilligkeit dann vertiefen. Sie treffen dabei auf eine viel größere Gruppe von jungen Menschen, die dafür aufgeschlossen sind und den Wert dieser Erfahrung erkennen.

Der Beitrag ist ursprünglich in der Tagungsdokumentation des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) erschienen.⁶

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 13 vom 30.6.2022.

AUTOR

Dr. Thomas Röbbke ist Geschäftsführender Vorstand beim Landesnetzwerk Bürger-schaftliches Engagement Bayern (LBE Bayern e.V.) und ehemaliger Vorsitzender des BBE-Sprecher*innenrats.

⁶ https://bmfsfj-veranstaltungen.bafza.de/fileadmin/Redakteure/Veranstaltungsdateien/Team_3/FSJ-Traeger-tagung/2021/PDF-Dateien/2021_Vortrag_Dr_Roebke.pdf

MAXIMILIAN KISS

DEMOKRATIE IST NICHT SELBSTVERSTÄNDLICH! PROJEKTVORSTELLUNG »YOUMOCRACY – DEMOKRATIE BRAUCHT DICH!«

Herausforderung

Wir als junge Generation sind in Europa in Frieden und Freiheit aufgewachsen. Für einen guten gesellschaftlichen Zusammenhalt, ein Miteinander auf Augenhöhe und eine respektvolle Diskussionskultur müssen wir uns aber jeden Tag einsetzen, damit auch in Zukunft das Zusammenleben in unserer Gesellschaft gelingt. In Zeiten von zunehmender Polarisierung und »Filter Bubbles« haben wir die Erfahrung gemacht, dass Menschen oftmals mehr übereinander und gegeneinander anstatt miteinander sprechen. Der überparteiliche Austausch wird zunehmend wichtiger, wie das Bundestagswahlergebnis gezeigt hat, da Koalitionen aus mehr als zwei Parteien gebildet werden müssen. Auch das Verständnis für die Lebensrealitäten des Gegenübers muss aktiv erfahrbar gemacht werden.

Das Leben in Berlin Mitte birgt andere Herausforderungen und Umstände als in der Lausitz in Sachsen oder am Bodensee in Konstanz.

Unser Lösungsansatz

Unser gemeinnütziger, überparteilicher Verein »youmocracy – Demokratie braucht Dich!« arbeitet an der Lösung dieser Herausforderungen mit einem ganzheitlichen Ansatz:

Politische Bildungsarbeit auf Instagram:
Über Instagram informieren wir unsere

Zielgruppe (15-30 Jahre) in Themenwochen über gesellschaftspolitische Themen aus verschiedenen Blickwinkeln und regen zur Diskussion an – wie das aussieht, könnt ihr selbst sehen: youmocracy auf Instagram¹.

Diskussionsforen vor Ort: Diese Informationen bieten die Grundlage für unsere Diskussionsforen in ganz Deutschland, die wir an allen Schulformen, Hochschulen und Universitäten etablieren wollen. In aktuell 15 regionalen Diskussionsforen wird dann von Hamburg bis München, von Jena bis Saarbrücken vor Ort diskutiert. Diese sind in Universitäten als Hochschulgruppen und in Schulen als Arbeitskreise organisiert. Angeleitet durch unsere Diskussionsforenleiter*innen entstehen dort anregende und aufschlussreiche Debatten. Die Leiter*innen werden von uns in Zusammenarbeit mit Kommunikationstrainer*innen in Diskussionsleitung und Moderation ausgebildet.

Schulworkshops: Zusätzlich gehen wir mit Workshops zu Diskussionskultur und Partizipation an Schulen und wollen dort Schüler*innen eine offene und respektvolle Diskussionskultur vermitteln, Möglichkeiten zur Partizipation in unserer repräsentativen Demokratie aufzeigen, sie erlebbar machen und junge Menschen für Politik begeistern.²

¹ www.instagram.com/yoomocracy

² Mehr zum Diskussionskompass(<https://www.yoomocracy.de/diskussion>)

KISS: DEMOKRATIE IST NICHT SELBSTVERSTÄNDLICH

Diese Workshops werden zusammen mit jungen Pädagog*innen erarbeitet. Unser erster Pilotworkshop hierzu fand Ende Februar 2022 statt. Anschließend besteht für die Schulen die Möglichkeit, die vermittelten Kompetenzen an der Schule durch Diskussionsforen zu leben und die Inhalte weiter zu verbreiten. So vermitteln wir Diskussionskultur nachhaltig und langfristig.

Überregionale Veranstaltungen: Die Diskussionsforen an allen Schulformen, Hochschulen und Universitäten kommen schlussendlich in überregionalen Veranstaltungen zusammen, wo sie sich austauschen können und die Möglichkeit haben, mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu diskutieren. Dadurch bringen wir junge Menschen verschiedener Lebensrealitäten zusammen und ermöglichen den sonst fehlenden gesellschaftspolitischen Austausch und die überparteiliche Diskussion miteinander.

Von jungen Menschen für junge Menschen

youmocracy ist ein Projekt von jungen Menschen für junge Menschen. Unser Team eint die Überzeugung, dass uns Vielfalt kreativer, stärker und am Ende auch erfolgreicher macht. Deswegen bemühen wir uns stets um die Repräsentation verschiedenster Hintergründe und Lebenswege auf sämtlichen Ebenen von youmocracy. In dem rund 70-köpfigen Team (19-30 Jahre alt) kommen unterschiedlichste politische Einstellungen, Fachrichtungen und Interessen zusammen. Dabei verfügen wir über Expertise und Fähigkeiten aus dem politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und journalistischen Bereich. Beispielsweise haben wir im Team ehemalige Landesschülersprecher*innen, Kommunalpolitiker*innen, junge Wissenschaftler*innen, ehemalige Bundestagskandidat*innen und

Jungjournalist*innen von ARD, ZDF, Spiegel, Handelsblatt und Welt.

Kuratorium aus zwei ehemaligen Bundestagspräsidenten

Dabei wird unser Verein auch von höchster politischer Ebene unterstützt und beraten: Das Kuratorium des Vereins besteht aus zwei ehemaligen Bundestagspräsidenten, Prof. Dr. Norbert Lammert und Dr. h.c. Wolfgang Thierse. Beide ehemaligen Bundestagspräsidenten sagten für regelmäßige Diskussionsveranstaltungen zu und werden mit youmocracy-Teilnehmer*innen unterschiedlichster Hintergründe aus ganz Deutschland diskutieren. Der Verein youmocracy ist von der Möglichkeit begeistert, seinen Teilnehmer*innen einen Austausch und eine Diskussion mit den ehemaligen Bundestagspräsidenten über aktuelle politische Themen und die repräsentative Demokratie anbieten zu können.

Deine Unterstützungsmöglichkeit

Aktuell sind wir auch Teil des MITWIRKEN Crowdfunding-Contest der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung. MITWIRKEN ist das Förderprogramm für gelebte Demokratie, das 2020 von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung initiiert wurde. Mit einer Kombination aus Fördergeldern, Crowdfunding und bedarfsorientierter Projektbegleitung werden wirksame Projekte und Projektideen, die sich für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen, identifiziert, gefördert, finanziert und bis zur Versteigerung begleitet.

Vom 4. Mai bis 1. Juni 2022 sammelt youmocracy im Rahmen des MITWIRKEN Crowdfunding-Contests Gelder für die Umsetzung seiner Vision. Die 20 Projekte mit den meisten Unterstützenden erhalten Preisgelder in Höhe von insgesamt 200.000 Euro von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung – ganz demokratisch. Denn

KISS: DEMOKRATIE IST NICHT SELBSTVERSTÄNDLICH

jede Person aus der Crowd entscheidet mit ihrer Unterstützung – egal wie hoch – darüber, welche Projekte die Stiftungs-Preisgelder erhalten.

Insbesondere die letzten Monate haben uns gezeigt: Demokratie ist nicht selbstverständlich, sie braucht das Engagement jedes*r Einzelnen – Demokratie braucht Dich! Unterstütze auch Du uns gern mit Deinem Beitrag für unsere Demokratie!

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 9 vom 5.5.2022.

AUTOR

Maximilian Kiss ist Leiter Bundesweite Aufgaben & Akquisition beim youmocracy e.V.

Weitere Informationen
<https://mitwirken-crowd.de/youmocracy>

LENNART SCHMIDT

JUNGES ENGAGEMENT – TEILNEHMEN KÖNNEN UND DÜRFEN

Als Kinder- und Jugendverband greift die Jugend der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG-Jugend) die Interessen und Bedürfnisse ihrer Mitglieder auf, folgt den Zeichen der Zeit und unterstützt sie bei der Auseinandersetzung mit aktuellen Themen. Hierbei wird der Anspruch verfolgt, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu selbstbewussten, selbstbestimmten und verantwortlichen Persönlichkeiten zu unterstützen. Die DLRG-Jugend betreibt handlungsorientierte Jugendbildungsarbeit und sieht es als ihre Aufgabe an, auf gesellschaftliche Probleme aufmerksam zu machen und aktiv zu deren Lösung beizutragen. Ein Teil ihres Leitbildes ist es, sich für die Erhaltung ökologischer Lebensgrundlagen einzusetzen und aktionsbezogene Umweltarbeit zu entwickeln. Um sich dem komplexen Problem der Klimaveränderung zu widmen und es verbandsspezifisch aufzuarbeiten, gründete sich 2018 das Team »Klima & Umwelt«. Primäres Ziel ist es, dieses wichtige Thema in den Verband zu tragen und einen aktiven Beitrag im Klima- und Umweltschutz zu leisten. Dafür werden eine Vielzahl an Informationen und Sachverhalten aufgearbeitet, damit diese von Kindern und Jugendlichen nicht nur verstanden, sondern auch in Alltagssituationen angewendet werden können. Es werden gemeinsame Aktionen sowie die Gestaltung von Fortbildungsmöglichkeiten geplant, um die Themen zu strukturieren und auf verschiedenen (Verbands-)Ebenen greifbar zu machen.

Klima- und Umweltschutz können somit gelebt und kommuniziert werden.

Mit der 2019 initiierten Kampagne »saving tomorrow – ACTion for earth« möchte die DLRG-Jugend zusätzlich Unterstützung, Information und Motivation für das Engagement von Kindern und Jugendlichen aktiv auch in das Vereinsleben einbinden – und nachhaltiges Handeln fördern. Neben dem Angebot von Informationsquellen rund um die Themen Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit steht dabei die Partizipation aller im Vordergrund: Mitglieder der DLRG-Jugend können eigenständig Veranstaltungen und Projekte rund um diese Themenbereiche organisieren und werden dabei in allen Belangen unterstützt. Es können außerdem Anträge auf eine finanzielle Förderung für nachhaltige und umweltfreundliche Veranstaltungen gestellt werden, mit der die Teilnehmenden ihre Ideen umsetzen können. Dabei muss ein solches Projekt nicht unbedingt teuer im Budget sein – der Ideenreichtum der einzelnen Landesverbände und Ortsgruppen hat schon oftmals wichtige Aktionen hervorgebracht, die sich vor allem durch die Kreativität der Teilnehmenden ergeben haben und einen sinnvollen Beitrag leisten. Ein Beispiel hierfür hat die Ortsgruppe Harsewinkel geliefert: Aus alten Plastikflaschen haben die Kinder und Jugendlichen neue Hüllen für Schwimmbrillen geschaffen. So wurde neben dem Spaß an der kreativen Arbeit ein sinnvoller Nutzen sowohl für die Umwelt als auch die

jungen Schwimmer*innen selbst geschaffen. Eine von vielen großartigen Aktionen, die gemeinsam mit viel Einsatz und Gestaltungswillen umgesetzt wurden.

Darüber hinaus haben die Mitwirkenden der Kampagne eine kinder- und jugendgerechte Informationsbroschüre zum Thema Umweltschutz veröffentlicht. Hier wurden Themen wie Müllvermeidung, kritischer Konsum und Gewässerschutz aufgearbeitet. Da in der DLRG-Jugend das Erlebnis am und im Wasser eine besondere Rolle spielt ist es ein festes Anliegen, sich aktiv für den Gewässerschutz einzusetzen, um die Lebensgrundlage für folgende Generationen zu wahren. Weitergehend wurden Ideensammlungen und Anleitungen zu Themen wie Upcycling erstellt. Solche Informationspools mit bewusst niedrigschwelligem Angeboten sollen allen Verbandsmitgliedern die Möglichkeit bieten, auf spannende Art und Weise ein Verständnis für individuelles, bewusstes Handeln zu erlangen und den bestmöglichen Zugang zum eigenen Agieren im Umweltschutz zu bekommen.

Das Etablieren von nachhaltigen Standards für Veranstaltungen und Aktionen innerhalb der DLRG-Jugend, die klare Positionierung des Kinder- und Jugendverbands für aktiv gelebten Umweltschutz sowie Aufrufe zu Aktionstagen wie dem World Clean Up Day sind beispielhafte Handlungsansprüche, an denen sich hierbei orientiert wird. Ein klarer Fokus bleibt dabei auf der Schaffung und Förderung von Partizipationsgelegenheiten für die Kinder und Jugendlichen im Verband. Die DLRG-Jugend sieht ihren Auftrag im Hinblick auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit somit in großem Umfang in der Aktivierung seiner Mitglieder: Wenn Heranwachsende frühzeitig Zugang zu diesen Themen bekommen (auch und vor allem außerhalb klassischer Informationsfelder

wie dem schulischen Bereich) und im Rahmen ihrer Teilnahme an Verbandsangeboten und -initiativen sensibilisiert werden, motiviert dies zu bewusstem Handeln auch außerhalb des Verbandskontexts. Die Verknüpfung von Bildungsauftrag und Spaß an der Sache sehen die engagierten Mitglieder in der DLRG-Jugend als ihre Aufgabe, welche sie mit ihren Aktionen und Kampagnen wie »saving tomorrow – ACTion for earth« nun schon seit längerer Zeit erfolgreich umsetzen.

Das Engagement im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich kann und soll dabei auch als politisches Handeln verstanden werden: Forderungen in Hinblick auf ein Umdenken der Konsumgesellschaft sind ein Teil der Kommunikationslinie der DLRG-Jugend. Sie versteht sich in ihrer Rolle als Jugendorganisation auch als ein Sprachrohr für ihre Mitglieder, die als Heranwachsende und junge Menschen ihre Zukunft vor sich haben. Das Agieren der älteren Generationen daher besonders zu hinterfragen und auch deutlich zu kritisieren ist somit eine logische Konsequenz der Interessenvertretung, die die DLRG-Jugend darstellt. Eine klare Forderung, die sich daraus ergibt, ist ein umweltbewusstes und nachhaltiges Handeln aller, das über den zuvor beschriebenen Umfang der Aktivitäten hinausgeht. Dieses Handeln wird nicht nur im verbandsbezogenen Kontext sowie dem individuellen Alltagsverhalten als essenziell betrachtet, sondern auch im gesamtwirtschaftlichen Kontext. Die DLRG-Jugend sieht eine klimaorientierte Um- und Weiterentwicklung aller Wirtschaftssektoren als unverzichtbar an, um eine gute Lebensgrundlage für kommende Generationen sicherzustellen. Es soll hierbei deutlich werden, dass nachhaltiges und umweltbewusstes Handeln von nur der jungen Generation für sich allein nicht ausreichen wird, um Klimaziele zu erreichen und die Sicherstellung einer gu-

SCHMIDT: JUNGES ENGAGEMENT

ten Basis für die Zukunft zu gewährleisten. Junge Menschen erwarten, ernst genommen und gehört zu werden. Sie richten Appelle an die Gesamtgesellschaft und fordern die Solidarität aller, um noch vermeidbare Konsequenzen von Erderwärmung und den weiteren Erscheinungen des Klimawandels bestmöglich abzuwenden. Die umweltbezogene Bildungsarbeit der DLRG-Jugend unterstützt junge Menschen dabei, sich durch das Auseinandersetzen mit dem eigenen und unmittelbaren Agieren in und mit der Umwelt hin zu bewussten Teilnehmenden einer nachhaltig orientierten Gemeinschaft zu entwickeln. Gleichzeitig wird mit der Information über ganzheitliche Probleme im Kli-

maschutz und klaren Forderungen an die Gesellschaft der individuelle Aspekt durch die Kommunikation notwendiger Maßnahmen in größeren Kontexten ergänzt. Als Jugendorganisation sieht die DLRG-Jugend ihren Auftrag stets in der bestmöglichen Unterstützung junger Menschen, die dabei in allen Prozessen stets selbst proaktiv teilnehmen können und dürfen.

AUTOR

Lennart Schmidt ist Referent Bildungsarbeit im Bundesbüro DLRG-Jugend.

Weitere Informationen
www.dlrg-jugend.de

CLAUDIO JAX/ SILVIO TITZMANN

DER INTERNATIONALE JUGENDFREIWILLIGENDIENST (IJFD) – EIN ERFOLGREICHES PROGRAMM VOR UNSICHERER ZUKUNFT

Ein erfolgreiches Programm seit 2011

Der Internationale Jugendfreiwilligendienst (IJFD) wurde 2011 ins Leben gerufen. Er wird von einer vielfältigen Trägerlandschaft durchgeführt, in welcher sich die Pluralität unserer Gesellschaft widerspiegelt und jungen Menschen eine Breite an Engagementmöglichkeiten bietet. Das Feld reicht von Trägern wie dem Deutschen Roten Kreuz, der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, dem Internationalen Bund und den AFS Interkulturelle Begegnungen, bis hin zu kirchlichen und anthroposophischen Trägern. Der IJFD wird als Entsendeprogramm vom BMFSFJ im Haushaltstitel Freiwilligendienst mit 14,6 Mio. € jährlich gefördert und ist grundsätzlich auf der ganzen Welt möglich.

Im letzten Jahr feierten das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) und Zivilgesellschaft zusammen das 10-jährige Jubiläum: Über 28.000 Freiwillige leisteten in 109 Ländern einen IJFD. Selbst im von der weltweiten Covid-19 Pandemie geprägten Entsendejahrgang 2021-22 wurden über 2.000 junge Menschen in einen Freiwilligendienst – vorrangig in europäische Länder – entsandt. Eine Erfolgsgeschichte, deren Fortsetzung derzeit in Gefahr ist.

Bevor wir zu den aktuellen Herausforderungen im Programm kommen, soll es um die verschiedenen Aspekte gehen, in denen der IJFD Wirkung entfaltet.

1. Der IJFD als Friedensdienst

Durch die pädagogische Begleitung sensibilisiert, lassen sich die jungen Menschen auf eine andere Kultur ein und lernen in einem bisher noch fremden Umfeld Menschen kennen und schätzen. Zudem leisten sie, eingebunden in die Tätigkeiten von zivilgesellschaftlichen Organisationen, einen konkreten, gesellschaftlich sinnvollen Hilfsdienst, häufig im sozialen Bereich. Aus Begegnungen wachsen Freundschaften, aus der Mitarbeit in den Einsatzstellen folgt häufig eine über die Dienstzeit hinausreichende Begleitung. So entstehen stabile Brücken zwischen Menschen über Grenzen hinweg.

Durch die Vielzahl der Freiwilligen in europäischen Staaten leistet der IJFD einen positiven Beitrag für den europäischen Zusammenhalt und beim Aufbau eines neuen Europas. Er bietet die Möglichkeit zur kontinuierlichen Begegnung, zum Austausch und zum Lernen voneinander. Die dabei gesammelten Erfahrungen während eines Freiwilligendienstes wirken bei den jungen Menschen ein Leben lang und fördern ein friedliches Zusammenleben in Europa nachhaltig.

Das insgesamt positive Bild von Deutschland in der Welt trotz der Schrecken, die es im Zweiten Weltkrieg verursacht hat, geht auch auf die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Friedens- und Versöhnungsdienste zurück. Diese wichtige Arbeit ist

eine kontinuierliche Aufgabe: Jede Generation muss diese Erfahrungen machen. Besonders wichtig sind Friedensdienste angesichts der vielen Konflikte und Kriege in der Welt, da sie langfristig die Basis für Frieden und Versöhnung erhalten und neu schaffen. So ist es gerade angesichts des Angriffskrieges gegen die Ukraine von Bedeutung, dass es gewachsene menschliche und zivilgesellschaftliche Kontakte in die Ukraine, aber auch nach Russland gibt, die fernab offizieller Wege und Möglichkeiten in einem auf demokratischen Werten fußenden Austausch stehen.

2. Der IJFD als Lerndienst

Als Lerndienst erleben junge Menschen in ihrem Freiwilligendienst die Welt unmittelbar, indem sie sich in eine für sie zunächst noch fremde Umgebung hineinbegeben. Durch intensive persönliche Begegnungen in einem anderen Land in Verbindung mit einer sinnerfüllten Tätigkeit, und dies über einen längeren Zeitraum, machen die IJFD-Freiwilligen Erfahrungen, die zu ihrer Persönlichkeitsbildung beitragen und die sich prägend auf ihr weiteres Leben auswirken.

Indem der IJFD pädagogisch vorbereitet, begleitet und ausgewertet wird, werden Räume geschaffen, in denen die gesammelten Erfahrungen erweitert, vertieft und reflektiert werden und daraus nachhaltige Erkenntnisse und Impulse für das weitere Leben gewonnen werden können.

Die Lernerfahrungen in einem Internationalen Jugendfreiwilligendienst sind oftmals eine Basis für ein aktives und von Unternehmergeist geprägtes Leben. Eine Wirkung ist, dass aus dem Wanderjahr selbstbewusste junge Menschen hervorgehen, die sich in verantwortungsvoller Weise in ihr Leben und in die Welt stellen.

Viele Freiwillige erleben nach der Erfahrung multipler Krisen in den letzten Jahren im Kontext ihres Freiwilligendienstes Selbstwirksamkeit als besonders prägend, sie übernehmen Verantwortung und wachsen mit ihren Aufgaben. Ihre Resilienz steigt, ihre Fähigkeiten – sowohl soft als auch hard skills – nehmen zu und sie sind nach dem internationalen Freiwilligendienst besser für die Herausforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet. Im Rahmen ihres Dienstes erwerben sie z.B. Sprachkenntnisse und erlernen neue Arbeitsmethoden. Dies stellt auch einen Gewinn für die Wirtschafts- und Arbeitswelt in Deutschland dar.

3. Der IJFD als Gesellschaftsjahr

Junge Menschen stellen sich im IJFD für ein Jahr ihres Lebens freiwillig in den Dienst für ein gesellschaftliches Anliegen. In diesem Tätig-Werden für andere und dem damit verbundenen Erleben der eigenen Entwicklung kann der IJFD als Lernfeld und Sozialisationsinstanz für ein aktives Mitgestalten der Gesellschaft wirksam werden. Ehemalige Freiwillige engagieren sich auf vielfältige Weise für eine demokratische und weltoffene Gesellschaft. Dies wird im Rahmen der pädagogischen Begleitung durch die Träger gezielt gefördert (Partizipation, Räume der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung ...).

Ein Dienst mit dem IJFD ist Ausdruck gelebter Solidarität, er stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Aus jungen Menschen werden aktive Staatsbürger*innen.

Es ist wichtig für den demokratischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft, dass junge Menschen die Welt in einer solidarischen Weise erleben, dass sie zu eigenverantwortlichem Handeln und zu dessen Reflektion ermutigt. Ebenso wichtig ist es,

dass sie dabei begleitet und ihnen entsprechende Rahmenbedingungen in Einsatzstellen und den Seminaren geboten werden - damit diese jungen Menschen sich mit ihren Erfahrungen und Prägungen aus dem IJFD in unsere Gesellschaft stellen und diese aktiv mitgestalten.

Ehemalige Freiwillige finden sich überall in unserer Gesellschaft, ganz überdurchschnittlich aber genau dort, wo es um Engagement und Verantwortung geht, wo es etwas zu gestalten und zum Positiven zu verändern gilt.

4. Der IJFD im Kontext der Pflichtdienstdebatte

Wir begrüßen es, dass durch die Debatte über die mögliche Einführung eines Pflichtdienstes auch über den besonderen Wert und die Bedeutung von Gemeinschaftsdiensten für unsere demokratische Gesellschaft diskutiert wird. Das Engagement von Freiwilligen in anderen Ländern – sowie Incoming Freiwilligen in Deutschland – wird noch zu wenig gewürdigt. Solidarität macht nicht an den Landesgrenzen halt, Freiwillige im IJFD leisten in ihren Gastländern einen wichtigen Beitrag und engagieren sich nach ihrer Rückkehr vermehrt in unserer Gesellschaft. Das Thema muss also nicht nur national, sondern europäisch und global gedacht werden.

Wir sprechen uns für einen Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstplatzes im Inlands- oder Auslandsdienst sowie für eine deutliche Aufwertung und den Ausbau von Freiwilligendiensten aus.

Ein Freiwilligendienst im IJFD bietet eine hervorragende Möglichkeit für eine kritische und konstruktive Auseinandersetzung mit der Gesellschaft und der Welt, in der wir leben. Der Dienst ermöglicht die Erfah-

rung von Selbstwirksamkeit und führt oft zu lebenslangem gesellschaftlichem Engagement. Ein »verpflichtendes Engagement« kann diesen Raum der Auseinandersetzung und Reflexion stark einschränken und ist – mit dem ihm anhaftenden Zwangsimage – letztlich ein Widerspruch in sich.

Ein Rechtsanspruch wird den Freiwilligendiensten die ihnen gebührende gesellschaftliche Anerkennung verschaffen und mehr Menschen für ein solches, freiwilliges Engagement begeistern. Darüber hinaus braucht es verbesserte Rahmenbedingungen.

5. Aktuelle Herausforderungen für den IJFD

a) Folgen der Covid-19 Pandemie

Mit dem weltweiten Lockdown im März 2020 mussten in einer bisher beispiellosen Kraftanstrengung fast alle IJFD Freiwilligen weltweit nach Deutschland zurückgeholt werden. Nur aufgrund der Strukturierungsmaßnahmen, die das BMFSFJ erfolgreich umgesetzt hat, war es möglich, dass überall dort, wo es die pandemiebedingten Umstände zuließen, die Entsendung von Freiwilligen unmittelbar wieder aufgenommen werden konnte. Insbesondere in den europäischen Staaten konnten schon 2020 und 2021 wieder IJFD Freiwillige ihren Dienst leisten. Ein großer Erfolg, vor allem für die jungen Menschen, die in dieser Zeit biografisch in die Lage versetzt wurden eine sinnvolle Tätigkeit aufzunehmen.

Leider ist der grenzüberschreitende Austausch im IJFD auch heute noch von pandemiebedingten Folgen beeinträchtigt. So haben viele Länder ihre Visumsprozesse umgestellt, oder sie haben nicht die administrativen Kapazitäten, um Visaanträge rechtzeitig zu bearbeiten. Auch die derzeitige Situation eingeschränkter Flugpläne wirkt sich belastend aus.

Die Träger und Freiwilligen im IJFD stellt die Pandemie daher immer noch vor zum Teil erhebliche Herausforderungen, sowohl organisatorischer, als auch finanzieller Art.

b) Folgen der weltweiten Inflation auf den IJFD: gestiegene Kosten

Die aktuelle Phase hoher Inflation wirkt sich erheblich auf die Träger des IJFD aus. Neben der Inflation in Deutschland muss dabei berücksichtigt werden, dass diese in den Partnerländern vielfach noch höher liegt. Zudem sind bestimmte Kostenpositionen im Freiwilligendienst, wie etwa Flüge, von besonders hohen Kostensteigerungen betroffen. Weiter reduziert hat sich der Wert der aufgewandten Mittel durch den sinkenden Kurs des Euros.

Da im IJFD, in den meisten Fällen, keine oder nur eine sehr eingeschränkte Möglichkeit gegeben ist die Kostensteigerungen an die Einsatzstellen bzw. deren Kostenträger weiterzugeben, gerät das Finanzierungsmodell der Träger in eine Notlage.

Hinzu kommt, dass es seit der Einführung des IJFD 2011 keine Anpassung des Fördersatzes von immer noch 350 € pro Freiwilligen-Monat gegeben hat. Die Kostensteigerungen im IJFD sind bereits erheblich gewesen, hinzu kommt nun noch die aktuell hohe Inflation.

Die Träger stehen aufgrund dieser Situation finanziell vielfach mit dem Rücken zur Wand. Sie sind daher dringend auf eine Fördersatzanpassung angewiesen, um einen IJFD im bisherigen Umfang, seiner Diversität an Freiwilligen und Einsatzstellen und in der bestehenden hohen pädagogischen Qualität aufrechterhalten zu können.

Als zivilgesellschaftliche Träger des IJFD sind wir dazu im engen Austausch mit

dem BMFSFJ, jedoch zeichnet sich im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2024 eine Kürzung für die Jugendfreiwilligendienste ab, welche eine Anpassung der Fördersätze erheblich erschwert.

Gerade in Zeiten großer gesellschaftlicher Veränderungen müssen soziale Angebote ausgebaut werden. Ein IJFD bietet in schwierigen Zeiten Orientierung und stärkt die Persönlichkeitsentwicklung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Haushaltsmittel für diesen Lerndienst zu erhöhen, ist eine vergleichsweise geringe Investition mit großer Wirkung.

Wenn wir als Gesellschaft die notwendigen Mittel aufbringen, um es jungen Menschen zu ermöglichen einen gut begleiteten Freiwilligendienst zu leisten, in Deutschland und weltweit, setzen wir eine Priorität, die sich in vielfacher Weise auszahlt.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 24 vom 1.12.2022.

AUTOREN

Claudio Jax ist Stellv. Vorsitzender AKLHÜ e.V. – Netzwerk und Fachstelle für Internationale Personelle Zusammenarbeit sowie Geschäftsführer Freiwilligendienste weltweit beim Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V.

Silvio Titzmann ist Referent für internationale Freiwilligendienste, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF). Dort ist er für die Begleitung der Träger im IJFD in der AGDF verantwortlich und setzt sich auf politischer Ebene für verbesserte Rahmenbedingungen im IJFD ein.

Weitere Informationen
www.freunde-waldorf.de
www.friedensdienst.de

HANNA SCHÜSSLER

MEHR INKLUSION IN FREIWILLIGENDIENSTEN: EUROPÄISCHE VERSTÄNDIGUNG IN GEBÄRDEN

Abstract

Alle jungen Menschen sollen die Möglichkeit haben, an einem Freiwilligenprojekt des Europäischen Solidaritätskorps teilzunehmen. Für hörbeeinträchtigte junge Menschen ist der Einsatz im europäischen Ausland mit zusätzlichen Hürden verbunden. Drei engagierte junge Menschen und zwei Projektträger*innen haben die Herausforderung angenommen und damit Lernprozesse auf zahlreichen Ebenen in Gang gesetzt.

Inklusive Freiwilligendienste möglich machen

Seit der Einführung des Europäischen Solidaritätskorps (ESK) im Jahr 2018 kommt dem Thema »Inklusion und Vielfalt« in dem EU-Programm besondere Bedeutung zu. Als inklusives Programm will das Europäische Solidaritätskorps allen jungen Menschen die gleichen Teilhabemöglichkeiten bieten. Unabhängig von ihrer individuellen Ausgangslage sollen sie die Möglichkeit haben, sich in Freiwilligen- und Solidaritätsprojekten zu engagieren. In der aktuellen Förderperiode 2021-2027 wird dem inklusiven Anspruch noch einmal Nachdruck verliehen. Dafür sollen unter anderem ein Durchführungsbeschluss der Europäischen Kommission über den Rahmen von Inklusionsmaßnahmen in den EU-Programmen Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps und eine neue übergeordnete Inklusions- und Diversitätsstrategie für beide Programme sorgen.

Zwar wurden schon im Europäischen Freiwilligendienst unter dem Vorgängerprogramm Erasmus+ JUGEND IN AKTION Maßnahmen für eine größere Diversität der Teilnehmenden ergriffen. Doch insbesondere junge Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen sind heute im individuellen Freiwilligendienst im ESK – wie auch in anderen Freiwilligendienstprogrammen – noch deutlich unterrepräsentiert. Es gibt jedoch Vorreiterprojekte, die zeigen, wie inklusive Freiwilligendienste ermöglicht werden können. Sie zeigen dabei gleichzeitig fortbestehende Hürden und Handlungsbedarfe auf – so auch zwei Projekte der Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste e. V. (IJGD) Berlin und des Gehörlosenverband München und Umland e. V. (GMU). Hier engagieren sich gehörlose Freiwillige aus dem europäischen Ausland.

Bereits 2018 bot der GMU einem jungen Mann aus Slowenien einen Einsatz in der eigenen Einrichtung an. Samo erhielt dort Einblick in alle Arbeitsbereiche, darunter die Vermittlung von Dolmetschenden für Gebärdensprache, den Sozialdienst und die Gebärdensprachschule, in der er auch Deutsche Gebärdensprache lernte. Trotz einiger Herausforderungen, wie der Kostenübernahme für Gebärdensprachdolmetschende bei Arztbesuchen, waren sowohl der Verband als auch Samo mit der Erfahrung sehr zufrieden.

Andersherum lief es bei Johanna, einer tauben Studentin aus Bayreuth. Auf der

SCHÜSSLER: MEHR INKLUSION IN FREIWILLIGENDIENSTEN

komplizierten Suche nach einer Organisation, die ihr die Teilnahme an einem Freiwilligenprojekt im europäischen Ausland ermöglichen würde, war sie schließlich bei den IJGD Berlin erfolgreich. Ohne vorherige Erfahrung mit gehörlosen Teilnehmenden und Kommunikation in Gebärdensprache begaben sie sich auf die Suche nach Projektpartner*innen und wurden in Turin fündig, wo sie seither mit einem Gehörloseninstitut zusammenarbeiten.

Zusätzlich zur Entsendung von Johanna nahmen sie Marco aus Turin auf und machten erste Erfahrungen mit der inklusiven Gestaltung eines Freiwilligendienstprojekts mit Teilnehmenden aus der Gehörlosengemeinschaft. Marco arbeitete in einer inklusiven Grundschule, schloss Freundschaften in seiner Freiwilligen-Wohngemeinschaft (WG) sowie darüber hinaus und knüpfte Kontakte zur Berliner Gehörlosengemeinschaft. Insgesamt verlief das »Tandem-Projekt« sehr gut. Johanna und Marco waren glücklich mit ihren Einsätzen und konnten sich untereinander über die Erfahrungen im jeweils anderen Land austauschen und sich gegenseitig unterstützen. Zudem freundeten sie sich über die Distanz an.

Gleichzeitig wurden in diesen Learning-by-Doing-Projekten Hürden und Herausforderungen offenbar, die mit einer inklusiven Projektgestaltung einhergehen. Für JUGEND für Europa war es von großem Wert, dass sowohl die IJGD und der GMU als auch Johanna und Marco ihre Erfahrungen teilten. Dadurch konnte auch die Nationale Agentur dazulernen, wie Projekttträger*innen und die Gehörlosengemeinschaft bei der Gestaltung zukünftiger inklusiver Freiwilligenprojekte besser unterstützt werden können. Dieses Wissen ist nicht zuletzt bei der Bearbeitung von Förderanträgen relevant, in der auch die finanziellen Bedarfe und die Inklusi-

onsförderung von inklusiven Projekten bewertet und bewilligt werden.

Herausforderungen inklusiver Freiwilligendienste für und mit gehörlosen jungen Menschen der Gebärdensprachgemeinschaft

Dass junge Menschen mit Hörbeeinträchtigungen im europäischen Ausland vor größeren Kommunikationshürden stehen als Hörende, ist offensichtlich. Nicht nur im schriftlichen Austausch mit Projekttträger*innen und Einsatzstellen muss eine Fremdsprache – zunächst meist Englisch – genutzt werden. Für den Alltag in Deutschland sollten die Freiwilligen sich darüber hinaus Kenntnisse in deutscher Schriftsprache und möglichst in Deutscher Gebärdensprache aneignen. Bei der Gebärdensprache handelt es sich, anders als häufig angenommen, keineswegs um eine Universalsprache. Vielmehr haben sich, ähnlich den Lautsprachen, in unterschiedlichen Regionen und Ländern unterschiedliche Gebärdensprachen herausgebildet.

Gebärdensprachkurse in Deutschland wiederum richten sich fast ausschließlich an Hörende, sodass Unterricht für gehörlose Ausländer*innen individuell organisiert werden muss. Zudem haben nicht alle Gehörlosen Zugang zu ihren nationalen Gebärdensprachen und zu adäquaten Bildungsmöglichkeiten, was die Verständigung zusätzlich erschweren kann. Nicht zuletzt wird das Erlernen der fremden Gebärdensprache dadurch erschwert, dass die jungen Menschen der Sprache nicht stetig im Alltag begegnen, wie es mit deutscher Lautsprache für hörende Lernende der Fall ist.

Zur internationalen Kommunikation wird vor allem die Pidgin-Sprache International Sign Language genutzt. Für einen leichteren Einstieg der Freiwilligen ist es von Vorteil, wenn sowohl Schriftsprach-

kenntnisse in Englisch als auch Kenntnisse in International Sign Language vorliegen. Letzteres steht jedoch keineswegs auf dem Lehrplan von (Förder-)Schulen für gehörlose Menschen. Unterschiedliche Ausprägungen der internationalen Gebärdensprache werden eher auf informellen Wegen erlernt, z. B. durch internationale Erfahrungen und die Medien. Dies wiederum bedeutet, dass ein Auslandsfreiwilligendienst deutlich einfacher für junge gehörlose Menschen zu realisieren ist, die ohnehin über einen guten Bildungshintergrund verfügen und schon internationale Erfahrungen sammeln konnten.

Nicht in allen Situationen ist die Kommunikation in Schrift- oder Gebärdensprache als selbstverständlich gegeben. Zu zahlreichen Gelegenheiten muss daher Gebärdensprachdolmetschung organisiert werden, um eine adäquate Kommunikation und gleichberechtigte Teilhabe gehörloser Freiwilliger zu gewährleisten. Das betrifft je nach Einsatzstelle Mentoring-Situationen, Teamtreffen und Personalgespräche, Arztbesuche, die Begleitseminare im Freiwilligendienst und mehr.

Je nach Einsatzort ist es nicht einfach, Dolmetschende zu finden, insbesondere, da gerade zu Beginn des Freiwilligendienstes eher seltene Sprachkombinationen benötigt werden, z. B. Deutsch/Englisch-International Sign. Dies muss somit meist sehr vorausschauend geplant werden – zumal für mehrtätige Seminare, bei denen auch die Kommunikation in den informellen Situationen nicht zu kurz kommen sollte. Selbstverständlich sind damit zudem Kosten verbunden, die im Europäischen Solidaritätskorps im Rahmen der Inklusionsförderung zu hundert Prozent übernommen werden können. Besonders hilfreich ist in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, für erst im Verlauf des Projekts offenbar werdende Kosten För-

derung nachbeantragen zu können. Der erhöhte administrative Aufwand für die Projektträger*innen kann mit der vorhandenen Inklusionspauschale bisher jedoch kaum ausgeglichen werden.

Trotz der genannten Herausforderungen hat sich in den bisherigen Projekten gezeigt, dass die Verständigung letztlich gelingt, wenn alle Beteiligten sich mit Interesse und Offenheit begegnen.

Inklusion auch im Alltag leben

Nicht zuletzt gehört es zu jedem Freiwilligendienst dazu, in die Alltagskultur des Gastlandes einzutauchen, Freundschaften zu schließen und neben der Arbeit die eigene Freizeit zu gestalten. Auch dies ist für taube Freiwillige mit Kommunikationshürden verbunden. Somit sind Projektträger*innen, Einsatzstellen und vor allem die Mentor*innen gehörloser Freiwilliger gefragt, hier besonders zu unterstützen und die jungen Menschen auf möglichst inklusive und attraktive Freizeitangebote hinzuweisen.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang das Vorhaben der IJGD, den hörenden WG-Mitgliedern ihrer gehörlosen Freiwilligen in Zukunft Gebärdensprachkurse anzubieten. Dadurch wird der inklusive Ansatz gleich auf mehreren Ebenen gelebt und die Freiwilligengemeinschaft ebenfalls für das Thema sensibilisiert. Für einen erhöhten Aufwand in der Begleitung und Betreuung von Freiwilligen kann im Europäischen Solidaritätskorps auf die zusätzliche Förderung durch eine Inklusionspauschale zurückgegriffen werden.

Auch ist es für taube junge Menschen ein Mehrwert, Kontakte mit der Gehörlosengemeinschaft vor Ort knüpfen zu können. Das wiederum hat den positiven Nebeneffekt, die Kenntnis über Freiwilligendienst-

SCHÜSSLER: MEHR INKLUSION IN FREIWILLIGENDIENSTEN

programme und den europäischen Gedanken in der Gemeinschaft zu verbreiten. So besuchte Marco während seines Aufenthalts in Berlin regelmäßig das Jugendzentrum der Organisation Sinneswandel, einer Ausgründung der Gesellschaft zur Förderung der Gehörlosen in Berlin e. V., die in ihren Einrichtungen heute selbst europäische Freiwillige der IJGD beschäftigt und sich freut über die neuen Impulse, die diese dort einbringen.

Netzwerke

Die obigen Ausführungen machen bereits deutlich, wie wichtig Netzwerke für die inklusive europäische Jugendarbeit sind. Auf lokaler Ebene können darüber Projektträger*innen und Einsatzstellen zusammenfinden, um gemeinsam inklusive Projekte zu realisieren. Auch kann dadurch bei der Projektgestaltung gegebenenfalls auf die Expertise von Selbstvertretenden und erfahrenen Organisationen zurückgegriffen werden, was den Umgang mit Herausforderungen und inklusiver Projektgestaltung angeht. Nicht zuletzt spielen lokale Netzwerke für die soziale Integration der Freiwilligen vor Ort eine Rolle.

Lokale und nationale Netzwerke bieten zudem die Möglichkeit des Erfahrungsaustauschs unter Projektträger*innen und Einsatzstellen. Gleichzeitig bieten sie Plattformen, um junge Leute und Organisationen auf die Möglichkeiten von Freiwilligendienstprogrammen aufmerksam zu machen.

Nicht zuletzt sind für das Europäische Solidaritätskorps europäische Netzwerke von Bedeutung, damit Entsende- und Aufnahmeorganisationen jeweils Partnerorgani-

sationen im Ausland finden und Freiwilligendienstplätze in Projekten nicht unbesetzt bleiben. 2021 veranstaltete JUGEND für Europa daher gemeinsam mit europäischen Partneragenturen für das Europäische Solidaritätskorps eine Partnership-Building Activity, in der Organisationen und Vertretende der Gehörlosengemeinschaft und der europäischen Jugendarbeit aus acht Ländern zusammenkamen und sich über Projektideen austauschen konnten. Die Online-Veranstaltung mit Dolmetschung in International Sign Language und ungarische Gebärdensprache war eine weitere Lernerfahrung für alle Beteiligten. Zudem sind daraus erste Partnerschaften und neue Freiwilligendienstprojekte entstanden.

In Deutschland bieten sowohl der GMU als auch die IJGD seit dem letzten Jahr wieder bzw. weiterhin Freiwilligendienste für gehörlose junge Menschen an und haben vor, dieses Angebot in den nächsten Jahren fortzuführen. Mit jedem neuen Einsatz lernen die Einsatzstellen, Projektträger*innen und wir als Nationale Agentur für das Europäische Solidaritätskorps stetig dazu und tragen zu mehr Inklusion und Vielfalt in der Freiwilligendienstlandschaft bei.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 24 vom 1.12.2022.

AUTORIN

Hanna Schüßler arbeitet als Fachreferentin Inklusion und Vielfalt bei JUGEND für Europa.

Weitere Informationen
www.jugendfuereuropa.de

CHARLOTTE REICHARDT

TEILHABE ERMÖGLICHEN!

Barrieren in der internationalen Jugendarbeit erkennen

Ehrenamtliches Engagement gilt als ein wichtiger Pfeiler für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und als Stärkung der Demokratie, wie es auch derzeit im politischen Geschehen in Deutschland wieder thematisiert wird. Aber nicht nur für die Gesellschaft bringt ehrenamtliches Engagement einen Mehrwert, auch Arbeitgeber*innen bewerten soziales Engagement von Bewerbenden als sehr positiv.¹

Für junge Menschen bedeutet ein Freiwilliges Jahr nach der Schule, nach der Ausbildung oder im bzw. nach dem Studium, Neues kennenzulernen, sich sozial zu engagieren und sich beruflich und persönlich weiterzuentwickeln. Bei Freiwilligendiensten im Ausland können weitere Kompetenzen und Eigenschaften erlangt werden, wie etwa Fremdsprachenkenntnisse, Selbstständigkeit, Anpassungsfähigkeit und kulturelle Sensibilität.

Diese Erfahrungen und Möglichkeiten, die eigene Persönlichkeit weiterzuentwickeln, bleibt jedoch oft marginalisierten Gruppen verwehrt. So stoßen junge Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung

¹ Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V., Inklusive Gestaltung von ehrenamtlichem Engagement. Am Beispiel von internationalen Jugendfreiwilligendiensten. Handlungsempfehlung für Entscheidungsträger*innen und Akteur*innen der Internationalen Jugendarbeit, Essen, 2022.

regelmäßig auf Barrieren, die die Teilhabe an Programmen des Auslandsfreiwilligendienstes erschweren.

Bei Teilnehmenden von staatlich geförderten internationalen Freiwilligendiensten handelt es sich um eine relativ homogene Gruppe mit einem Abiturient*innen-Anteil von rund 90%.² Der geringe Anteil an Jugendlichen ohne Abitur liegt nicht an ihrem fehlenden Interesse, wie die Zugangsstudie »Warum nicht? Studie zum internationalem Jugendaustausch: Zugänge und Barrieren« zeigt.³ Es ergibt sich somit die Frage: Wo liegen die Barrieren, die eine Teilnahme von jungen Menschen in ihrer Diversität erschweren?

Am Beispiel von Menschen mit Beeinträchtigung/ Behinderung wurden mögliche Antworten auf die Frage in einer Handlungsempfehlung erarbeitet. Das Modellprojekt »Teilhabe fördern: Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung im Rahmen von internationalem Engagement« hat sich näher mit Barrieren, die die Teilhabe von jungen Menschen mit Beeinträchtigung/ Behinderung verhindern bzw. erschweren auseinandergesetzt und eine Handlungsempfehlung für Entscheidungsträger*innen und Akteur*innen der Internationalen Jugendarbeit erstellt. Das Projekt wurden

² Forschung und Praxis im Dialog (FPD), Warum nicht? Studie zum internationalen Jugendaustausch: Zugänge und Barrieren. Die Zugangsstudie - Ergebnisse des Forschungsprojektes, Köln 2019.

³ Ebd.

REICHARDT: TEILHABE ERMÖGLICHEN!

von April 2017 bis März 2022 von der Organisation Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev) umgesetzt und von der Aktion Mensch Stiftung gefördert. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes durch die INBAS-Sozialforschung GmbH wurden Entsendeorganisationen und Beratungsstellen von Auslandsfreiwilligendiensten befragt, sowie ehemalige Freiwillige und Interessierte. Ein zentrales Erkenntnisinteresse lag in der Frage, wo mögliche Ansatzpunkte sind, um unterrepräsentierten Gruppen, in diesem Fall Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung, gleichberechtigte Teilhabechancen zu bieten.

Handlungsempfehlungen: Barrieren abbauen – Inklusion ermöglichen

Inklusion ist ein Leitprinzip und eine Vision, welche unterschiedliche Bereiche und Ebenen durchleuchtet. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass ein Recht auf Teilhabe und Gleichbehandlung gesetzlich klar verankert ist und somit auch ein Anspruch auf dieses Recht besteht. Wie können also dieses Recht im Auslandsfreiwilligendienst umgesetzt und Barrieren abgebaut werden?

Bestehende Strukturen und Denkmuster sind an vielen Stellen noch geprägt von einem Behinderungsbegriff, der auf den sogenannten Fürsorgeansatz zurückgeht und einen stark defizitorientierten Blick auf Beeinträchtigung/Behinderung aufweist. Hier muss angesetzt werden und der durch die UN-Behindertenrechtskonvention eingeleitete Paradigmenwechsel hin zu einem sozial und menschenrechtlich basierten Verständnis von Behinderung vollzogen werden. Dieses versteht »Behinderung« als Wechselwirkung zwischen den Beeinträchtigungen von Menschen und den Barrieren in ihrer Umwelt, auf die sie stoßen und welche eine gleichberechtigte Teilhabe und Partizipation verhindern können.

Auf der Basis dieses neuen Verständnisses von Behinderung können bestehende Barrieren der Teilhabe identifiziert und in einem weiteren Schritt abgebaut und somit inklusive Strukturen geschaffen werden. An diesen Schritten sollten alle Mitarbeitenden einer Organisation, Behörde oder eines Unternehmens beteiligt sein. Ziel sollte es sein, dass die internationalen Freiwilligendienst-Programme so gestaltet werden, dass die Teilhabe aller jungen Menschen selbstverständlich möglich ist, unabhängig von ihrer Herkunft, Bildungssituation, Beeinträchtigung etc. Aufbauend auf dieser Grundlage wurden in dem Modellprojekt zehn Handlungsempfehlungen erstellt, die zuständige Ministerien/Programmverantwortliche sowie Beratungsstellen und Entsendeorganisationen adressieren.⁴ An dieser Stelle soll auf zwei Schwerpunkte eingegangen werden.

Inklusion braucht Kooperationen und Netzwerke

Im non-formalen Bildungsbereich, vor allem in Freiwilligendienstprogrammen, gibt es viele unterschiedliche Netzwerke, die sich immer wieder überschneiden. Hier ist ein wichtiger Ansatzpunkt und eine Chance, alle Akteur*innen in die Umsetzung von Inklusion miteinzubeziehen. Inklusion ist eine allumfassende Vision und erscheint am Anfang als Herausforderung. Jedoch gibt es einige Organisationen, die inklusiv arbeiten und von denen gelernt werden kann. Durch Kooperationen und Netzwerke, die sich organisationsübergreifend bilden, bieten sich Chancen, sich aktiv über die praktische Umsetzung der eigenen inklusiven Arbeit auszutauschen, und die Netzwerke können eine praxisnahe Hilfe für das pädagogische und administrative Personal der eigenen Organisationen sein.

⁴ Vgl. Handlungsempfehlung, 2022.

Gleichzeitig bieten programmübergreifende Netzwerke und Gremien den Verantwortlichen aus unterschiedlichen Programmen eine gute Möglichkeit zum Austausch über aktuelle Themen. In diesem Austausch kann eine aktive Mitgestaltung von Inklusionsprozessen stattfinden, indem konkrete Bedarfe identifiziert werden, Forderungen formuliert und gemeinsam gegenüber Entscheidungsträger*innen kommuniziert werden.⁵

Inklusive Öffentlichkeitsarbeit – Diversität hat ALLE im Blick

Alle im Blick zu haben bedeutet, sich über die Diversität und Unterschiedlichkeit von Menschen, ihren Lebenswelten und ihren Bedarfen im Klaren zu sein und diese dann konkret anzusprechen und wahrzunehmen. In der Umsetzung bedarf es einer Ansprache und Aufbereitung der Informationen, die die Zielgruppe auch erreicht. Das Problem: Informationen und Zielgruppenansprachen von Entsendeorganisationen sind häufig nicht inklusiv ausgerichtet. Die Informationsmaterialien sind oft nicht barrierefrei, weil sie in schwerer Sprache formuliert sind oder durch einen Screen-Reader nicht lesbar sind. Neben der äußeren Form spielt jedoch auch der Inhalt eine signifikante Rolle. So berichten Interessierte mit Beeinträchtigung/Behinderung, die das Beratungsangebot von bezev in Anspruch nehmen, davon, dass sie erst aufgrund einer bezev-Veranstaltung von den Möglichkeiten eines inklusiven Auslandsengagements erfahren. Auch ist eine häufige Rückmeldung, dass durch exklusive Erfahrungen, die die einzelnen Personen erlebt haben, nicht davon ausgegangen wird, dass mit Formulierungen auf Informaterialien, wie »Wir sind offen für alle« auch Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung mitgedacht werden.⁶

5 Vgl. Handlungsempfehlung, 2022.

6 Vgl. Ebd.

Positiv wirkt es sich aus, wenn die Öffentlichkeitsarbeit das Thema Beeinträchtigung/Behinderung abdeckt, indem z.B. darauf hingewiesen wird, dass die Organisationen Erfahrungen mit Freiwilligen mit Beeinträchtigung/ Behinderung haben und sich über eine Bewerbung freuen. Auch der Ort der Zielgruppenansprache sollte so gewählt werden, dass es wahrscheinlich ist, dass Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung von den Möglichkeiten erfahren. Diese Orte müssen proaktiv aufgesucht werden, da sich im Laufe der letzten Jahrzehnte und bedingt durch den deutschen Bildungssektor Parallelstrukturen aufgebaut haben.⁷

Wer Inklusion will, sucht Wege!

Die beiden Ausschnitte aus den zehn Handlungsempfehlungen sollen zeigen, dass es bereits Möglichkeiten und gute Beispiele an Organisationen gibt, die inklusive Möglichkeiten für Auslandsengagement schaffen und von denen gelernt werden kann. In Schulungen, Beratungen und Gesprächen zeigt sich deutlich, dass viele Organisationen große Offenheit für eine inklusive Umgestaltung ihres Freiwilligendienstes haben, allerdings Unsicherheit darüber herrscht, wie Inklusion umgesetzt werden kann und erste Schritte aussehen könnten.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 24 vom 1.12.2022.

AUTORIN

Charlotte Reichardt ist Projektkoordinatorin für Inklusives Auslandsengagement bei »Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev)«.

Weitere Informationen www.bezev.de

7 Vgl. Handlungsempfehlung, 2022.

MAUD KROHN/ ANJA SCHÜTZE

DIVERSITÄT UND TEILHABE IN DEN FREIWILLIGENDIENSTEN KULTUR UND BILDUNG

Zugänge zu kulturellem Engagement

Seit 2014 beschäftigt sich der Trägerverband Freiwilligendienste Kultur und Bildung mit Wegen zu mehr Inklusion und Diversität in seinen Freiwilligendiensten. Dafür müssen sie leichte und breite Zugänge bieten, statt viel vorauszusetzen. Das Interesse sich zu engagieren und die Bereitschaft, das im Bereich Kultur und Bildung zu tun, sollten ausreichende Voraussetzungen sein. Keine Person soll aufgrund von Schul- oder Berufsabschluss, Behinderung, Geschlechtsidentität, sozialer Herkunft oder rassistischen Zuschreibungen benachteiligt werden.

Bisher sind die Freiwilligen mehrheitlich weiß, Cis-Gender, werden nicht behindert und circa 90 Prozent der Freiwilligen haben Abitur (Schütze 2017). Um das zu ändern, wurden 2014 in einer Roadmap Maßnahmen für die Öffnung der Freiwilligendienste und den Abbau von Barrieren auf allen Ebenen und in allen Bereichen festgehalten. Das Auswahl- und Vermittlungsverfahren ist eines der Handlungsfelder in Veränderung. Ein Verfahren, das bisher dazu führte, dass zumeist privilegierte Personen einen Einsatzplatz erhalten. Im Zentrum stehen deshalb die Fragen, welche Personengruppen bzw. Communitys in den Reihen der aktuellen Freiwilligen fehlen und inwiefern diese im Vermittlungsverfahren benachteiligt werden. Wie können Träger gemeinsam mit Einsatzstellen (neue) Zugänge schaffen

und vorhandene Barrieren abbauen, um interessierten Menschen aus diesen Personengruppen einen Einsatzplatz anzubieten?

1. Anonymisierung von Anmeldedaten

In einem ersten Schritt wurden die Anmeldedaten der Interessierten im Vermittlungsverfahren anonymisiert. Die zentrale Vermittlungsplattform für die Jugendfreiwilligendienste Kultur und Bildung¹ wurde so konzipiert, dass Einsatzstellen die persönlichen Anmeldedaten der Interessierten (Alter, Name, Adresse, Schulabschluss) vor der Entscheidung für ein Kennenlerngespräch nicht erfahren. Zudem können Interessierte kein Foto von sich beifügen, sodass Einsatzstellen erst in den Kennenlerngesprächen die Personen sehen können. Mit dieser Anonymisierung soll verhindert werden, dass (un-)bewusste Vorurteile und Zuschreibungen über Leistungen und Fähigkeiten schon im Vorfeld der Kennenlerngespräche die Entscheidung in den Einsatzstellen beeinflussen. Damit folgte die BKJ einer Empfehlung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes aus dem Jahr 2014 (vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2014).

Die Erfahrungen der Träger in den letzten fünf Jahren zeigen, dass ein solches anonymisiertes Vermittlungsverfahren nur dann gut funktioniert, wenn Einsatzstellen tat-

¹ www.freiwilligendienste-kultur-bildung.de

sächlich offen sind für Personen mit unterschiedlichen Biografien und Fähigkeiten. Spätestens im Kennenlerngespräch zeigt sich die Haltung und Sensibilität der Einsatzstellen, Interessent*innen unabhängig von Alter, körperlicher oder kognitiver Verfasstheit, rassistischer Zuschreibungen oder Schulabschluss gleiche Chancen zu geben oder sogar Personen zu bevorzugen, die von Diskriminierung betroffen sind (vgl. §5 AGG). Wird im Kennenlerngespräch dagegen immer wieder das sogenannte Self-Cloning betrieben, also die Person ausgewählt, die dem bestehenden Personal am ähnlichsten ist, nützt auch das anonymisierte Vermittlungsverfahren wenig. Häufig liegt dann die Einstellung zugrunde, eine Person finden zu wollen, von der die höchste Leistung zu erwarten ist. Aus diesem Grund ist es notwendig, von Anfang an und immer wieder mit Einsatzstellen über Arbeitsmarktneutralität und ihre Motivation, einen Freiwilligenplatz zu schaffen, in Austausch zu gehen. Denn es geht darum, die Erwartungshaltungen der Einsatzstellen gemeinsam zu überprüfen: Welchen Menschen werden Leistungen im Vorhinein zugeschrieben und welchen nicht? Welche Entwicklungsräume gestehen Einsatzstellen den Freiwilligen zu? Und wie verstehen Einsatzstellen generell den Freiwilligendienst – als Chance für (junge) Menschen, sich auszuprobieren und davon zu profitieren, oder vor allem als Möglichkeit, günstige Arbeitskräfte zu erhalten?

2. Veränderter Sprachgebrauch

Um den Engagementcharakter der Freiwilligendienste stärker hervorzuheben, wurde der Sprachgebrauch in Bezug auf das Vermittlungsverfahren verändert. Lange Zeit wurde von Bewerbungsverfahren, Bewerber*innen und Bewerbungsgesprächen gesprochen und damit eine bestimmte Erwartungshaltung bei den Einsatzstel-

len geweckt. Bewerbungsprozessen im Arbeitskontext ist innewohnend, dass es sich um die Auswahl der qualifiziertesten Person handelt. Doch ein Vermittlungsverfahren im Freiwilligendienst ist kein Bewerbungsverfahren im klassischen Sinne und sollte dementsprechend anders kommuniziert werden. Deshalb können sich »Interessierte« jetzt auf der zentralen Vermittlungsplattform »anmelden«. Mit den Einsatzstellen führen die Interessierten »Kennenlerngespräche« und keine Bewerbungsgespräche. Wohlwissend, dass auch diese Maßnahmen nur Teilaspekte darstellen, sollen sie die Haltung bei Trägern und Einsatzstellen befördern, dass es sich beim Vermittlungsverfahren nicht um das Auswahlprozedere für eine bestmögliche Arbeitskraft handelt: Die Motivation und das Interesse einer Person sollten ausreichende Voraussetzungen für einen Einsatzplatz sein.

3. Grenzen der Anonymisierung

Die Grenzen der bisherigen Anonymisierung zeigen sich im Punkt der sogenannten Motivationsfragen, die Interessierten gestellt werden: Was interessiert Sie an diesem Platz? Was möchten Sie lernen oder ausprobieren? Aktuell leiten alle Träger des Trägerverbundes Freiwilligendienste Kultur und Bildung die Antworten auf diese Fragen an ihre Einsatzstellen weiter. Damit reagieren sie auf die Forderung der Einsatzstellen, die Anmeldungen vorher besser einschätzen und gegebenenfalls auswählen zu können. Um Vorurteile aufgrund der geschriebenen Motivationstexte bei Einsatzstellen und Trägern auf ein Minimum zu reduzieren, wurde in den Begleittexten auf einfache Sprache geachtet, um allen Personen die Beantwortung dieser Fragen zu erleichtern. Dennoch zeigt die Erfahrung, dass die von den Interessierten verfassten Motivationstexte Zuschreibungen ermögli-

chen und zum Ausschluss führen können, da die Anonymisierung oft (in-)direkt aufgehoben wird. So nehmen die Antwortenden im Text zum Teil Fakten auf, die Rückschlüsse auf ihre (Schul-)Bildung zulassen wie beispielsweise: »Nach meinem Abitur möchte ich ...«, »Schon am Gymnasium habe ich ...« Andere Personen tun sich schwer, die »richtigen« Worte zu finden. Vor allem Einsatzstellen, die gezielt Menschen mit Bildungs- und Berufserfahrung suchen, treffen auf dieser Basis oftmals eine entsprechende Vorauswahl, ohne im direkten Gespräch mit der Person die Passung bzw. Entwicklungsmöglichkeiten zu prüfen. Perspektivisch wäre hier zu diskutieren, ob auf die Motivationstexte verzichtet werden kann, vollständig oder nur für die Träger sichtbar, damit diese in der Auswahl regulierend eingreifen können.

4. Diversitätsbewusstes Vermittlungsverfahren

In den Freiwilligendiensten Kultur und Bildung wird aktuell über weitere Schritte nachgedacht, Kooperationspartner*innen werden gesucht und neue Wege geplant. Im Folgenden soll kurz skizziert werden, welche Ideen und Überlegungen aktuell im Zentrum stehen.

➤ Selbstverpflichtende Orientierungszahlen (Quoten)

Um Menschen zu erreichen, die bisher in den Freiwilligendiensten Kultur und Bildung unterrepräsentiert sind, und sie im Freiwilligendienst gut einzubinden, bedarf es »positiver Maßnahmen« (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2010), um bisherige Nachteile auszugleichen und erneute Diskriminierung zu verhindern. Um an dieser wichtigen Schaltstelle anzusetzen, wurde zusätzlich zur Roadmap des Trägerverbundes Freiwilligendienste Kultur und Bildung die Einführung von

selbstverpflichtenden Zielvereinbarungen beschlossen. Diese beinhalten pro Träger neben konkreten Maßnahmen zur Diversifizierung eine individuelle Orientierungszahl, die benennt, aus welcher bisher unterrepräsentierten Personengruppe wie viele Personen einen Platz erhalten bzw. welchen Anteil sie an der Gesamtzahl der Freiwilligen ausmachen sollen (Quote).

➤ Gezielte Kommunikationsmaßnahmen

Es wird davon ausgegangen, dass viele Personen, die der Trägerverbund mit seinem Freiwilligendienste-Angebot erreichen möchte, entweder nicht von der Möglichkeit und/oder dem Nutzen wissen, den ein Freiwilligendienst bietet, oder sich nicht angesprochen fühlen. Das Legen die ungleich verteilten Anteile an Personen mit und ohne Abitur nahe, die sich jedes Jahr bei den Freiwilligendiensten Kultur und Bildung anmelden. Deshalb ist es wichtig, über Orte nachzudenken, wo Personen angesprochen werden können, die bisher in den Freiwilligendiensten unterrepräsentiert sind. Ein möglicher guter Ort könnte die Schule sein. Davon ausgehend, dass ein Grund die mangelnde Information an den Schulen sein kann, wurde 2020 die Kampagne »findsraus« von der BKJ ins Leben gerufen. Mit Postkarten, die gezielt an Schulen verteilt werden, die kein Abitur anbieten, sollen Interessierte auf die Möglichkeit des Freiwilligendienstes und die Vermittlungsplattform der Freiwilligendienste Kultur und Bildung aufmerksam gemacht werden.

➤ Affirmative Action

Unter Affirmative Action versteht man Maßnahmen, die Diskriminierung durch gezielte Vorteilsgewährung und Unterstützung entgegenwirken sollen. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) spricht hier von Bevorzugung aufgrund

von Benachteiligungsausgleich. Dazu gehören auch präventive Maßnahmen, die benachteiligende Strukturen im Vorfeld beseitigen (vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2010).

Der Trägerverbund Freiwilligendienste Kultur und Bildung nutzt das Prinzip der Affirmative Action in unterschiedlicher Weise. Zum einen bemühen sich die Träger, wie schon beschrieben, junge Menschen ohne Abitur zumindest anteilmäßig häufiger für Kennenlerngespräche in den Einsatzstellen vorzuschlagen. Zum anderen wurde seit 2020 eine freiwillige Abfrage im Vermittlungsverfahren eingeführt, die Personen mit Diskriminierungserfahrung ermutigt, individuelle Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Diese Maßnahme soll helfen, Personen gezielt und am zentralen Vermittlungsverfahren vorbei an Einsatzstellen zu vermitteln, die sich dafür offen zeigen.

5. Ausblick

Auch dem kulturellen Engagement jenseits der Freiwilligendienste gelingt es bisher weniger gut, gesellschaftlich marginalisierte Gruppen anzusprechen (vgl. BKJ 2019). Die inklusive Öffnung der Freiwilligendienste kann hier nachhaltige Auswirkungen haben. Denn die Freiwilligendienste Kultur und Bildung ermöglichen Personen mit Diskriminierungserfahrungen eine positive Engagementerfahrung. Das erhöht zumindest die Chance, dass sich diese Personen später auch im Kultur- und Bildungsengagement wiederfinden. Ein solches positives Ergebnis ergab die letzte Ehemaligenbefragung der BKJ (2020): Ehemalige Freiwillige ohne Abitur engagieren sich genauso häufig wie Ehemalige mit Abitur in den Bereichen Kultur und Bildung weiter. Auch ehemalige Freiwillige, die sich diskriminiert fühlen (aufgrund einer Beeinträchtigung/Behinderung,

Rassismus oder Sexismus), verweisen in gleichem Maße wie Ehemalige ohne Benachteiligungserfahrungen auf ein weiterführendes Engagement in den Bereichen Kultur und Bildung.

Die Freiwilligendienste der BKJ können demnach ein Anstoß für weiteres kulturelles Engagement sein, für junge Menschen, die sich noch nie engagiert haben und für Personen aus marginalisierten Gruppen. Langjährige und neue Einsatzstellen in Kultur und Bildung sind herzlich willkommen, an diesem herausfordernden und sinnstiftenden Prozess mitzuwirken und dafür zu sorgen, dass interessierte Personen mit Benachteiligungserfahrungen einen Einsatzplatz in ihren Einrichtungen erhalten.

Eine ausführlichere Beschreibung des anonymisierten Vermittlungsverfahrens und der Erfahrungen und Strategien aus dem Trägerverbund findet sich auf der Webseite der BKJ: Diversität und Teilhabe in den Freiwilligendiensten Kultur und Bildung - Zugänge und Vermittlungsverfahren.²

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 10 vom 19.5.2022.

LITERATUR

- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2014): Leitfaden für Arbeitgeber. Anonymisiertes Bewerbungsverfahren. www.antidiskriminierungsstelle.de/Shared-Docs/Downloads/DE/publikationen/AnonymBewerbung/leitfaden_anonymisierte_bewerbungsverfahren.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (9.5.2022).
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2010): Positive Maßnahmen zur Verhinderung oder zum Ausgleich bestehender

² www.bkj.de/artikel/diversitaet-und-teilhabe-in-den-freiwilligendiensten-kultur-und-bildung/?tx_wissensbasis_wissensbasis%5BsearchResult%5D=1&cHash=924a5c21ec19e32af2131524ca84d172

Nachteile im Sinne des § 5 AGG. www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/expertise_positive_massnahmen.html (7.5.2022).

- BKJ–Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (2019): Kulturvereine. Selbstverständnis, Strukturen, freiwilliges Engagement. In Kooperation mit ZiviZ (Zivilgesellschaft in Zahlen) gGmbH im Stifterverband. Berlin. www.bkj.de/publikation/kulturvereine (7.5.2022).
- Schütze, Anja (2017): Durch dicke Bretter bohren. In: Schütze, Anja/ Maedler, Jens (Hrsg.): Weiße Flecken. Diskurse und

Gedanken über Diskriminierung, Diversität und Inklusion in der Kulturellen Bildung. München, S. 39–47.

AUTOR*INNEN

Maud Krohn ist Referentin für Freiwilliges Engagement und Ehrenamt bei der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. (BKJ).

Anja Schütze ist Referentin für die Freiwilligendienste Kultur und Bildung bei der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. (BKJ).

FRANK GESEMANN/ KRISTIN SCHWARZE/ ALEXANDER SEIDEL

MIT PATENSCHAFTEN BILDUNG, TEILHABE UND ZUSAMMENHALT FÖRDERN

Das Programm »Menschen stärken Menschen«

Lotsen-, Mentoring- und Patenschaftsprojekte haben sich im letzten Jahrzehnt als niedrigschwellige, lebensweltnahe und wirksame Instrumente erwiesen, um die Potenziale von Zugewanderten zu erschließen, freiwilliges Engagement und soziales Miteinander sowie interkulturelle Öffnungsprozesse in der Einwanderungsgesellschaft zu fördern (vgl. Gesemann 2015 und 2017; Huth 2007 und 2017). Im Bildungsbereich knüpfen Mentoring- und Patenschaftsprojekte an die soziologische Erkenntnis an, dass der Erfolg von Bildungsaufsteigerinnen und -aufsteigern »nicht unwesentlich« damit zusammenhängt, dass Menschen als Patinnen und Paten »Wege eröffnen« und »Funktionen übernehmen, die herkunftsbedingt von der Familie und dem sozialen Umfeld nicht erfüllt werden können« (El-Mafaalani 2020: 151). Die Wirkungen von Patenschaften und Mentoring für Kinder und Jugendliche in Deutschland stehen dabei im Zentrum einer über 25-jährigen Forschungsgeschichte (vgl. Schüler 2020).

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat Ende 2015 – vor dem Hintergrund der enormen Zuwanderung von Geflüchteten und des überaus hohen Engagements in der Bevölkerung das Programm »Menschen

stärken Menschen«¹ aufgelegt, durch das Patenschaften zwischen Geflüchteten und in Deutschland lebenden Menschen gefördert werden, um nachhaltige Strukturen zu ihrer Begleitung und Unterstützung zu schaffen. Im Jahr 2019 wurde das erfolgreiche Patenschaftsprogramm auf die Zielgruppe der Menschen, die sich in benachteiligten Lebenssituationen befinden, ausgeweitet. Die Erweiterung des Programms zielte insbesondere auf Kinder und Jugendliche, die bei der Bewältigung ihrer Bildungsverläufe und im Übergang Schule/Beruf unterstützt werden sollen. Durch die Erweiterung des Programms sollten engagementfördernde Strukturen, die auf die Integration von geflüchteten Menschen abzielten, auch für andere Zielgruppen geöffnet werden. Übergreifende Ziele des Patenschaftsprogramms sind die Förderung von Integration und Teilhabe, Engagement und gesellschaftlichem Zusammenhalt sowie Austausch und Wissenstransfer.

Zum Kreis der Programmträger gehören die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, Freiwilligenagenturen (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen), Stiftungen (u.a. Bundesverband Deutscher Stiftungen, Stiftung Bildung, Stiftung Lernen durch Engagement, ZEIT-Stiftung), Migrantorganisationen (u.a. Türkische Gemeinde

¹ www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/engagement-staerken/menschen-staerken-menschen

in Deutschland, Zentralrat der Muslime in Deutschland, Sozialdienst muslimischer Frauen, Wohlfahrtsstelle Malikitische Gemeinde), Jugendverbände (djo – Deutsche Jugend in Europa) sowie bildungsbezogene Mentoring-Programme (Balu und Du; Rock your Life!). Mit Hilfe einer diversen Träger-schaft – insgesamt 25 Programmträger² mit aktuell 724 Unterorganisationen bzw. lokalen Projektträgern – konnten seit dem Start des Programms über 160.000 Patenschaften (Stand: November 2021) realisiert werden. Bemerkenswert ist, dass fast ein Viertel dieser Patenschaften auf Migrantenorganisationen als Programmträger entfallen. 2021) realisiert werden. Bemerkenswert ist, dass fast ein Viertel dieser Patenschaften auf Migrantenorganisationen als Programmträger entfallen.

Die Programmträger verfolgen unterschiedliche Projektansätze, die sich nach Zielgruppen, thematischen Schwerpunkten und räumlicher Reichweite unterscheiden. Im Bildungsbereich finden sich beispielsweise Projekte in allen Phasen der Bildungslaufbahn: Patenschaften zwischen Kindern in Kitas und Grundschulen, Patenschaften für die außerschulische Begleitung von Grundschulkindern, Unterstützung von Kindern beim Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen, Patenschaften als Form des Lernens durch Engagement in Schulen, Patenschaften zur Unterstützung von Jugendlichen beim Übergang in Ausbildung und Beruf sowie Patenschaften in der außerschulischen Jugendbildung.

Ziele und Vorgehensweise der Wirkungsanalyse

Im Rahmen der zweiten, programmbegleitenden Wirkungsanalyse, die vom DESI

² www.bmfsfj.de/resource/blob/97590/be77806f6f-bac25d2ffb07810b10c6b/patenschaftsprogramme-data.pdf

– Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration in Kooperation mit dem IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH im Zeitraum Juli 2019 bis Juni 2021 im Auftrag des BMFS-FJ durchgeführt wurde, standen folgende Aufgabenfelder im Zentrum der wissenschaftlichen Bearbeitung:

(1). Welche Wirkungen zeigen Patenschaften im Hinblick auf individuelle Teilhabe, freiwilliges Engagement und gesellschaftlichen Zusammenhalt? Was sind Gelingensbedingungen für eine bestmögliche Erschließung der Potenziale von Patenschaften?

(2) Welchen Beitrag leistet das Programm »Menschen stärken Menschen« zu einer Stärkung der engagementfördernden Infrastruktur insbesondere durch Vernetzung und Wissensaustausch? Welche lokalen und regionalen Unterschiede lassen sich beobachten?

Die Wirkungsanalyse des Programms »Menschen stärken Menschen« war vor dem Hintergrund dieser vielschichtigen Aufgabenstellung multimethodisch und multiperspektivisch angelegt: Zu den eingesetzten Methoden gehörten Online-Befragungen, leitfadengestützte und narrative Interviews sowie offene Gesprächsformate wie Gruppendiskussionen und Patenschaftsinterviews. Einbezogen werden konnten die zum Zeitpunkt der Erhebungen im Programm aktiven 28 Programmträger, 53 Gesprächspartnerinnen und partner in sechs Regionen (Hamburg, München, Leipzig, Wiesbaden, Kempten, Eberswalde), 294 lokale Organisationen, 801 aktive und 170 ehemalige Patinnen und Paten sowie 181 Mentees (Herbst 2019). Lokale Organisationen sowie Patinnen und Paten wurden zudem jeweils zu zwei verschiedenen Zeitpunkten befragt (Herbst 2019 und Herbst 2020/Frühjahr

2021), um Entwicklungsdynamiken, aber auch aktuelle Herausforderungen durch die Corona-Pandemie erheben zu können. Zudem wurden 22 Patenschaftstandems mit dialoggestützten und episodischen Interviews als innovativer Methode vor Ort bzw. teilweise coronabedingt im Videoformat qualitativ befragt (siehe auch Abbildung 1).

und Paten können somit zum ersten Mal durch die Einbeziehung der Erfahrungen von Mentees gespiegelt werden. Der umfangreiche Abschlussbericht umfasst die zentralen Ergebnisse der im Rahmen der Wirkungsanalyse durchgeführten quantitativen und qualitativen Erhebungen und ist inzwischen online verfügbar (vgl. Gesemann, Höfler und Schwarze 2021³).

ABBILDUNG 1: METHODISCHE ELEMENTE DER WIRKUNGSANALYSE

Quelle: Gesemann, Höfler und Schwarze 2021 (Gestaltung: Ellen Windmüller)



Die Beteiligung an den verschiedenen Erhebungen kann – insbesondere vor dem Hintergrund der Unsicherheiten über die finanzielle Ausstattung des Programms im Herbst 2019 und den Herausforderungen durch die Corona-Pandemie seit März 2020 als gut bis sehr gut bezeichnet werden. An den Online-Befragungen im Herbst 2019 beteiligten sich etwas mehr als die Hälfte der lokalen Organisationen und 1.152 Patinnen, Paten und Mentees. Sehr erfreulich ist vor allem, dass – trotz der Schwierigkeiten der Erreichbarkeit – Mentees in größerer Zahl in eine Befragung einbezogen werden konnten. Die Perspektiven von lokalen Organisationen, Patinnen

Charakter und Erfolgsfaktoren von Patenschaften

Im Rahmen der Wirkungsanalyse zum Patenschaftsprogramm »Menschen stärken Menschen« wurden Patinnen, Paten und Mentees unter anderem im Rahmen von Online-Befragungen erreicht, die einen empirischen und repräsentativen Blick auf die Motive, Erfahrungen und Wünsche der Beteiligten sowie die Ausgestaltung und Verläufe, Qualitäten und Schwierigkeiten von Patenschaften ermöglichen.

³ www.bmfsfj.de/resource/blob/186990/6ca1fd937a2d0a32b8c55cb81913cd1b/wirkungsanalyse-menschen-staerken-menschen-data.pdf

Die Patinnen und Paten in unseren Stichproben sind überwiegend weiblich, älter als 25 Jahre und gut gebildet, die Mentees dagegen mehrheitlich männlich und zu meist jünger als 35 Jahre. Sie gehen entweder noch zur Schule oder haben einen einfachen/mittleren Schulabschluss. 25 Prozent der Patinnen und Paten und 95 Prozent der Mentees verfügen über einen Migrationshintergrund. Im Hinblick auf die Engagementmotive von Patinnen und Paten fallen zunächst – im Vergleich mit den Ergebnissen des Deutschen Freiwilligensurveys 2019 – vor allem der hohe Gestaltungsanspruch, das ausgeprägte interkulturelle Interesse und der gesellschaftspolitische Anspruch der Patinnen und Paten auf.

Patenschaften unterscheiden sich nach Aufgabenstellung und Zielsetzung, Dauer, Form und Intensität. Ihr Charakter wird zunächst vor allem durch die Hintergründe und Lebenssituation der Mentees geprägt: Dazu gehören insbesondere Kinder und Jugendliche, Menschen mit Flucht-hintergrund und/oder Zuwanderungsgeschichte, Menschen aus sozial benachteiligten Lebensumständen und/oder Menschen in höherem Lebensalter. Darüber hinaus werden Verlauf und Perspektiven von Patenschaften vor allem vom ›Grad der Passung‹ der Beteiligten, ihren Engagementmotiven und Wirkungserfahrungen, Erwartungen sowie Wünschen geprägt. Empathie, Interesse und Offenheit gehören ebenso zu den Erfolgsfaktoren für die Kontinuität und Stabilität von Patenschaften wie Kommunikations- und Konfliktfähigkeit.

Charakter und Wahrnehmung von Patenschaften

Um die grundlegende Wahrnehmung der Beteiligten auf ihre Patenschaften zu erfassen, wurden Patinnen, Paten und Men-

tees im Rahmen der Online-Befragungen gebeten, den Charakter ihrer Patenschaften mit Hilfe von Wortgegensatzpaaren (»Semantisches Differenzial«) zu bewerten (vgl. Abbildung 2). Das Verfahren zeichnet sich dadurch aus, dass das subjektive Erleben von Patenschaften sehr differenziert erfasst wird und die Ergebnisse der Befragungen von Patinnen, Paten und Mentees gut miteinander verglichen werden können. Insgesamt erleben sowohl Patinnen und Paten als auch Mentees ihre Patenschaft zumeist als eine (sehr) positive soziale Beziehung, die tendenziell als bereichernd, freundschaftlich, beglückend, dauerhaft und entspannt beschrieben wird. Mentees bewerten ihre Patenschaft im Mittel etwas positiver als Patinnen und Paten und empfinden sie stärker als eher entspannt oder beglückend. Der ›freundschaftliche‹ Charakter der Patenschaft wird dabei sowohl von Patinnen und Paten als auch von Mentees am höchsten bewertet – es ist das gemeinsame und verbindende Element der beiden Gruppen. Nur etwa zehn Prozent der Beteiligten schätzen ihre Patenschaft als eher oder sehr distanziert ein.

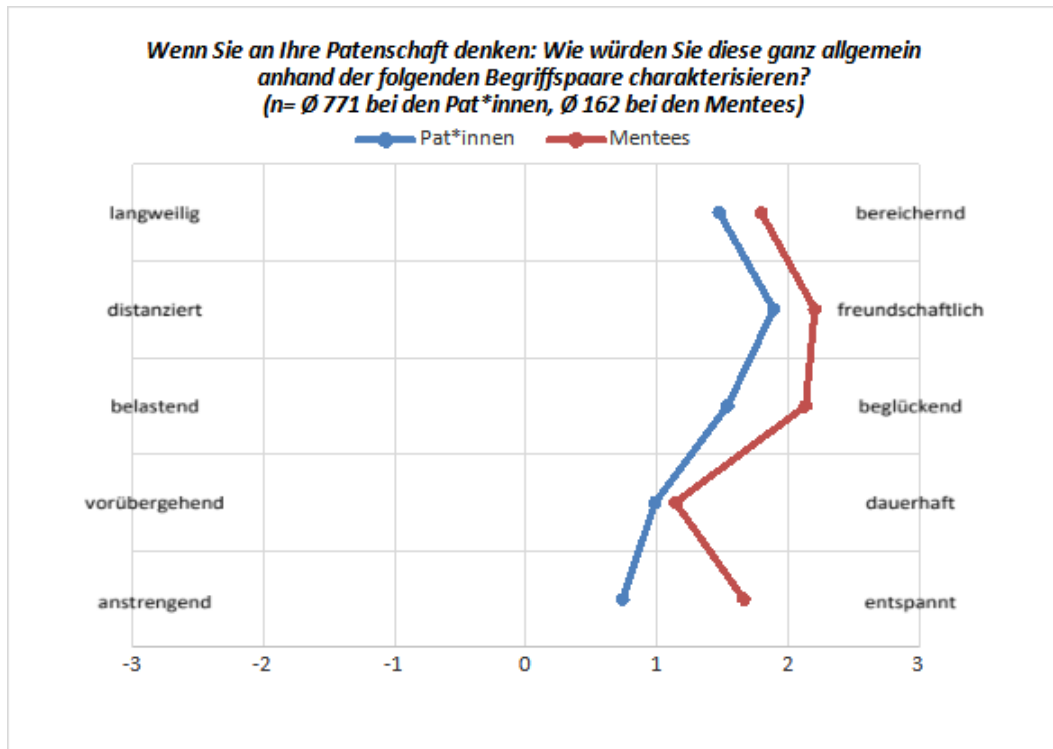
Am stärksten ausgeprägt sind die Unterschiede zwischen Patinnen und Paten sowie Mentees im Hinblick auf das Gegensatzpaar ›anstrengend – entspannt‹: Über 75 Prozent der Mentees, aber nur 58 Prozent der Patinnen und Paten bezeichnen ihre Patenschaft als (eher) entspannt. Etwas überraschend sind die Ergebnisse zum Gegensatzpaar ›dauerhaft – vorübergehend‹: Nur 57 Prozent der Patinnen und Paten sowie 63 Prozent der Mentees bewerten ihre Patenschaft als (eher) dauerhaft; 14 Prozent der Patinnen und Paten sowie 22 Prozent der Mentees charakterisieren sie demgegenüber als (eher) ›vorübergehend‹. Angesichts des hohen ›freundschaftlichen‹ Charakters scheinen viele Patinnen, Paten und Mentees die

Patenschaft möglicherweise erst einmal als »Freundschaft auf Zeit« zu empfinden (siehe auch Abbildung 2).

Paten und Mentees (Erwartungen und Wünsche, Interessen und Aktivitäten, Ergebnisse und Wirkungen) zurückzuführen.

ABBILDUNG 2: CHARAKTER DER PATENSCHAFT AUS SICHT VON PATINNEN, PATEN UND MENTEEES

Quelle: DESI/IfS – Online-Befragung von Patinnen, Paten und Mentees (Herbst 2019)



Zufriedenheit und Zufriedenheitsfaktoren in der Patenschaft

Die positive Grundwahrnehmung des patenschaftlichen Verhältnisses deckt sich mit Ergebnissen aus anderen Bereichen der Befragung, insbesondere mit der hohen Gesamtzufriedenheit mit der Patenschaft. Sowohl Patinnen und Paten (90 %) als auch – noch stärker – Mentees (95 %) zeigten sich mit ihrer Patenschaft eher oder sehr zufrieden. Nur etwa zwei Prozent der Patinnen, Paten und Mentees geben an, eher nicht oder gar nicht zufrieden zu sein.

Die hohe Zufriedenheit mit der Patenschaft ist insbesondere auf die gute individuelle Passung zwischen Patinnen,

Bei den Patinnen und Paten hängt sie darüber hinaus auch mit einem Bündel von Engagementmotiven und Wirksamkeitserfahrungen zusammen. Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit (z.B. das Gefühl, mit der Patenschaft etwas bewirken zu können) prägt den Grad der Zufriedenheit mit der Patenschaft in besonderer Weise. Unter den befragten Mentees lassen sich die gemeinsame Bewältigung von Herausforderungen und Schwierigkeiten sowie die geteilte Freude über das Erreichen von Entwicklungszielen als wichtige Zufriedenheitsfaktoren identifizieren. Eine sehr hohe Zufriedenheit mit der Patenschaft korrespondiert dabei auf beiden Seiten in besonderer Weise mit der Entstehung einer engen persönlichen Beziehung.

Zudem wird die Zufriedenheit in Patenschaften von der erfahrenen Unterstützung durch die Patenschaftsorganisationen beeinflusst, die Patenschaften auf lokaler Ebene vermitteln und unterstützen. Vier von fünf befragten Patinnen und Paten sind mit der »Vorbereitung auf die Patenschaft durch den Projektträger« (82 %), »der Zusammenführung/dem Matching mit ihrem Mentee« (87 %) sowie »mit der Begleitung und Unterstützung durch die Projektträger während der Patenschaft« (82 %) sehr zufrieden oder eher zufrieden. Sehr hoch (89 %) ist auch die Anerkennung und Wertschätzung, die Patinnen und Paten von Seiten der Patenschaftsorganisationen wahrnehmen, was für eine sehr hohe Passung zwischen individueller Engagementbereitschaft und organisatorischer Rahmung spricht.

Nicht zuletzt werden Zufriedenheit und Engagement von Patinnen und Paten von der Anerkennung und Wertschätzung geprägt, die sie in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft erfahren. Hierbei zeigt sich eine ausgeprägte Abstufung zwischen einer verbreiteten Wertschätzung, die vier von fünf Befragten in ihrem persönlichen Nahumfeld erleben (Partnerin und Partner, Freundeskreis und Familie), über eine gespaltene Wahrnehmung von Anerkennung in der Arbeitswelt (63 %) und im Wohnumfeld (51 %) bis zu einer geringer empfundenen Wertschätzung im weiteren gesellschaftlichen Umfeld wie Bevölkerung (35 %), Medien (32 %) und Politik (30 %). Viele Engagierte wünschen sich von der Politik und der medialen Berichterstattung eine größere öffentliche Anerkennung.

Ihr Engagement für Geflüchtete und Menschen in benachteiligten Lebensumständen hat eine inhärente politische Dimension, da über das Engagement versucht wird, individuelle Teilhabechancen

zu verbessern und bestehende soziale Ungleichheiten auszugleichen. Patinnen und Paten berichten immer wieder, wie sie in ihrem Einsatz für gerechte Teilhabe an Grenzen gestoßen sind und durch Erfahrungen politisiert wurden, wenn beispielsweise ihr geflüchteter Mentee abgeschoben wurde.

Gelingensfaktoren von Patenschaften

In einigen Fällen bilden Patinnen, Paten und Mentees von Beginn an funktionierende Tandems, in anderen Fällen gibt es Patenschaften, die holprig beginnen, sich aber dann gerade nach der gemeinsamen Bewältigung schwieriger Zeiten besonders harmonisch gestalten. Übergreifend lässt sich feststellen, dass es hinsichtlich der Frage, ob Patenschaften erfolgreich verlaufen oder nicht, ein Set an Schlüsselfaktoren gibt, die immer wieder als förderlich bezeichnet werden. Dazu gehören Grundvoraussetzungen wie Vertrauen, Offenheit und gegenseitiger Respekt, aber auch eine Vielzahl individueller Charakteristika und zentraler Interaktionsmerkmale. In der abgebildeten Wortwolke (vgl. Abbildung 3) werden die Ergebnisse der Online-Befragung zu den aus Sicht der Patinnen und Paten wichtigsten Gelingensfaktoren der Patenschaften illustriert (siehe auch Abbildung 3).

Deutlich wird, dass vor allem passende Persönlichkeitsmerkmale und die vorherrschende Interaktionsqualität als entscheidend für das Gelingen von Patenschaften wahrgenommen werden. »Vertrauen« wird hierbei als wichtigster Faktor benannt: Eine »persönliche Vertrauensbasis«, ein »vertrauensvoller, transparenter Umgang miteinander« und eine »vertrauensvolle Atmosphäre« sind für viele der Schlüssel für eine gelingende Patenschaft. Darüber hinaus stellt »Offenheit« ein entscheidendes Merkmal dar: Betont wird

ABBILDUNG 3: GELINGENSAKTOREN NACH HÄUFIGKEIT IHRER NENNUNG DURCH PATINNEN UND PATEN

Quelle: DESI/IFS (erstellt mit MAXQDA)



insbesondere die Bedeutung von »Offenheit für Neues, Offenheit im Umgang miteinander« und die »Offenheit, Probleme anzusprechen«. In eine ähnliche Richtung zielen Nennungen von Begriffen wie »Aufgeschlossenheit« oder »Unvoreingenommenheit«. Als weitere wichtige Gelingensfaktoren werden »Ehrlichkeit« und »Aufrichtigkeit« genannt, aber auch »Geduld« und »Verständnis« werden eine große Bedeutung für das Gelingen der Patenschaft beigemessen.

Werte wie Akzeptanz, Respekt und Toleranz bilden ein weiteres Faktoren-Set. Gemeint ist sowohl die Akzeptanz »des jeweils anderen Charakters« als auch die »der kulturellen und religiösen Gewohnheiten« sowie »Denk- und Handlungsweisen« des Gegenübers. Dazu gehört für viele Patinnen und Paten auch, auf eine Begegnung auf Augenhöhe mit den Mentees zu achten: In diese Richtung zielen Angaben wie die, dass den Mentees innerhalb der Patenschaften Autonomie zugestanden werden sollte und dass sie

als »freie Menschen« und »eigenständige Persönlichkeiten« anzuerkennen und zu behandeln seien. Mentees und ihre Probleme müssten ernst genommen und die Patenschaften ohne »Bevormundung« und »Zeigefinger« gestaltet werden.

Neben einer vertrauten, offenen Haltung sowie gegenseitigem Verständnis und Respekt werden Patenschaften durch gemeinsame Interessen und eine gelingende Kommunikation getragen. Auch das Vorhandensein gemeinsamer Ziele und Erwartungen gehört zu den Gelingensfaktoren, wenngleich es seltener von den Befragten genannt wird. Schließlich stellt auch die Unterstützung, die Patinnen und Paten durch Projekträger, Patenschaftsnetzwerke oder auch Dritte erfahren, einen Erfolgsfaktor dar. Hierzu zählen beispielsweise eine passgenaue Vermittlung der Patenschaft, begleitende Angebote und fachliche Beratung sowie die Möglichkeit, sich mit anderen Patinnen und Paten und Ehrenamtlichen austauschen zu können.

Probleme und Hürden im Patenschaftsverlauf

In der Online-Befragung berichteten zunächst nur wenige Patinnen, Paten und Mentees von Schwierigkeiten in ihrer Patenschaft. Probleme wie Überforderung oder kulturelle Differenzen bzw. Missverständnisse, sprachliche Verständigungsprobleme oder mangelnde gemeinsame Interessen belasten demnach nur wenige Patenschaften. Emotionale Überforderung oder ein Gefühl der Ohnmacht verspüren jeweils weniger als zehn Prozent. Hinweise auf Herausforderungen liegen eher in anderen Bereichen: So ist es für etwa jede dritte Patin bzw. jeden dritten Paten (34 %) eine Herausforderung, im Alltag ausreichend Zeit für die Patenschaft zu finden. Insgesamt deuten die wenig verbreiteten Schwierigkeiten auf ein überwiegend gelungenes Matching durch die lokalen Patenschaftsorganisationen hin. Dafür spricht auch, dass Patinnen, Paten und Mentees auftretenden Herausforderungen in sechs von zehn Fällen (59 %) gemeinsam begegnen und diese ohne fremde Hilfe überwinden.

Die aktiven Patinnen und Paten wurden mit einer offenen Frage gebeten, »eine besondere Herausforderung, die Ihnen im Laufe Ihrer Patenschaft begegnet ist«, zu schildern und auch, wie es ihnen gelungen ist, diese zu bewältigen. Dabei wurde deutlich, dass Herausforderungen zum festen Bestandteil von Patenschaften gehören, aber dennoch selten als »Probleme« für die Patenschaft wahrgenommen werden. Als patenschaftsinterne Herausforderungen werden vor allem unterschiedliche Erfahrungen und Erwartungen, kulturelle Normen und Werte sowie Verständigungsprobleme zwischen Patinnen und Paten sowie Mentees genannt. Themen, die einerseits das Verhältnis innerhalb der Patenschaft charakterisieren,

aber auch bestimmte Herausforderungen der Zielgruppen betreffen, sind mangelnde zeitliche Ressourcen, räumliche Distanzen und verschiedenste persönliche und gesundheitliche Problem- und Notlagen. Angeführt werden zudem Probleme mit der Bürokratie sowie Wohnungs-, Arbeits- oder Ausbildungssuche, die gemeinsam bewältigt werden müssen. In vielen Fällen halfen die bereits benannten Erfolgsfaktoren, um mit Empathie und Fingerspitzengefühl auch mit herausfordernden Lebensumständen umzugehen. Vertrauen, Offenheit oder Geduld sowie ein aufeinander einstellen helfen, Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Darüber hinaus tragen Humor und Spaß dazu bei, insbesondere sprachliche Barrieren zu überwinden – und wiederkehrend wurde berichtet, dass das Stolpern über kulturelle Besonderheiten beiderseitig Horizonte erweitern konnte.

Wirkungen auf lokale Engagementlandschaften und Netzwerke

Eine enge Vernetzung bestehender lokaler Angebote wird, wie im zweiten Engagementbericht dargestellt, im wissenschaftlichen Diskurs als eine wesentliche Voraussetzung für eine koordinierte kommunale Engagementförderung angesehen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017: 369). Das Patenschaftsprogramm »Menschen stärken Menschen« hat an vielen Orten Wirkungen auf die lokale Engagementlandschaft und die Kooperationen und Netzwerke vor Ort entfaltet. In diesem Zusammenhang lassen sich insbesondere zwei Wirkungsrichtungen unterscheiden.

Zum einen trägt das Patenschaftsprogramm mit seinem breiten Förderansatz an vielen Orten zu einer Professionalisierung und Strukturbildung von lokalen Organisationen sowie neuen und kleinen

Programmträgern bei. Die lokalen Organisationen erlangen durch die Beteiligung am Bundesprogramm oftmals neue oder erweiterte Kompetenzen und entwickeln mit Hilfe der Förderung ihre eigenen Angebote und Netzwerke weiter. Hierdurch erreichen sie häufig neue Zielgruppen und stärken ihre Außenwahrnehmung. So gaben in einer Online-Befragung im Herbst 2019 über 90 Prozent der an der Programmumsetzung beteiligten lokalen Organisationen an, dass sie durch die Teilnahme am Patenschaftsprogramm Kompetenzzuwächse bei Mentoring-/Patenschaftsansätzen und bei der Arbeit mit geflüchteten Menschen verzeichnen. Über 80 Prozent der lokalen Organisationen berichten über einen Kompetenzzuwachs bei der Arbeit mit Menschen aus benachteiligten Lebenswelten. Aus den vertiefenden Interviews mit Programmträgern und den qualitativen Interviews im Rahmen der regionalen Analysen geht zudem hervor, dass verschiedene Programmträger das Patenschaftsprogramm gezielt nutzen konnten, um in bestimmten Regionen auf nicht abgedeckte Bedarfe zu reagieren und insbesondere in Ostdeutschland oder stärker ländlich geprägten Regionen neue Standorte zu etablieren.

Neben den direkten Wirkungen auf die beteiligten lokalen Organisationen und die damit einhergehenden Angebote entfalten sich zum anderen vor Ort weitere Effekte im Hinblick auf die Stärkung der Freiwilligenarbeit und der Netzwerke vor Ort. Beispiele für die Wirkungen auf die Engagementlandschaft vor Ort sind die Entstehung und Erweiterung von Netzwerken zur Patenschaftsarbeit sowie die Herausbildung von neuen Formen der Zusammenarbeit, ehrenamtlichen Initiativen und/oder neuen Formen der gesellschaftlichen Teilhabe von Patinnen, Paten und Mentees. Die Ergebnisse der standardisierten Befragung zeigen, dass

sich ein Großteil der lokalen Organisationen an lokalen Netzwerken der Freiwilligen- und Patenschaftsarbeit sowie an Netzwerken für Flüchtlingsarbeit und lokalen Integrationsnetzwerken beteiligt. Darüber hinaus arbeiten die lokalen Organisationen vor Ort mit einer Vielzahl von Organisationen und Einrichtungen aus den Bereichen kommunale Verwaltung, Stadtteil- und Freiwilligenarbeit, Bildung, Integration und Arbeit zusammen. Dabei stellen insbesondere Nachbarschafts- und Bildungseinrichtungen wichtige Kooperationspartner dar. An den Ergebnissen der regionalen Analysen wird zudem deutlich, dass insbesondere Projekte von lokalen Bürgerstiftungen dazu beitragen, Netzwerke im Bereich der Patenschaftsarbeit aufzubauen oder zu stärken. Über die Bürgerstiftungen können außerdem eine Vielzahl von kleineren Initiativen und Einrichtungen erreicht und unterstützt werden, die auf neue Bedarfe reagieren und teilweise auch innovative Ansätze beinhalten.

Von Seiten des Bundes wird eine deutschlandweite Umsetzung des Patenschaftsprogramms angestrebt, es gibt aber keine Vorgaben, wie das Bundesprogramm im Raum wirken soll und keine übergreifende Steuerung zur regionalen Verteilung der Projekte. Dies führt dazu, dass die beteiligten lokalen Organisationen abhängig von den Strukturen vor Ort ungleichmäßig über Deutschland verteilt sind und in unterschiedlich starkem Ausmaß an Netzwerken mitwirken. Zudem ist zu berücksichtigen, dass angesichts der Vielfalt weiterer Förderprogramme und Initiativen von Bund, Ländern, Kommunen sowie von zivilgesellschaftlichen Akteuren die Wirkungen des Patenschaftsprogramms nicht immer klar von anderen Aktivitäten zu trennen sind und abhängig von der Anzahl der lokalen Projekte und den Strukturen vor Ort in ihrem Ausmaß begrenzt sind.

Auf Grundlage der Ergebnisse der Wirkungsanalyse kann aber insgesamt festgehalten werden, dass es vielen lokalen Organisationen mit ihren Patenschaftsprojekten gelungen ist, existierende Bedarfe vor Ort aufzugreifen und ihre Angebote sinnvoll in die Topografie der unterschiedlich entwickelten Engagementlandschaften einzubetten. Ermöglicht werden diese Erfolge und deren Reichweite über die programmatische Offenheit des Patenschaftsprogramms.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die Ergebnisse der zweiten Wirkungsanalyse zeigen, dass sich das Patenschaftsprogramm »Menschen stärken Menschen« mit seinem offenen und breiten Ansatz grundsätzlich bewährt hat. Besonders hervorzuheben ist, dass an der Umsetzung des Patenschaftsprogramms eine diverse Trägerlandschaft beteiligt ist, die die Vielfalt der Zivilgesellschaft gut widerspiegelt. Durch die Einbindung von Wohlfahrtsverbänden, Freiwilligenagenturen, Migrantenelbstorganisationen, Stiftungen und anderen Organisationen der Engagementförderung konnten mit dem Programm vielfältige Zielgruppen erreicht und Wirkungen in der Breite erzielt werden. Das Programm fördert die Wahrnehmung von Bildungs- und Integrationschancen, stärkt gesellschaftliche Teilhabe und Zusammenhalt und trägt zur Weiterentwicklung lokaler/regionaler Engagementlandschaften bei.

Die Wirkungsanalyse empfiehlt angesichts dieser Ergebnisse, das Programm weiterzuentwickeln und zu verstetigen. Dabei sollte das Programm vom Bund mit möglichst langfristigen Förderzeiträumen verankert werden, sodass Träger und lokale Organisationen eine höhere Planungssicherheit erhalten und das Patenschaftsprogramm erfolgreich umsetzen können.

Die Neuausrichtung des Programms hat sich mit dem Einbezug weiterer Programmträger und einem erweiterten Zielgruppenansatz in der Praxis bewährt und ermöglicht den Organisationen, ihre Angebote entsprechend ihrer thematischen Expertise und der Bedarfe vor Ort auszurichten. Von Seiten des Bundes sollte die Offenheit in Bezug auf unterschiedliche Zielgruppen bestehen bleiben. Der Kreis der Zielgruppen, die von den Trägern adressiert werden, könnte aber noch weiter ausgedehnt werden, z. B. auf Patenschaften für ältere Menschen oder zwischen älteren Menschen, Patenschaften zwischen Kindern und Jugendlichen oder Patenschaften, die sich an Menschen mit Behinderungen richten. Auch der Kreis der Patinnen und Paten sollte erweitert werden, indem Programmträger und lokale Organisationen durch niedrigschwellige Angebote beispielsweise auch bei Menschen mit nicht-akademischem Hintergrund stärker für eine Teilnahme an Patenschaften werben. Darüber hinaus sollten Menschen mit Behinderungen auch als mögliche Patinnen und Paten stärker angesprochen werden.

Das Patenschaftsprogramm konnte flexibel auf die durch die Corona-Krise geänderten Rahmenbedingungen reagieren. Trotz der erschwerten Bedingungen, die oftmals einen spürbaren Einschnitt auf die Patenschaftsbeziehungen hatten, konnten viele aktive Patenschaften durch lokale Organisationen dabei unterstützt werden, den Kontakt zu halten. Dabei konnten auch neue Bedarfe, wie z. B. die Unterstützung beim Homeschooling aufgegriffen werden. Mit Blick auf die Folgen der Coronapandemie erscheint eine Ausweitung des Patenschaftsprogramms von Seiten des Bundes sinnvoll. Dabei könnten insbesondere die Bildungschancen sowie die soziale und psychologische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, aber auch die

soziale Isolation von Geflüchteten in Unterkünften und älteren Menschen, die alleine oder in Senioren- und Pflegeheimen wohnen, in den Blick genommen werden. Patenschaften können zur Bewältigung dieser vielschichtigen Herausforderungen einen wichtigen Beitrag leisten.

Des Weiteren sollten Möglichkeiten geprüft werden, Patenschaften und Mentoring gezielter in strukturschwache ländliche Regionen zu bringen. Der Bund sollte hierfür die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, indem z. B. höhere Fördersätze für die Akquise von Patinnen und Paten sowie ihren Mentees bereitgestellt werden. Die Programmträger sollten sich stärker um die Beteiligung von lokalen Organisationen in ländlichen Regionen bemühen.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 1 vom 13.1.2022.

LITERATUR

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2017): Zweiter Engagementbericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 18/11800. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- El-Mafaalani, Aladin (2020): Mythos Bildung. Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Gesemann, Frank/ Höfler, Leif Jannis/ Schwarze, Kristin (2021): Wirkungsanalyse zum Patenschaftsprogramm »Menschen stärken Menschen« – Abschlussbericht. Durchführung: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration in Kooperation mit IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH. Unter Mitarbeit von Josepha Jendricke, Amrei Roeder (DESI), Dr. Reinhard Aehnelt und Victoria Escobar (IfS). Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). Online verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/wirkungsanalyse-zum-patenschaftsprogramm-menschen-staerken-menschen--187084>
- Gesemann, Frank (2015): Integrationslotsenprojekte in Deutschland im Überblick: Konzepte, Einsatzfelder und Finanzierung. Berlin: Beauftragter des Senats von Berlin für Integration und Migration. https://www.researchgate.net/publication/346955024_Konzepte_Einsatzfelder_und_Finanzierung_Integrations_lotsenprojekte_in_Deutschland_im_Uberblick
- Gesemann, Frank (2017): Lotsen-, Paten- und Mentorenprojekte in der kommunalen Integrationspolitik. In: Henn, Daniela/ Prigge, Jessica/ Ries, Karsten/ Lück-Filsinger, Marianne (Hrsg.): Streifzüge durch die angewandte Sozialwissenschaft. Evaluation – Soziale Arbeit – Migration – Sozialpolitik. Dieter Filsinger zum 65. Geburtstag. Münster: Waxmann, S. 313–334.
- Gesemann, Frank/ Nentwig-Gesemann, Iris/ Seidel, Alexander/ Walther, Bastian (2020): Lotsen-, Mentoren- und Patenprojekte: Systematisierungen – Wirkungen – forschungsmethodische Zugänge. In: Gesemann, Frank/ Nentwig-Gesemann, Iris/ Seidel, Alexander/ Walther, Bastian (Hrsg.): Engagement für Integration und Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: Springer.
- Huth, Susanne (2007): Integrationslotsen: Modelle von Engagement und Integration – Erfahrungen und Umsetzungsstrategien. Unter Mitarbeit von Berit Pöhl, Jürgen Schumacher und Duygu Yüce. Wiesbaden: INBAS-Sozialforschung.
- Huth, Susanne (2017): PatInnen, MentorInnen, LotsInnen für Integration – Akteure, Konzepte, Perspektiven. Berlin: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

- Schüler, Bernd (2020): Jenseits von Enthusiasmus und Ernüchterung. Patenschaften und Mentoring für Kinder und Jugendliche im Spiegel von Forschungsergebnissen aus 25 Jahren. In: Gesemann, Frank/ Nentwig-Gesemann, Iris/ Seidel, Alexander/ Walther, Bastian (Hrsg.): Engagement für Integration und Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: Springer, S. 77-108.
- Simonson, Julia/ Kelle, Nadiya/ Kausmann, Corinna/ Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2021): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligen-survey 2019. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA).

AUTOR*INNEN

Dr. Frank Gesemann ist Diplom-Politologe und Geschäftsführer von DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Sozia-

le Integration. Er verfügt über langjährige Evaluations- und Forschungserfahrungen insbesondere in den Bereichen Migration und Integration, Engagement und Zivilgesellschaft.

Kristin Schwarze ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin, Projektleiterin und seit 2015 Gesellschafterin am IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH. Sie verfügt über vielfältige Evaluations- und Forschungserfahrungen zu Themen der integrierten Stadt(teil)entwicklung, Integration und Partizipation.

Alexander Seidel ist M.A.-Humangeograph und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration mit Arbeits- und Forschungsschwerpunkten in den Bereichen Stadtentwicklung, Segregation und Zivilgesellschaft.

DR. JULIA SCHLICHT/ JENS MAEDLER

FREIWILLIGENDIENSTE SIND ORTE POLITISCHER BILDUNG – REFLEXION ZUM 16. KINDER UND JUGENDBERICHT

Freiwilligendienste – Ermöglichungsraum für politische Bildung

Demokratische Bildung ist das Thema des 16. Kinder- und Jugendberichts. Ein Berichtskapitel ist den Freiwilligendiensten gewidmet. Dies zeigt die Bedeutung von Freiwilligendiensten als »ein[en] wichtige[n] Ermöglichungsraum für politische Bildung« (Deutscher Bundestag 2020: 458). Nachfolgend wird skizziert, welches Verständnis die verbandlichen Freiwilligendienstakteure von politischer Bildung haben. Dieser Beitrag geht auf die Begriffsdefinition von demokratischer und politischer Bildung im Kinder- und Jugendbericht ein und kommt zu Schlussfolgerungen für die Praxis der Freiwilligendienste.

1. Politische Bildung und die Bedeutung für Freiwilligendienste im Verständnis der Verbände

Freiwilligendienste sind ein Bildungs- und Orientierungsangebot, in dem Freiwilligen in gemeinwohlorientierten Einrichtungen Übungs- und Tätigkeitsfelder eröffnet werden. Der spezifische Kontext der Freiwilligendienste in Verbindung von praktischem Einsatz in einer Einrichtung und der pädagogischen Begleitung durch Freiwilligendienst-Träger eignet sich in besonderer Weise für politische Bildung (AWO 2013). In den Bildungstagen wird mit den Freiwilligen der praktische Einsatz reflektiert und

in Zusammenhang mit gesellschaftlichen Fragen kontextualisiert. So können Fragen aufgegriffen werden, die durch ihren praktischen Bezug direkt an die Lebens- und Erfahrungswelten junger Menschen anknüpfen. Politische Bildung in den pädagogischen Begleitangeboten ist also immer eng verzahnt mit der Persönlichkeitsbildung und der Lebensweltorientierung. Sie findet explizit statt oder wird als Querschnittsthema im Kontext prozesshafter Demokratiebildung integriert. Freiwillige werden für politische Fragen und Zusammenhänge sensibilisiert, im Prozess der eigenen Meinungsbildung ermutigt und unterstützt, bekommen verschiedene politische Beteiligungs- und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt und werden zu aktiver Mitgestaltung ihres Dienstes angeregt (AWO 2020, Paritätischer Gesamtverband 2017: 1).

Unter politischer Bildung verstehen die verbandlichen Anbieter von Freiwilligendiensten somit nicht nur das explizit als »politisch« firmierende Bildungsangebot, sondern diejenigen Bildungsprozesse, die dazu dienen, dass Freiwillige Wissen über politische Strukturen, gesellschaftliche Prozesse und sozioökonomische Entwicklungen erwerben und die Zusammenhänge zwischen diesen drei Ebenen erkennen. »Ziel der politischen Bildung in Freiwilligendiensten ist die Analysefähigkeit (verstehen), die Urteilsfähigkeit (eine eigene Meinung bilden) und die Mündigkeit (Verantwortung übernehmen)« (AWO

2020: 8). Politische Bildung muss Fragen hervorrufen und darf nicht durch vorgegebene Antworten Interessen ersticken und eigenständiges Denken erschweren. Politische Bildung ist nicht belehrend, sie soll vielmehr Menschen in die Lage versetzen, eine politische Situation und die eigene Interessenlage zu analysieren und demokratische Handlungs- und Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen. Bei der Ausgestaltung politischer Bildungsangebote sind die Freiwilligendienste von ihrem Selbstverständnis, aber auch per rechtlichen Rahmungen dem Beutelsbacher Konsens (Überwältigungsverbot, Kontroversität, Aktivierung) verpflichtet. Wie der Kinder- und Jugendbericht noch einmal deutlich aufzeigt, bedeutet dies nicht eine neutrale Darstellung von politischen Zusammenhängen: »Er betont mit allen drei Punkten vielmehr, dass politische Kontroversen auch kontrovers in der politischen Bildung angesprochen werden müssen.« (Deutscher Bundestag 2020: 121). Unter Zugrundelegung dieses Ansatzes politischer Bildung und dem Selbstverständnis der Freiwilligendienstakteure bieten Freiwilligendienste eine große Chance für die Weiterentwicklung der Demokratiefähigkeit in der Gesellschaft.

Dieses Verständnis von politischer Bildung teilen die verbandlichen Anbieter von Freiwilligendiensten. Ein auf eine Wissensvermittlung beschränkte Form politischer Bildung prägt dagegen das Verständnis von politischer Bildung im Bundesfreiwilligendienst (BFD) seitens des Bundes. Hier wurde qua Verwaltungsakt mittels Richtlinie eine Auslagerung der Seminare zur politischen Bildung an die Bildungszentren des Bundes vollzogen. Das hier zugrundeliegende Verständnis von politischer Bildung als neutralisierte Lehrstoffsammlung kritisieren die verbandlichen Anbieter scharf. Mit Blick auf die aktuellen Erkenntnisse des Kinder- und Jugendberichts soll daher

auch der Frage nachgegangen werden, wie zeitgemäß dieses abgegrenzte Verständnis noch ist.

2. Politische Bildung und Demokratiebildung – Verständnis im Kinder- und Jugendbericht

Die erste wichtige Erkenntnis, die im Bericht herausgearbeitet wird, ist die direkte Verknüpfung von Demokratiebildung und politischer Bildung. Beides ist unmittelbar miteinander verbunden. Politische Bildung ist daher immer auch Demokratiebildung. »Dieses [demokratische] Lernen ist im Kern ein politisches Lernen, denn demokratiefähige Menschen sind ›politische Menschen‹« (Deutscher Bundestag 2020: 118). In der Konsequenz legt die Kommission eine Arbeitsdefinition zugrunde, die sich auf »politische Bildung ist Demokratiebildung« verkürzen lässt.

Zur weiteren Untersuchung der sozialen Räume, wie es die Freiwilligendienste sind, zieht die Kommission drei Schwerpunkte der politischen Bildung heran:

- 1) Demokratie als Bildungsgegenstand, d.h. hier wird untersucht, inwiefern Wissensvermittlung erfolgt.
- 2) Demokratie als Bildungsstruktur, d. h. hier wird untersucht, inwiefern die Räume selbst demokratisch ausgestaltet sind.
- 3) Demokratie als Erfahrung, d. h. hier wird unter anderem untersucht, inwiefern Kinder und Jugendliche selbst zu politischen Akteur*innen werden.

Weiterhin werden die analytischen Kategorien der Demokratiedimensionen herangezogen:

- Die formale Dimension beschreibt, dass Demokratie immer wieder neu ausgehandelt werden muss.

SCHLICHT/ MAEDLER: FREIWILLIGENDIENSTE SIND ORTE POLITISCHER BILDUNG

- Die substanzielle Dimension beschreibt, dass Demokratie einen unhintergehbaren Kern besitzt.
- Die prozesshafte Dimension beschreibt, dass Demokratie eine kollektive Gestaltungsaufgabe ist.

Diese Arbeitsschwerpunkte und Definition samt der oben erwähnten Dimensionen sind maßgeblich, wenn die Freiwilligendienste und deren Rolle als Räume politischer Bildung betrachtet werden und wurden daher hier explizit genannt.

3. Demokratiebildung ist politische Bildung – Erkenntnisse für die Freiwilligendienste

Freiwilligendienste sind unseres Erachtens nur im Bezugsrahmen einer demokratisch verfassten Gesellschaft vorstellbar. Sie sind ein Angebot, welches durch einen Aushandlungsprozess und das Zusammenwirken insbesondere der Sektoren Staat und Zivilgesellschaft existiert.

In Freiwilligendiensten lehrt das Leben – so wie auch demokratische Bildung nur durch direktes Erleben erfahrbar werden kann. Freiwillige sind nicht nur in soziale Prozesse integriert, sondern Teil einer politischen Struktur und in eine besondere Uno-actu Struktur eingewoben. Lernen durch Handeln und Handeln durch Lernen – also Bildung und Praxis – fallen in Freiwilligendiensten zusammen. Auch das ist der speziellen Struktur der Freiwilligendienste geschuldet, die im Zusammenspiel von der Beschäftigung in Einsatzstellen, Reflexion und Bildung in Seminaren sowie Formen der Mitgestaltung in beiden Kontexten ermöglicht wird. Spielen diese drei Aspekte ineinander, werden Freiwilligendienste zu Räumen, die Bildungsgegenstand, Bildungsstruktur und Demokratieerfahrung verbinden (BKJ 2013).

Politische Bildung kann vor diesem Hintergrund nicht in einem gesonderten Bildungsblock absolviert werden, sondern ist im Verständnis der Demokratiebildung nur als ganzheitliche Lebenserfahrung umsetzbar. Insofern gibt der Kinder- und Jugendbericht Argumente dafür, dass in den Bildungszentren des Bundes zwar Wissensvermittlung, nicht aber Demokratiebildung stattfindet. Mit Blick auf die Arbeitsdefinition der Kommission werden die Bildungsangebote des Bundes im BFD ihrem Namen – politische Bildung – nicht gerecht

4. Empfehlungen des Kinder- und Jugendberichts und Umsetzung in der Praxis

Aufgrund der elementaren Funktion von Freiwilligendiensten als Räume politischer Bildung sollte sichergestellt sein, dass die Nachfrage nach Plätzen dem Angebot entspricht, so die Kommission. Dies knüpft an die Idee des Familienministeriums zum Jugendfreiwilligenjahr an. Hier ist von einem Rechtsanspruch auf finanzielle Förderung die Rede. Das heißt, wenn Freiwillige, Einsatzstelle und Träger einen Freiwilligendienst umsetzen wollen, dann darf dies nicht an den Fördermitteln scheitern (BMFSFJ 2018: 5).

Um diese Räume möglichst allen jungen Interessierten, unabhängig von Herkunfts- und Bildungsbiografien bzw. Diskriminierungserfahrungen, zugänglich zu machen, müssen die Anbieter von Freiwilligendiensten eine inklusive Ausgestaltung der Dienste ermöglichen. Gerade auch mit Blick auf junge Menschen, die negative Erfahrungen im formalisierten System Schule gemacht haben, können Freiwilligendienste neue Räume demokratischer Bildung eröffnen, da Lernen hier lebensweltlich orientiert ist und somit an den Erfahrungsschatz und an die Erfahrbarkeit der Einzelnen anknüpft. Die verbandlichen

Akteure haben das Thema Inklusion und Diversität in Freiwilligendiensten als zentrales Thema auch mit Blick auf die Ausgestaltung politischer Bildung (Stichwort Demokratie als Bildungsstruktur) erkannt.

Hier könnte auch ein Hebel ansetzen, der zu einem gezielten Ausbau von Freiwilligendiensten in politisch konstituierten Kontexten führt. Jenseits von Fraktionen, Abgeordnetenbüros, Stiftungen politischer Parteien oder Bildungsträger böten sich z. B. Jugendverbände, Jugendbüros, Jugendräte und -parlamente sowie Organe der Schüler*innen-Selbst- und -mitverwaltung mit einigen konzeptionellen Überlegungen als Übungs- und Erprobungsräume an, wenn es darum gehen sollte, eine nicht parteipolitisch affine bzw. bereits umfassend politisierte Zielgruppe für demokratische Prozesse der Mitwirkung und Mitgestaltung zu gewinnen.

Neben den Zugängen braucht es, so der Kinder- und Jugendbericht, empirische Evidenz, inwiefern ein breites Verständnis von politischer Bildung in unterschiedlichen Bereichen der Freiwilligendienste gelebt und ermöglicht wird. »Die Praxisforschung zu den Freiwilligendiensten für junge Menschen sollte in ihren Erhebungen die Potenziale politischer Bildung im Rahmen der pädagogischen Begleitung sowie durch die Erfahrungen in den Einsatzstellen in den Blick nehmen« (Deutscher Bundestag 2020: 459). Die Besonderheit politischer Prozesse, die aufgrund ihrer ideologischen, programmatischen und/oder weltanschaulichen Aufladung hochsensibel sind, setzt bei den Einsatzstellen voraus, dass diese

- grundsätzlich demokratische Werte vertreten;
- sich für ein reflektiertes politisches Bewusstsein einsetzen und Kritikfähigkeit fördern;

- die Freiwilligen nicht für parteipolitische Zwecke oder anderweitig ideologisch vereinnahmen;
- die Meinung Andersdenkender (sofern diese keine rassistische, sexistische oder allgemein diskriminierende Weltanschauung vertreten) achten und vermitteln (BKJ 2013).

Hinter diese Aussagen wird sich das Gros der Einsatzstellen mittels des eigenen Leitbilds oder Selbstverständnisses stellen. Inwiefern die Ansprüche den alltäglichen Herausforderungen standhalten, müsste allerdings untersucht werden. Zudem wäre zu ermitteln, unter welchen Rahmenbedingungen dem hier aufgeführten Ideal politischer Bildung als Demokratiebildung nachgekommen werden kann. Denn wahr ist auch, dass die Freiwilligendienste als eine besonders zeitintensive Form des Engagements in den meisten Fällen in einen Bezugsrahmen betrieblicher Arbeit eingebettet sind. Entsprechend orientieren sich Entscheidungsprozesse oftmals weniger an Formen demokratischer Aushandlung denn an betriebswirtschaftlichen Vorgaben und Hierarchien.

Partizipationsmöglichkeiten in der jeweiligen Einsatzstelle analysieren

Die Kommission empfiehlt daher auch eine Analyse der Beteiligungsrechte von Freiwilligen in den Einsatzstellen. Die Partizipation lohnt einer intensiven Betrachtung, weil sie Aufschluss darüber geben kann, welches Selbstverständnis den Freiwilligendiensten und ihren Anbietern zu eigen ist und sein sollte. In welcher Rolle sehen Einsatzstellen die Freiwilligen, inwieweit sind sie in Teamprozesse und Entscheidungs- und Mitsprachestrukturen eingebunden, welche Rückschlüsse ergeben sich daraus in Hinblick auf die Zufriedenheit der Freiwilligen und die grundsätzliche Eignung von Einsatzstellen.

Auf Basis der Ergebnisse könnten weitere Räume des demokratischen Mitgestaltens ermöglicht werden.

In ihrer eigenen Praxis ermöglichen die verbandlichen Anbieter eine Reihe von Mitbestimmungsräumen und evaluieren Sie auch. So haben einige Verbände Sprecher*innensysteme oder andere Qualitätsstandards, die zur Einbeziehung und Mitbestimmung in den Einsatzstellen verpflichten. Durch Zufriedenheitsabfragen und Evaluationen am Ende der Freiwilligenjahre wird häufig eine Auswertung auf Trägerebene vorgenommen.

Große Informationsdefizite bestehen mit Blick auf das im Block stattfindende Seminar zur politischen Bildung im BFD. Der Kinder- und Jugendbericht schafft die theoretische Grundlage, um das Bildungskonzept im BFD in Frage zu stellen. Die reine Wissensvermittlung politischer Inhalte, losgelöst von den Lebens- und Erfahrungsrealitäten sowie den weiteren Seminarangeboten, entspricht einem veralteten Verständnis von politischer Bildung und kommt dem Anspruch von Demokratiebildung nicht nach. Diese Erkenntnis besteht allerdings nicht erst durch die Ergebnisse des Kinder- und Jugendberichts. Bereits seit Einführung des BFD 2011 erheben Verbände und Träger die Forderung, die politische Bildung im BFD als Verständnis demokratischer Bildung in Form der pädagogischen Begleitung in Trägerhand umzusetzen und sie nicht als exkludierendes Angebot an die Bildungszentren des Bundes auszulagern.

Der Bund argumentiert, dass politische Bildung aufgrund der vermeintlich neutralen Rolle des Bundes vorgenommen und daher exklusiv durch seine Bildungszentren angeboten werden muss. Diese Argumentation greift alleine deshalb nicht, da Freiwilligendienste dem Beutelsbacher Konsens, also dem Überwältigungsverbot,

der Kontroversität und der Aktivierung verpflichtet sind. Im aktuellen Kinder- und Jugendbericht wurde noch einmal deutlich herausgestellt, dass politische Bildung nie neutral sein kann, stattdessen geht es um die Eröffnung eines Debattenraum, in dem politische Bildung erfolgen kann (Deutscher Bundestag 2020: 121).

Politische Bildung ist nicht durch Neutralität, sondern durch die Ausrichtung an demokratischen Werten und der Ausrichtung an der Mündigkeit der Einzelnen gekennzeichnet. Um nicht zuletzt auch dem Subsidiaritätsprinzip gerecht zu werden und die pädagogische Begleitung aus einer Hand zu gestalten, müssen den Trägern und verbandlichen Zentralstellen auch im Bundesfreiwilligendienst die Kompetenzen für die politische Bildungsarbeit vollumfänglich übertragen werden.

Gemäß der Prämisse subsidiären Handelns setzt der Staat die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement, während der Zivilgesellschaft die inhaltliche Ausgestaltung obliegt. Trotz ihrer besonderen Engagementform sind auch die Freiwilligendienste nicht dazu geeignet, dieses funktionierende Rollenverständnis ad acta zu legen. Der derzeitige Belegungszwang im BFD an den Bildungszentren des Bundes muss abgeschafft werden.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 12 vom 17.6.2021.

LITERATURVERZEICHNIS

- AWO (2020): Politische Bildung in den Freiwilligendiensten der Arbeiterwohlfahrt, <https://awo-freiwillich.de/wp-content/uploads/2020/10/Politische-Bildung-in-den-Freiwilligendiensten-der-AWO-Web.pdf>.
- BKJ (2013): Pädagogische Rahmenkonzeption Freiwilligendienste Kultur und

Bildung, https://freiwilligendienste-kulturbildung.de/fileadmin/FWD/Dokumente/Qualitaet_und_Rahmenkonzeption/PU_20200101_Rahmenkonzept_Freiwilligendienste_Kultur_Bildung_BKJ.pdf.

- BMFSFJ (2018): Unser Konzept für ein Jugendfreiwilligenjahr, <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/neues-konzept-fuer-jugendfreiwilligenjahr--131014>.

- Deutscher Bundestag (2020): Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, Drucksache 19/24200, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/162232/27ac76c3f5ca10b0e914700ee54060b2/16-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>.

- Paritätischer Gesamtverband (2017): Qualitätsstandards der Paritätischen

Freiwilligendienste, http://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Freiwilligendienste/img/Oeffentlichkeitsarbeit/Qualitaetsstandards/A5_Broschuere_Druck_broschuere_freiwilligendienste-qualitaet_2017_ausdruck_A5.pdf.

AUTOR*INNEN

Dr. Julia Schlicht ist Referentin Bundesfreiwilligendienst beim Deutschen Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband.

Jens Maedler ist Leiter der Abteilung Freiwilliges Engagement und Ehrenamt bei der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ).

INTERVIEW MIT MALTE KRUMREY, JUGEND FÜR EUROPA

EUROPÄISCHES JAHR DER JUGEND – RÜCKENWIND FÜR EUROPÄISCHE JUGENDPOLITISCHE INITIATIVEN?

BBE Europa-Nachrichten: Die EU hat 2022 zum »Europäischen Jahr der Jugend« erklärt. Was bedeutet das und welche Ziele sind für Sie besonders wichtig?

Malte Krumrey: Das Europäische Jahr der Jugend soll die Solidarität und Leistung junger Menschen während der Coronaviruspandemie würdigen, aber auch Herausforderungen der Jugendlichen, z. B. hinsichtlich Bildungschancen oder auch mentaler Gesundheit in dieser Zeit, mehr Aufmerksamkeit verschaffen. Vor allem sollen aber auch Perspektiven und Möglichkeiten zur persönlichen Entwicklung und Unterstützung junger Menschen aufgezeigt und verbreitet werden. Hier besteht ein starker Bezug für JUGEND für Europa zu den EU-Programmen Erasmus+ Jugend und Europäisches Solidaritätskorps, die genau solche Entwicklungsmöglichkeiten durch vielfältige Formate bieten. Auch weitere Ziele des Europäischen Jahrs der Jugend, wie etwa in den Bereichen Digitalisierung, ökologischer und nachhaltiger Wandel sowie Partizipation am demokratischen Leben, finden sich in den EU-Jugendprogrammen als Schwerpunktthemen wieder. Ein besonderer Fokus des Jahres liegt zudem auf der Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements und aktiver Bürgerschaft insbesondere junger Menschen mit geringeren Chancen.

BBE Europa-Nachrichten: Welche Erwartungen haben Sie an dieses Jahr?

Malte Krumrey: Wir erwarten, dass die Perspektiven und Themen junger Menschen europaweit mehr Sichtbarkeit erfahren und dass eben diese Perspektiven und Themen auch über spezifische Jugendpolitik hinaus ressortübergreifend mitgedacht werden. Dazu erhoffen wir uns vom Europäischen Jahr der Jugend auch Rückenwind für europäische jugendpolitische Initiativen wie den Bonn-Prozess, die EU-Jugendstrategie und die EU-Programme Erasmus+ Jugend und Europäisches Solidaritätskorps.

BBE Europa-Nachrichten: Was ist neu beim Europäischen Solidaritätskorps in 2022?

Malte Krumrey: Das Europäische Solidaritätskorps geht in die nächste Runde. Rund 14 Millionen Euro an Fördermitteln stehen 2022 in Deutschland zur Verfügung, von denen 80% für die erste Antragsrunde reserviert sind. Organisationen können bis zum 23. Februar einen Budgetantrag für Freiwilligentätigkeiten einreichen, wenn sie als projektleitende Organisation über ein gültiges Qualitätssiegel verfügen.

Unverändert können individuelle Freiwilligendienste und Freiwilligenteams sowie Solidaritätsprojekte bei JUGEND für Europa beantragt werden. Das Europäische Jahr der Jugend kann besonders zur Stärkung der Solidaritätsprojekte beitragen. Das pädagogische Begleitprogramm für Freiwillige im Europäischen Solidaritätskorps wird ab 2022 in Deutschland in

INTERVIEW MIT MALTE KRUMREY

Kooperation mit neuen Bildungsträgern umgesetzt. Konkrete Neuerungen in der Umsetzung von Freiwilligentätigkeiten und Solidaritätsprojekten haben wir wie gewohnt auf unserer Programmseite www.solidaritaetskorp.de zusammengestellt.

BBE Europa-Nachrichten: Was ist neu in 2022 bei Erasmus+ Jugend?

Malte Krumrey: Für Erasmus+ Jugend stehen in Deutschland rund 32 Millionen Euro an Fördermitteln zur Verfügung. Im Herbst 2022 startet mit »DiscoverEU – Inklusionsaktion« ein neues dezentrales Förderformat. Im Rahmen dieses Formats sollen junge Menschen mit geringeren Chancen die Möglichkeit erhalten, gleichberechtigt an DiscoverEU teilzunehmen. Organisationen sowie informelle Gruppen junger Menschen können erste Anträge im Oktober 2022 bei JUGEND für Europa einreichen. Über die genaue Umsetzung der Inklusionsaktion wird JUGEND für Europa in den kommenden Monaten noch ausführlich informieren.

Begleitend dazu wird JUGEND für Europa weitere Angebote zur Stärkung der Lerndimension und der Inklusivität von DiscoverEU entwickeln: Eingeführt wird ein DiscoverEU Learning Cycle. Dieser macht den an DiscoverEU teilnehmenden jungen

Menschen freiwillige Lernangebote in der Vorbereitung sowie in der Begleitung ihrer Reise und ermöglicht den Austausch von beteiligten Trägern. Sonst werden die 2021 eingeführten Förderformate fortgeführt. Dies sind Jugendbegegnungen, Mobilitätsprojekte für Fachkräfte der Jugendarbeit sowie Jugendpartizipationsprojekte in der Leitaktion 1 und Kooperationspartnerschaften sowie Small-Scale Partnerships in der Leitaktion 2. Das Europäische Jahr der Jugend bietet dabei Gelegenheit, Jugendpartizipationsprojekte besonders zu stärken.

Konkrete Neuerungen in der Umsetzung der Formate in den Leitaktionen 1 und 2 in Erasmus+ Jugend haben wir wie gewohnt auf unserer Programmseite www.erasmusplus-jugend.de zusammengestellt.

Das Interview wurde von Nino Kavelashvili, Mitglied der Redaktion der BBE Europa-Nachrichten, am 1.2.2022 schriftlich geführt.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 1 vom 3.2.2022.

Malte Krumrey ist Fachreferent Europäische Jugendpolitik bei JUGEND für Europa. JUGEND für Europa ist die Nationale Agentur für die EU-Programme Erasmus+ Jugend und Europäisches Solidaritätskorps.

EUROPA-UNION DEUTSCHLAND

»DAS »EUROPÄISCHE JAHR DER JUGEND« – ENDLICH JUGENDPARTIZIPATION IN DER EU?« – RÜCKBLICK AUF DEN ONLINE-JUGENDDIALOG AM 08. NOVEMBER 2022

Wie das »Europäische Jahr der Jugend« wahrgenommen wurde, was bereits umgesetzt wurde und was unbedingt noch passieren muss, diskutierten im Rahmen des Online-Jugenddialogs Sakiye Boukari, Jugendvertreterin für Deutschland im EU-Jugenddialog des DBJR, Malte Gallée, jüngster deutscher Abgeordneter im Europäischen Parlament, sowie Jörg Wojahn, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Am 10.11.2022 hat der Bundestag das Mindestalter für die Teilnahme an der Europawahl von 18 auf 16 Jahre gesenkt. Für die nächste Europawahl 2024 dürfen in Deutschland künftig nun auch 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben. Dies ist in einigen anderen europäischen Ländern wie Österreich, Malta und Griechenland bereits seit längerem der Fall. Die Frage nach den Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen waren gerade in diesem Jahr, welches von der Europäischen Kommission als das »Europäische Jahr der Jugend«, kurz »EJJ«, ausgerufen wurde, ein viel diskutiertes Thema. Wie das »Europäische Jahr der Jugend« wahrgenommen wurde, was bereits umgesetzt wurde und was unbedingt noch passieren muss, diskutierten im Rahmen des Online-Jugenddialogs Sakiye Boukari, Jugendvertreterin für Deutschland im EU-Jugenddialog des DBJR, Malte Gallée, jüngster deutscher Abgeordneter im Europäischen Parlament, sowie Jörg Wojahn, Vertreter der



Europäischen Kommission in Deutschland, mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Bevor es in den direkten Austausch mit den 77 Teilnehmenden ging, gab es einen Input von Prof. Dr. Hermann K. Heußner, Vorsitzender der Europa-Union Kassel, der als juristischer Sachverständiger an der einschlägigen Anhörung im Innenausschuss des Bundestages am 10. Oktober beteiligt war. Laut Heußner würden junge Menschen ab 16 Jahren durch den Bundestagsbeschluss in der kommenden Europawahl endlich »das volle politische Existenzminimum bekommen«. Dafür sei es die Pflicht



von Politik und Zivilgesellschaft auf Landes- wie auf Bundesebene, konkret Werbung für die neuen Partizipationsmöglichkeiten der Erstwähler*innen zu machen und diese durch eine verbesserte Europabildung entsprechend vorzubereiten.

Die Dringlichkeit der Auseinandersetzung mit den politischen Teilhabemöglichkeiten von Jugendlichen in Europa erkennen auch die Expert*innen an. Gerade die Coronakrise und ihre Folgen für die junge Bevölkerung sind ein Auslöser dafür gewesen, dass das »Europäische Jahr der Jugend« ausgerufen wurde, wie Wojahn berichtet. Dadurch sei die Jugendbeteiligung mehr im Bewusstsein von den Entscheidungsträger*innen verankert worden und Jugendliche seien verstärkt eingebunden worden. Auch 2023 sollen diese Gespräche unter dem Namen »Europäisches Jahr der Aus- und Weiterbildung« weiter fortgeführt werden. Boukari bestätigt, dass auch sie ein stärkeres Bewusstsein der Probleme von Jugendlichen bei Entscheidungsträger*innen in Brüssel wahrgenommen hat. Jedoch seien die Themen der Jugend noch nicht im »Mainstream« angekommen. Gallée hingegen ist regelrecht enttäuscht vom »Europäischen

Jahr der Jugend«. Weder im öffentlichen noch im politischen Diskurs habe er dieses Thema groß wahrgenommen. Diese Einschätzung teilten auch die Teilnehmenden des Online-Jugenddialogs, die bei einer Online-Umfrage durchschnittlich nur zwei von fünf möglichen Punkten bei der Frage vergaben, wie präsent sie das »EJJ« wahrgenommen hätten. Chancen sehe Gallée in der europaweiten Abschaffung von unbezahlten Praktika. Dies ist auch, so Wojahn, im Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission verankert.

Auf Nachfrage der Teilnehmenden nach der Verbindlichkeit der EU-Jugendziele, die den inhaltlichen Rahmen des EU-Jugenddialogs des DBJR bilden, erklärt Boukari, dass es keine Verbindlichkeit der Forderungen der Jugendlichen gibt. Diese würden auch nicht über den Dialog selbst hinausgehen und hätten somit auch keinen konkreten Einfluss auf politische Prozesse. Damit sich dieser Umstand ändert, müssten sich politische Entscheidungsträger*innen und junge Menschen auf Augenhöhe begegnen. Momentan werde der Jugend leider oftmals die Expertise abgesprochen. Auch die Einbindungsmöglichkeiten junger Menschen

ohne Abitur oder Studium interessiert die Teilnehmenden. Wojahn, der Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, sieht mögliche Einbindungen durch weitere Konsultationen oder Projekte. Bei den Konsultationen sei aber auch die Europäische Kommission auf die Selbstorganisation der Zivilgesellschaft angewiesen, um die Nichtakademiker*innen zu erreichen. Bei Programmen wie z.B. Erasmus+ müsse die Kommission mehr darauf aufmerksam machen, dass es dies nicht nur für Studierende, sondern auch für Auszubildende gebe. Auch der Europaabgeordnete Gallée sieht großes Potenzial in der Einbindung von allen Bildungsformen in Austauschprogrammen, was essentiell für die Schaffung einer europäischen Identität sei. Doch führt die strukturelle Einbindung der Jugendlichen automatisch zu mehr Jugendpartizipation? Das Absenken des Wahlalters ist laut Gallée ein Beispiel für die Möglichkeit, schon in jungen Jahren sein politisches Potenzial entfalten zu können und das eigene Weltbild schon früh politisch zu formen und sich sozial und politisch zu beteiligen. Die notwendige Absenkung des Wahlalters betont ebenfalls Boukari, die Jugendvertreterin im EU-Jugenddialog. Das sei eine gute Chance, auch an Schulen darüber auf praktischem Weg aufzuklären, was Demokratie ist und was Wählen eigentlich für die Jugendlichen bedeutet. Schließlich sei es ein Fakt, so Wojahn, dass durch die demografische Realität die älteren Wähler*innen für die junge Wählerschaft entscheiden würde. Daher müsse nicht nur mehr jüngeren Menschen das Wahlrecht erteilt werden, sondern es sei noch viel wichtiger, dass die ältere Wählerschaft die Forderungen und Wünsche der Jugendlichen noch mehr in die Praxis miteinbeziehe. Die Kommission habe das dieses Jahr verstärkt getan. Jugendbeteiligung wurde nicht nur mehr ins Bewusstsein der Entscheidungsträger*innen gebracht, sondern junge Menschen wurden auch verstärkt konsultiert bei Entscheidungen als

bisher. Es gab ein breites Förderprogramm, durch das speziell Jugendprioritäten gefördert wurden und bei dem mit 130 Jugendorganisationen zusammengearbeitet wurde.

Zum Schluss wurde die Frage nach konkreten Vorschlägen für Maßnahmen gestellt, durch welche die jungen Menschen mehr Gehör in der EU finden würden. Boukari sieht neben der Absenkung des Wahlalters eine Chance in der Steigerung des Bekanntheitsgrades von bestimmten Möglichkeiten für die Jugendpartizipation und würde sich freuen, wenn Jugendliche noch mehr in den Parlamenten integriert werden. Wojahn benennt ebenfalls die Zunahme junger Menschen in den Parlamenten und führt eine noch stärkere Beteiligung junger Menschen in zivilgesellschaftlichen Organisationen und friedlichen proeuropäischen Demonstrationen an. Gallée stimmt dem zu und betont, dass sich junge Menschen mit lauter Stimme für ihre eigenen Forderungen aktiv stark machen müssen, um politische Entscheidungsträger*innen zu erreichen. Dazu gehöre vor allem der Mut, sich auch politisch zu engagieren, z.B. in einer Partei.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Clara Föllmer, Bundesvorsitzende der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) Deutschland. Der Online-Jugenddialog fand im Rahmen des Bürgerdialogprojekts »Europa – Wir müssen reden!«¹ in Kooperation mit den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) Deutschland² statt und wurde durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gefördert.

Der Bericht wurde am 16.11.2022 auf der Webseite der Europa-Union Deutschland veröffentlicht.

Weitere Informationen www.europa-union.de/buergerdialoge/europa-wir-muessen-reden

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18 , 10179 Berlin-Mitte

☎ +49 30 629 801-10

✉ info@b-b-e.de

🌐 <https://www.b-b-e.de>

📘 Facebook: <https://www.facebook.com/BundesnetzwerkBuergerschaftlichesEngagement/>

🐦 Twitter: https://twitter.com/BBE_Info

REDAKTION DER PUBLIKATION

Nino Kavelashvili, Dr. Rainer Sprengel, PD Dr. Ansgar Klein

REDAKTION DER REIHE

PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Lilian Schwalb, Dr. Rainer Sprengel

V.I.S.D.P.

PD Dr. Ansgar Klein

SATZ/LAYOUT

Regina Vierkant (sevenminds)

ERSCHEINUNGSDATUM

Dezember 2022

ISBN 978-3-948153-25-0

Die Erarbeitung der vorliegenden Publikation erfolgte im Rahmen der Tätigkeit der BBE Geschäftsstelle gGmbH. Die Arbeit der Geschäftsstelle wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.


ENTWICKELN. VERNETZEN. STÄRKEN.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist das Netzwerk für Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft zur nachhaltigen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgergesellschaft in allen Gesellschafts- und Politikbereichen.

BBE-NEWSLETTER ONLINE

BBE-NEWSLETTER

Der BBE-Newsletter informiert 14-täglich über Engagementpolitik und -debatte in Deutschland, interessante Publikationen und Veranstaltungen sowie Aktuelles aus dem BBE. In monatlichen Themenschwerpunkten vertiefen Autor*innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zivilgesellschaftliche Themen.

 <https://www.b-b-e.de/bbe-newsletter/>

BBE EUROPA-NACHRICHTEN

Die BBE Europa-Nachrichten zu Engagement und Partizipation in Europa bieten monatlich Informationen und Hintergrundberichte zu europäischen Fragen der Engagementpolitik und -förderung, Gastbeiträge namhafter Europaexpert*innen sowie Hinweise auf internationale Beteiligungsverfahren.

 <https://www.b-b-e.de/europa-nachrichten/>

INFOLETTER

Der Infoletter informiert anlassbezogen über Aktivitäten zur Vorbereitung und Durchführung der »Woche des bürgerschaftlichen Engagements«, hält über Neuigkeiten, Termine, Aktionen und Materialien der Kampagne »Engagement macht stark!« auf dem Laufenden und stellt Engagement-Projekte vor. Zusätzlich erscheinen zu den drei jährlichen Themenschwerpunkten SonderInfoletter, die die Schwerpunkte inhaltlich begleiten und fachlich untersetzen.

 <https://www.engagement-macht-stark.de/downloads/infoletter/>

NEWSLETTER-ABO

 www.b-b-e.de/newsletter-abo